

Landesbank Berlin AG

JAHRESABSCHLUSS UND LAGEBERICHT 2008 (HGB)



**LandesBank
Berlin**

Landesbank Berlin AG

Jahresabschluss und Lagebericht 2008 (HGB)

Inhalt

Bericht des Aufsichtsrats	1
Lagebericht	
Das Geschäftsjahr im Überblick	5
Geschäftsverlauf Januar - Dezember 2008	20
Risikobericht	28
Prognosebericht	62
Jahresabschluss	
Bilanz	67
Gewinn- und Verlustrechnung	69
Anhang	71
Anlagen zum Anhang	104
Entsprechenserklärung / Versicherung der gesetzlichen Vertreter	111
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	112

Bericht des Aufsichtsrats der Landesbank Berlin AG

Der Aufsichtsrat hat sich im Geschäftsjahr 2008 in sechs Plenumssitzungen – davon einer Telefonkonferenz – sowie in siebzehn Ausschuss-Sitzungen – davon sechs Telefonkonferenzen – ausführlich über aktuelle Ereignisse sowie über Geschäfte von grundsätzlicher Bedeutung unterrichten lassen. Er hat sich regelmäßig, zeitnah und umfassend schriftlich sowie mündlich mit der Lage und der Geschäftsentwicklung der Landesbank Berlin AG (LBB) und ihrer Tochtergesellschaften befasst, die Geschäftsführung des Vorstands laufend überwacht und sich von deren Ordnungsmäßigkeit überzeugt.

Der Aufsichtsrat hat sich vom Vorstand über die beabsichtigte Geschäftspolitik und andere grundsätzliche Fragen der Unternehmensplanung, insbesondere über die Finanz-, Investitions- und Personalplanung, über die Risikosituation und die Compliance informieren lassen, alle in diesem Zusammenhang angefallenen Aspekte beraten und gegebenenfalls Empfehlungen ausgesprochen. Aktuelle Einzelthemen wurden zwischen dem Vorstandsvorsitzenden und dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats erörtert.

Bei identischen Themenstellungen tagten die Aufsichtsräte der LBB und der Landesbank Berlin Holding AG (Holding) wie auch die beiden Bilanzprüfungs-, Personal- und Strategieausschüsse jeweils in gemeinsamen Sitzungen.

Schwerpunkte der Aufsichtsratsstätigkeit

Gegenstand sämtlicher Sitzungen war die Information durch den Vorstand zur aktuellen Geschäftsentwicklung und den Ergebnissen der Strategischen Geschäftsfelder sowie die ausführliche Erörterung der aktuellen Lage der LBB besonders unter dem Gesichtspunkt der Krise an den internationalen Finanz- und Kapitalmärkten. In Folge der im September 2008 eingetretenen dramatischen Verschärfung der Krise haben sich der Aufsichtsrat beziehungsweise seine zuständigen Ausschüsse laufend über die Belastungen für die LBB, anstehende Entscheidungen sowie das Marktumfeld informieren lassen und die Situation in den Sitzungen umfassend erörtert.

Im Rahmen der separaten Bilanzsitzungen erfolgte neben der Berichterstattung über das Geschäftsjahr 2007 vorrangig die Beratung und Prüfung des Jahres- bzw. Konzernabschlusses und des Lage- bzw. Konzernlageberichts zum 31.12.2007. Daneben erstattete der Vorstand dem Aufsichtsrat den zusammenfassenden jährlichen

Revisionsbericht gemäß den Mindestanforderungen an die Ausgestaltung der Internen Revision (MaIR). Weitere Themen der Aufsichtsratssitzungen waren u. a. die Beschlussfassung zu den Prüfungsschwerpunkten der Jahresabschlussprüfung des Geschäftsjahres 2008, die Erörterung des Halbjahresfinanzberichts und der Risikostrategie sowie die Kenntnisnahme der Ergebnisse der Depotprüfung und der Prüfung nach § 36 WpHG. Ferner erfolgte die Beratung zur Mittelfristplanung des Konzerns für den Zeitraum 2009 bis 2013 und die Auswirkungen der Finanzmarktkrise auf die LBB.

Außerhalb der Sitzungen wurde ein Beschluss vom Aufsichtsrat im Umlaufverfahren gefasst. Ein Mitglied des Aufsichtsrats nahm aufgrund dringender anderweitiger Verpflichtungen im Jahresverlauf an weniger als der Hälfte der Sitzungen des Aufsichtsrats teil.

Ausschüsse des Aufsichtsrats

Die Arbeit des Aufsichtsrats wurde im Geschäftsjahr 2008 durch folgende aus der Mitte des Aufsichtsrats gebildete Ausschüsse unterstützt:

Der Bilanzprüfungs-, Personal- und Strategieausschuss (BPS-Ausschuss) befasste sich im abgelaufenen Geschäftsjahr insbesondere mit Fragen der Rechnungslegung, des Risikomanagements und der Compliance sowie mit Personalangelegenheiten, die den Vorstand betrafen. Fünfmal trat der BPS-Ausschuss im Berichtsjahr zusammen, davon einmal in einer Telefonkonferenz; er bereitete einzelne Tagesordnungspunkte für die jeweilige Plenumsitzung inhaltlich vor und befasste sich vertieft mit strategischen Fragen und Vorgängen von besonderer Bedeutung. Ein Beschluss wurde durch den BPS-Ausschuss im Wege des Umlaufverfahrens gefasst.

Der Kreditausschuss des Aufsichtsrats hat in zwölf Sitzungen – davon fünf Telefonkonferenzen – über grundsätzliche Fragen der Geschäftspolitik im Kreditgeschäft unter dem Gesichtspunkt von Bonitätsrisiken und des Risikomanagements, insbesondere Adressenausfall-, Marktpreis- und Liquiditätsrisiken sowie operationelle Risiken, beraten. Die Mitglieder des Kreditausschusses haben sich entsprechend der Geschäftsordnung mit den dem Zustimmungsvorbehalt unterliegenden Kreditgeschäften, insbesondere den größeren Engagements und den mit erhöhten Risiken behafteten Krediten befasst und ihre Zustimmung erteilt. Siebzehn Beschlüsse wurden im Wege des Umlaufverfahrens gefasst. Des Weiteren wurde regelmäßig auf der Basis umfangreicher Unterlagen über die Zusammensetzung des Kreditportfolios beraten. Darüber hinaus fungierte der Kreditausschuss als Risikoausschuss im

Sinne der MaRisk und wurde entsprechend den gesetzlichen Vorgaben vom Vorstand über die Risikostrategie und die Risikosituation informiert.

Der gemäß § 27 Abs. 3 Mitbestimmungsgesetz von 1976 gesetzlich zu bildende 'Vermittlungsausschuss' trat auch im Jahr 2008 nicht zusammen.

Der Aufsichtsrat hat sich über die Arbeit der Ausschüsse regelmäßig und umfassend berichten lassen. Alle Mitglieder der Aufsichtsratsausschüsse haben im Berichtsjahr an mindestens der Hälfte der jeweiligen Ausschuss-Sitzungen teilgenommen.

Corporate Governance

Als nicht-börsennotierte Aktiengesellschaft unterliegt die LBB grundsätzlich nicht den Vorschriften des Deutschen Corporate Governance Kodex (DCGK). Im Interesse einer einheitlichen Handhabung hat die LBB AG die freiwillige Anwendung der DCGK Grundsätze beschlossen, soweit sie übertragbar sind. Vor diesem Hintergrund hat sich der Aufsichtsrat der LBB im Frühjahr 2008 einer Effizienzprüfung unterzogen. Die Ergebnisse der Effizienzprüfung sind im Zusammenwirken mit dem Vorstand Grundlage für die weitere Optimierung der Arbeit im Aufsichtsrat.

Aufgrund der weitgehend personenidentischen Besetzung wurde für den Aufsichtsrat der LBB und den der Holding für 2008 ein gemeinsamer Corporate Governance-Bericht erstellt. Interessenkonflikte traten im Berichtsjahr bei Vorstand oder Aufsichtsrat nicht auf.

Personalia

Im Aufsichtsrat hat es im Geschäftsjahr 2008 folgende personelle Veränderung gegeben: Herr Dietmar P. Binkowska hat sein Mandat als Aufsichtsratsmitglied der Anteilseigner mit Ablauf des 21. November 2008 niedergelegt. Der Aufsichtsrat dankt Herrn Binkowska für seine wertvolle Mitarbeit in diesem Gremium sowie als Vorsitzender des Kreditausschusses. Als Nachfolger von Herrn Binkowska hat das zuständige Amtsgericht Herrn Artur Grzesiek mit Wirkung vom 24. November 2008 bestellt. Mit Wirkung vom 18. Dezember 2008 wurde Herr Grzesiek zum Vorsitzenden des Kreditausschusses gewählt.

Jahresabschluss 2008

Der vorliegende Jahresabschluss der LBB mit dem Lagebericht sowie der Konzernabschluss der LBB mit dem Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr 2008 wurden durch die von der

Hauptversammlung zum Abschlussprüfer bestellte PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Frankfurt/Main, Zweigniederlassung Berlin, unter Beachtung der vom Aufsichtsrat und unter Berücksichtigung der von der BaFin festgelegten Prüfungsschwerpunkte geprüft und mit einem jeweils uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. Der Aufsichtsrat hat das jeweils erteilte Testat zustimmend zur Kenntnis genommen.

Während der jeweiligen Prüfung informierte sich der Vorsitzende des Aufsichtsrats beim Abschlussprüfer regelmäßig über deren Inhalt und Ablauf. Der Jahresabschluss der LBB wurde nach den Vorschriften des HGB, der Konzernabschluss der LBB nach den International Financial Reporting Standards (IFRS) aufgestellt. Sowohl der Jahresabschluss als auch der Konzernabschluss wurden zusammen mit dem Lagebericht bzw. dem Konzernlagebericht sowie den jeweiligen Prüfungsberichten nach eingehender Vorprüfung durch den Bilanzprüfungs-, Personal- und Strategieausschuss dem Aufsichtsrat vorgelegt und von ihm geprüft.

An den Bilanzsitzungen des Plenums sowie der Ausschüsse nahmen die den Jahres- und Konzernabschluss unterzeichnenden Wirtschaftsprüfer teil. Die Abschlussprüfer berichteten dabei über die wesentlichen Ergebnisse ihrer Prüfung und beantworteten eingehend die Fragen der Mitglieder dieser Gremien. Der Aufsichtsrat hat sich gemäß DCGK Ziff. 7.2.1 davon überzeugt, dass beim Abschlussprüfer keine Interessenkonflikte hinsichtlich einer unabhängigen Prüfung bestehen.

Gegen die Prüfungsergebnisse ergaben sich keine Einwendungen. Der Aufsichtsrat hat die vom Vorstand aufgestellten Jahresabschlüsse der LBB und des Konzerns LBB zum 31. Dezember 2008 in seiner Sitzung vom 27. März 2009 gebilligt. Der Jahresabschluss der LBB gilt damit gemäß § 172 Abs. 1 Satz 1 AktG als festgestellt.

Der Aufsichtsrat dankt den Mitgliedern des Vorstands sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die im Geschäftsjahr 2008 in einem schwierigen und herausfordernden Marktumfeld erbrachten Leistungen.

Berlin, im März 2009

Der Aufsichtsrat

Heinrich Haasis

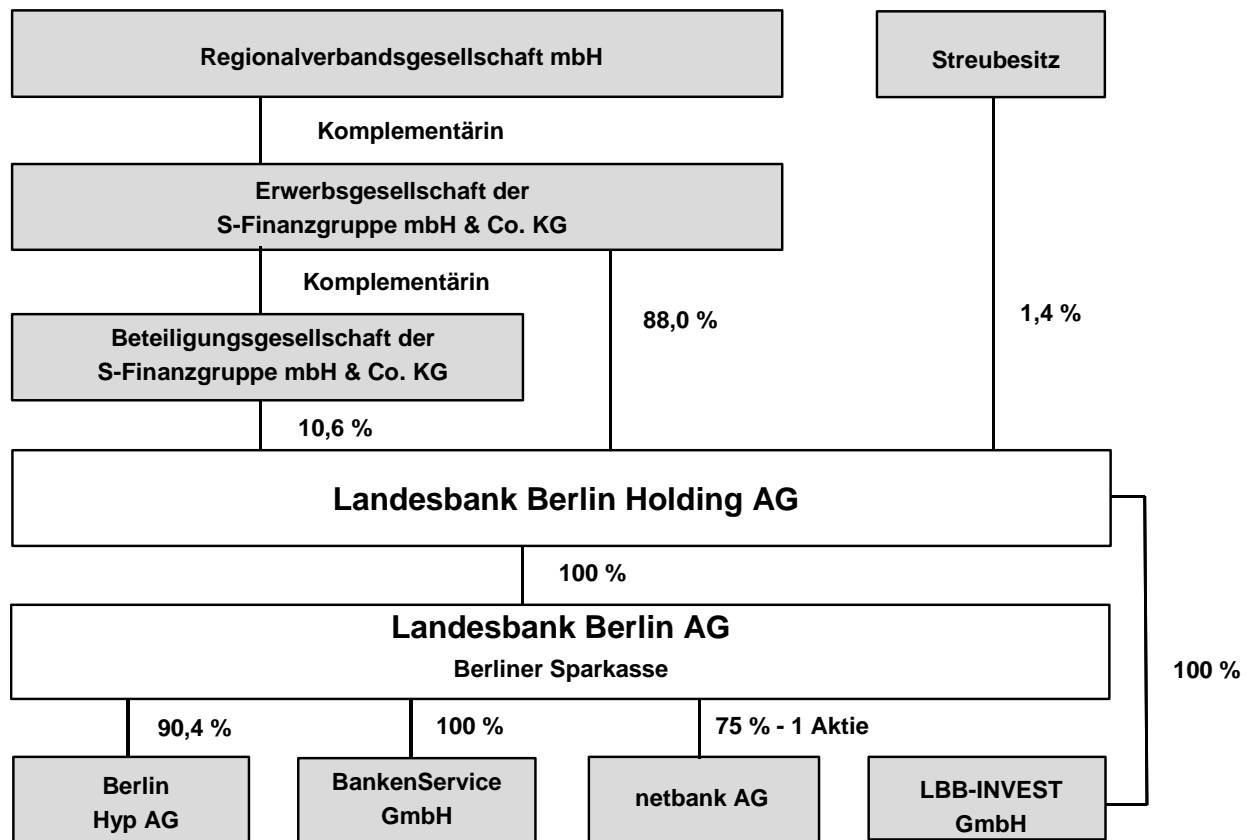
Vorsitzender

Das Geschäftsjahr 2008 im Überblick

Unternehmensdarstellung

Organisatorische und rechtliche Struktur

Die organisatorische und rechtliche Einordnung der Landesbank Berlin AG stellt sich zum 31. Dezember 2008 wie folgt dar:



- Die Landesbank Berlin Holding AG (Holding) ist die Muttergesellschaft des Konzerns Landesbank Berlin. Sie ist eine börsennotierte Aktiengesellschaft und eine Finanzholding-Gesellschaft im Sinne des Kreditwesengesetzes (KWG) mit Sitz in Berlin.
- Die Landesbank Berlin AG (LBB) ist ein 100 %iges Tochterunternehmen der Landesbank Berlin Holding AG (Holding). Sie ist eine nicht börsennotierte Aktiengesellschaft und ein Kreditinstitut im Sinne des KWG.
- Die LBB hält die wichtigen strategischen Beteiligungen des Konzerns, insbesondere die Anteile an der Berlin-Hannoverschen Hypothekenbank AG (Berlin Hyp), an der Banken-

Service GmbH (BankenService) und an der netbank AG (netbank). Sie unterhält ferner Niederlassungen in London und Luxemburg. Die Landesbank Berlin Investment GmbH (LBB-INVEST) wurde mit dinglicher Wirkung zum 31. Dezember 2008 / 1. Januar 2009 von der LBB an die Holding übertragen.

Die LBB ist wie folgt organisiert:

Die LBB ist in vier strategische Geschäftsfelder und die sie unterstützenden Corporate Center gegliedert. Die Geschäftsfelder bestehen aus dem Geschäft mit Privaten Kunden und Firmenkunden sowie dem Kapitalmarkt- und dem Immobilienfinanzierungsgeschäft. Zu den Einheiten der Corporate Center zählen z. B. Informationstechnologie, Risiko und Controlling, Personal, Unternehmensentwicklung, Revision und Finanzen. Die Marktfolge, inklusive der kompletten Bearbeitung des Kreditgeschäfts, ist zu einem großen Teil beim BankenService der LBB gebündelt. Das Geschäft mit Immobilienfinanzierungen der LBB und der Berlin Hyp wird, soweit rechtlich möglich, über das institutsübergreifende Geschäftsfeld gesteuert. Dementsprechend eng sind auch die jeweiligen Einheiten der beiden Unternehmen miteinander verbunden.

Landesbank Berlin			
Private Kunden	Firmenkunden	Kapitalmarktgeschäft	Immobilienfinanzierung
Corporate Center			
Marktfolge			

Die Mitarbeiterkapazität ist in der LBB zum Stichtag 31. Dezember 2008 mit 4.335 im Vergleich zu 4.446 im Vorjahr gesunken. Maßgeblicher Grund für den Rückgang ist die Integration von bisher zur LBB gehörenden Mitarbeitern in die BankenService GmbH. Der Frauenanteil in der LBB lag bei 60,2 % der Gesamtbelegschaft. Die Fluktuationsquote war mit insgesamt 3,0 % bzw. um Altersaustritte bereinigt mit 1,9 % sehr gering.

Vorstand und Ressortverteilung

Die Zuständigkeiten der einzelnen Vorstandsmitglieder waren im Geschäftsjahr 2008 wie folgt geregelt:

Hans-Jörg Vetter

(Vorsitzender)

Landesbank Berlin Holding AG

Landesbank Berlin AG

Unternehmensentwicklung

Personal

Revision

Recht

Dr. Thomas Veit

Landesbank Berlin Holding AG

Landesbank Berlin AG

Immobilienfinanzierung

Finanzen

Organisation

Informationstechnologie

Serge Demolière

Landesbank Berlin AG

Kapitalmarktgeschäft

Dr. Johannes Evers

Landesbank Berlin AG

Private Kunden

Hans Jürgen Kulartz

Landesbank Berlin AG

Firmenkunden

Martin K. Müller

Landesbank Berlin AG

Risiko und Controlling

Compliance

Kreditgeschäft

Risikobetreuung

BankenService GmbH

Allgemeiner Verlauf im Überblick

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Nach einer insgesamt guten ersten Jahreshälfte trübte sich die Wirtschaftslage in Deutschland zum Herbst 2008 erheblich ein. Zum Jahresende befand sich die Gesamtwirtschaft in einer tiefen Rezession. Die Absatzchancen auf den Exportmärkten für deutsche Produkte verschlechterten sich, und auf dem Binnenmarkt kam der Konsum aufgrund des starken Kaufkraftschwunds kaum in Gang. Eine Verbesserung der Lage zeichnete sich zum Ende des Jahres 2008 nicht ab. Die Privathaushalte setzten die insgesamt langsamer gestiegenen Lebenshaltungskosten nicht in zusätzliche Ausgaben um, da sie ihre Beschäftigungsaussichten zunehmend pessimistisch beurteilten.

Die Krise an den internationalen Finanzmärkten nahm im dritten Quartal des vergangenen Jahres an Intensität zu, so dass umfangreiche Garantie- und Stabilisierungsmaßnahmen der staatlichen Institutionen für das Finanzsystem eingeleitet wurden. Namentlich die Insolvenz von Lehman Brothers hatte zu einer Neubewertung von Ausfallrisiken auch systemrelevanter Adressen geführt, in deren Folge gängige Refinanzierungsquellen weitgehend versiegten und eine Reihe größerer Marktteilnehmer illiquide wurde. Die Wertabschläge in nahezu allen Asset-Klassen belasteten die Ertragsrechnungen im Finanzgewerbe durchgreifend.

Mit dem vierten Quartal verzeichneten die Volkswirtschaften in den wichtigsten Industriestaaten einen stark beschleunigten Abwärtstrend. Weltweit standen die Finanzdienstleister unter starkem Druck, Risiken abzubauen und ihre Bilanzen zu restrukturieren. In den USA und einigen europäischen Ländern zwang der beschleunigte Wertverfall bei Wohnimmobilien die Verbraucher zu verstärkten Sparanstrengungen. In wichtigen Schwellenländern gerieten die exportorientierten Wachstumsstrategien auf den Prüfstand. In einigen Fällen kam es zum Rückzug ausländischer Anleger. Insgesamt wurde die Investitionstätigkeit in diesem Länderkreis zunehmend beeinträchtigt.

Im Inland wie im Ausland passten die Banken ihre Kreditvergabebedingungen der Marktlage an. Allerdings ist es hierzulande in den Vorjahren weder bei Unternehmen noch den Privathaushalten zu Übertreibungen gekommen. Die Wirkungen auf den Investitionszyklus hielten sich dementsprechend zunächst noch in Grenzen.

In der Berliner Wirtschaft zeigten sich ebenfalls Bremsspuren. Im Gesamtjahr wuchs das Bruttoinlandsprodukt gegenüber dem Vorjahr zwar noch um 1,6 %. Im Tourismus gingen die Zuwachsraten jedoch zurück, und im Exportgeschäft waren sogar Einbußen hinzunehmen. Die Region profitiert aber von den in den Vorjahren gefestigten wirtschaftlichen Strukturen. So hebt sich die Entwicklung der Beschäftigtenzahlen weiterhin positiv vom Bundesdurchschnitt ab. Zudem sorgt auch die anhaltend gute Auftragslage im Baugewerbe noch für Wachstumsimpulse.

Den Belastungen in der Finanzwirtschaft konnte sich auch die LBB nicht entziehen. Vor allem das Kapitalmarktgeschäft litt unter dem schwierigen Umfeld und hatte erhebliche Wertkorrekturen zu verkraften. Die erfreuliche Entwicklung im Kundengeschäft sowie ein weiterhin gutes Neugeschäft in der Immobilienfinanzierung unterstreichen die gute Positionierung der Bank im Marktumfeld.

Das Geschäftsmodell mit vier strategischen Geschäftsfeldern erweist sich in einer Krise außergewöhnlicher Art als besonders tragfähig.

Maßnahmen zur Ergebnisverbesserung

Die LBB setzte auch im Jahr 2008 Maßnahmen zur Senkung der Verwaltungskosten und Verbesserung der Ergebnisstruktur konsequent um.

Im **Geschäftsfeld Private Kunden** bewährten sich die auf Ertragssteigerung gerichteten Maßnahmen auch in dem schwierigen Umfeld des abgelaufenen Geschäftsjahres. Die in den vergangenen Jahren aufgebaute Prozesseffizienz und die konsequente Konzentration auf die Kundenbedürfnisse förderten das erforderliche Vertrauen der Kunden in die Berliner Sparkasse. Die konsequente Umsetzung ihres Qualitäts- und Serviceverständnisses wurde zum Beispiel bestätigt durch einen führenden Platz der Berliner Sparkasse in der Untersuchung des Deutschen Instituts für Service-Qualität über die Beratung von 15 Kreditinstituten zur Altersvorsorge. Die Überarbeitung des Kernproduktes Girokonto war ein weiterer Schritt, um die führende Marktstellung zu sichern.

Im Jahr 2008 wurde die Qualitätsstrategie im **Geschäftsfeld Firmenkunden** weiter ausgestaltet. Mit einem wertorientierten Steuerungsansatz sowie fortgesetzten Prozessoptimierungen standen hohe Qualitätsansprüche bei der Kundenbetreuung sowie die Verbesserung der Kundenbindung und Marktdurchdringung im Mittelpunkt. Das differenzierte Betreuungskon-

zept mit klarer Kundensegmentierung und einem innovativen Vertriebswegemix aus BusinessLine, FirmenkundenCentern und Direktionen Firmenkunden hat sich bewährt. Die Ausgestaltung strukturierter Beratungsprozesse, die weitere Optimierung des Service- und Leistungsangebotes und dessen Ausrichtung auf die jeweiligen Nachfrageprofile der Kunden führten erneut zu einem stabilen Beitrag zum Konzernergebnis. Die Landesbank Berlin verfügt für zwei komplette Vertriebswege (BusinessLine, FirmenkundenCenter) über ein TÜV-Zertifikat für geprüfte Service- und Beratungsqualität. Dies untermauert den hohen Anspruch an Qualität und Leistung im Firmenkundengeschäft.

Das **Geschäftsfeld Kapitalmarktgeschäft** war im gesamten Jahr 2008 geprägt vom Ausmaß und Verlauf der Krise an den internationalen Finanzmärkten. Die Aktivitäten und Strategien in den einzelnen Bereichen der Geschäftsfelder wurden plangemäß weiterentwickelt. Neuengagements, insbesondere in Treasury und Trading sowie im Internationalen Geschäft, wurden aufgrund des Marktumfelds jedoch sukzessive kritischer beurteilt und teilweise auch eingestellt.

Die Aktivitäten in der Emission und Distribution speziell strukturierter Produkte hat die Landesbank Berlin fortgeführt. Durch die Eskalation der Finanzmarktkrise verzeichnete die Produktklasse Zertifikate aber deutliche Rückgänge. In der Folge wurde die Produktpalette an das veränderte Risikobewusstsein der Anleger angepasst. Der Bereich Client Business sieht sich auf dieser Basis für die nächsten Jahre gut positioniert.

Das Geschäftsfeld Kapitalmarktgeschäft hat 2008 Umfang und operative Sicherheit des Risikomanagements weiter erhöht. Zudem wurden neue Verfahren zur internen Steuerung entwickelt und eingeführt.

Das **Geschäftsfeld Immobilienfinanzierung** hat im Jahr 2008 das Neugeschäft im Kernmarkt Deutschland und in ausgewählten Auslandsmärkten unter Einhaltung strenger Risiko- und Rentabilitätsparameter trotz eines schwierigen Marktumfelds erfolgreich fortgesetzt. Weiterhin wurde die Vertriebskooperation in den Niederlanden zu einer Repräsentanz ausgebaut und durch einen eigenen Mitarbeiter besetzt. Daneben hat das Geschäftsfeld seine Vertriebsstruktur durch Neugliederung (Alte Bundesländer, Neue Bundesländer/Berlin, Ausland/Konsortialgeschäft) weiter optimiert. Für die Messung und Steuerung der Vertriebsleistung wurden neben den Neugeschäftsvolumina verstärkt wertorientierte Parameter herangezogen.

Vergütungssystem von Vorstand und Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat der börsennotierten Landesbank Berlin Holding AG (Holding) sowie ihrer 100 %igen Tochtergesellschaft Landesbank Berlin AG (LBB) sind weitgehend personenidentisch besetzt. Die Mitglieder des Vorstands der Holding sind zugleich Mitglieder des Vorstands der LBB. Im Interesse der besseren Übersichtlichkeit erfolgt für beide Gesellschaften eine zusammengefasste Darstellung in Form des Vergütungsberichtes nach dem Deutschen Corporate Governance Kodex.

Dieser Vergütungsbericht fasst die Grundsätze zusammen, die bei der Festlegung der Vergütung des Vorstands der Holding sowie der LBB angewendet werden, und er stellt Struktur und Höhe der Vorstandsbezüge dar. Daneben werden die Grundsätze und die Höhe der Vergütung der Aufsichtsräte und ihrer Ausschüsse beschrieben.

Der Vergütungsbericht berücksichtigt dabei für beide Gesellschaften die Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex und enthält die Angaben, die entsprechend dem deutschen Handelsrecht Bestandteil des Lageberichts nach § 289 Abs. 2 Nr. 5 HGB und des Anhangs nach § 285 S.1 Nr. 9 HGB sind.

Vergütung des Vorstands

Das Vergütungssystem für den Vorstand einschließlich der wesentlichen Vertragselemente wird vom Aufsichtsratsplenum beschlossen und regelmäßig überprüft. Für die Vorschläge zur Struktur sowie die Festlegung der Höhe der Vergütungsbestandteile ist der Bilanzprüfungs-, Personal- und Strategieausschuss des Aufsichtsrats (BPS-Ausschuss) zuständig. Dabei wird die Vergütung auf Basis einer Analyse festgesetzt, die die Einkommen zum Gegenstand hat, die in der eigenen Unternehmensgruppe und in vergleichbaren deutschen Kreditinstituten an die Mitglieder der Geschäftsleitung gezahlt werden.

Die einzelnen, sich aus dem Anstellungsverhältnis ergebenden Rechte und Pflichten des Vorstands sind für alle Mitglieder des Vorstands in den mit der LBB bestehenden Dienstverträgen geregelt.

Den Vorstand der Holding bilden der Vorstandsvorsitzende Herr Hans-Jörg Vetter und Herr Dr. Thomas Veit. Sie sind zugleich Vorstandsmitglieder der LBB. Unabhängig von ihrer

organschaftlichen Bestellung als Vorstandsmitglieder der Holding bestehen die Vorstandsdienstverträge, Versorgungsvereinbarungen und vergleichbaren Verträge von Herrn Hans-Jörg Vetter und Herrn Dr. Thomas Veit mit der LBB, für die sie überwiegend tätig sind.

Die LBB zahlt auf dieser vertraglichen Grundlage sämtliche Vorstandsbezüge der für beide Unternehmen tätigen Vorstandsmitglieder. Sie erhält dafür von der Holding einen am zeitlichen Aufwand orientierten Ausgleichsbetrag in Höhe einer monatlichen Pauschale von 5 T€ je Vorstandsmitglied bzw. 6 T€ für den Vorstandsvorsitzenden. Entsprechend wurden von der Holding im Jahr 2008 132 T€ (Vorjahr: 132 T€) als Aufwandsersatz an die LBB erstattet.

Zugunsten der Organmitglieder der Holding und der LBB besteht eine pauschale Vermögensschaden-Haftpflicht-Gruppenversicherung (D & O-Versicherung). Diese deckt auch das persönliche Haftungsrisiko der Vorstände der Holding und der LBB für den Fall ab, dass der betreffende Personenkreis bei Ausübung seiner Tätigkeit für Vermögensschäden in Anspruch genommen wird. Für die Vorstandsmitglieder ist dabei im Sinne des Deutschen Corporate Governance Kodex ein Selbstbehalt in Höhe von drei Monatsfestgehältern vereinbart. Die Prämien für diese auch im Interesse der beiden Unternehmen liegende Director & Officers-Versicherung trägt die Holding.

In den Dienstverträgen der Mitglieder des Vorstands sind für ihre Bezüge folgende Vergütungsbestandteile festgelegt:

Festes Jahresgehalt:

Das Festgehalt ist zahlbar in gleichen monatlichen Teilbeträgen. Entsprechend den dienstvertraglichen Vereinbarungen werden die festen Bezüge vom BPS-Ausschuss in Abständen von zwei Jahren auf ihre Angemessenheit überprüft. Kriterien sind dabei die Aufgaben des jeweiligen Vorstandsmitglieds, seine persönliche Leistung, die Leistung des Gesamtgremiums sowie die wirtschaftliche Lage, der Erfolg und die Zukunftsaussichten des Unternehmens unter Berücksichtigung seines Vergleichsumfelds.

Die Vorstandsgehälter werden auf der Basis der Ertragslage des Konzerns fortentwickelt, wobei die allgemeinen Preis- und Tarifsteigerungen in der Bundesrepublik Deutschland zu berücksichtigen sind und ein Vergleich mit der Struktur der Vorstandsbezüge anderer Kreditinstitute herangezogen wird. Ein Rechtsanspruch auf Erhöhung der festen Bezüge besteht nicht.

Jahressondervergütung:

Die Mitglieder des Vorstands erhalten für ihre Tätigkeit im jeweils abgelaufenen Geschäftsjahr eine Jahressondervergütung (Tantieme), über die im Folgejahr Beschluss gefasst wird. Die Tantieme richtet sich in ihrer Höhe nach den Kriterien für das feste Jahresgehalt sowie nach der Entwicklung der Ergebnisse der Holding und der LBB und ist nach Feststellung der Jahresabschlüsse der Gesellschaften in einer Summe zahlbar. Für jedes Vorstandsmitglied ist die Zahlung eines bestimmten Mindestbetrages garantiert. Der darüber hinausgehende Teil wird vom BPS-Ausschuss unter Berücksichtigung der vorstehend genannten Parameter, insbesondere auf der Grundlage einer individuellen Leistungsbeurteilung, festgesetzt.

Weitere Vergütungskomponenten mit langfristiger Anreizwirkung (Bezugsrechte, sonstige aktienbasierte Vergütungselemente o. ä.) bestehen für die Vorstandsmitglieder nicht.

Sonstige Vergütungen:

Den Vorstandsmitgliedern stehen jeweils Dienstwagen mit Fahrer zur unbeschränkten Nutzung zur Verfügung. Dabei haben einige der Vorstandsmitglieder gemäß ihrem Dienstvertrag Anspruch auf die Übernahme der auf den geldwerten Vorteil zu zahlenden Steuern, der sich durch die private Nutzung des Fahrzeugs ergibt.

Gemäß seinem Vorstandsdienstvertrag hat Herr Martin K. Müller Anspruch auf die Zahlung der Beiträge für eine der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung entsprechende Versicherung durch den Arbeitgeber bis zur Hälfte des gesetzlichen Höchstsatzes.

Gesamtvergütung:

Die Mitglieder des Vorstands haben im Geschäftsjahr 2008 eine Vergütung (einschließlich erfolgsabhängiger Bestandteile) von insgesamt 6.861 T€ bezogen (Vorjahr: 7.496 T€). Hierin enthalten sind die für die Tätigkeit des Vorstands für das Geschäftsjahr 2008 garantierten Bestandteile der Jahressondervergütung in Höhe von 2.092 T€, die im Geschäftsjahr 2009 zur Auszahlung kommen (Vorjahr: 2.242 T€). Weiter sind in der Gesamtvergütung die erfolgsabhängigen Bestandteile der Jahressondervergütung für das Geschäftsjahr 2007 in Höhe von 2.015 T€ enthalten, die im Jahr 2008 gezahlt wurden (Vorjahr: 2.325 T€). Die Höhe solcher Vergütungen kann für das Geschäftsjahr 2008 nicht verlässlich geschätzt werden.

Leistungen von Dritten wurden einzelnen Vorstandsmitgliedern im Hinblick auf ihre Tätigkeit als Vorstandsmitglied nicht zugesagt oder im Geschäftsjahr gewährt.

Versorgungszusagen:

Im Falle einer durch Unfall oder Krankheit verursachten Arbeitsunfähigkeit stehen den Vorstandsmitgliedern für einen bestimmten Zeitraum die vollen Bezüge zu: Herrn Hans-Jörg Vetter, Herrn Dr. Thomas Veit und Herrn Serge Demolière bis zu einem Jahr, Herrn Dr. Johannes Evers, Herrn Hans Jürgen Kulartz und Herrn Martin K. Müller bis zu zwei Jahren, jedoch jeweils längstens bis zur Beendigung des Anstellungsverhältnisses.

Die Vorstandsmitglieder haben einen Anspruch auf Ruhegehalt nach Beendigung des Vertragsverhältnisses infolge der Vollendung des 65. Lebensjahres, wegen Berufsunfähigkeit, durch Ablauf der Bestellung oder infolge der Lösung des Vertragsverhältnisses durch die LBB, die nicht durch einen wichtigen Grund in der Person des Vorstandsmitglieds veranlasst ist (§ 626 BGB). Nach Vollendung des 60. Lebensjahres kann das Dienstverhältnis durch Herrn Serge Demolière, Herrn Dr. Johannes Evers, und Herrn Hans-Jörg Vetter oder die LBB gekündigt werden. Herr Dr. Thomas Veit und Herr Hans Jürgen Kulartz können ab dem 62. Lebensjahr auf eigenen Wunsch in den Ruhestand treten. Die Vorstandsmitglieder erhalten dann Ruhegehalt auch vor dem 65. Lebensjahr.

Während der ersten sechs Monate nach dem Ausscheiden aus den Diensten der Gesellschaft haben die Vorstandsmitglieder einen Anspruch auf ihre Dienstbezüge, vom siebten Monat an setzt die Zahlung des Ruhegehalts ein. Im Falle von Herrn Martin K. Müller setzt die Zahlung des Ruhegehaltes im ersten Monat nach Ausscheiden aus den Diensten der LBB ein.

Das Ruhegehalt bemisst sich abhängig vom Lebensalter nach einem bestimmten Prozentsatz vom festen Jahresgehalt und erhöht sich um 2 % für jedes als Vorstandsmitglied geleistete Dienstjahr. Für jedes Vorstandsmitglied ist vertraglich ein Höchstsatz vereinbart. Bemessungsgrundlage für das Ruhegehalt ist jeweils der ruhegehaltsfähige Anteil der Festbezüge, der grundsätzlich 100 %, bei Herrn Serge Demolière 69 % beträgt.

Im Einzelnen:

	<u>Erworbener Versorgungsanspruch</u> <u>per 31.12.2008</u> [in %]	<u>Höchstsatz</u> [in %]
Herr Demolière	49	60
Herr Dr. Evers	58	75
Herr Kulartz	56	75
Herr Müller	42	70
Herr Dr. Veit	52	60
Herr Vetter	58	60

Gemäß ihren Dienstverträgen haben die Vorstandsmitglieder Anspruch auf Anpassung ihrer laufenden Versorgungsleistungen. Diese richtet sich nach den prozentualen Entgeltentwicklungen der Tarifverträge für das private Bankgewerbe und die öffentlichen Banken.

Herrn Hans-Jörg Vetter und Herrn Dr. Thomas Veit steht entsprechend ihren Dienstverträgen unter der Voraussetzung, dass über die künftige Geschäftspolitik unterschiedliche Auffassungen zwischen den Vorstandsmitgliedern einerseits und dem Aufsichtsrat oder dem Mehrheitsaktionär andererseits bestehen, die sich nicht beilegen lassen, ein Sonderkündigungsrecht zu. Endet der Dienstvertrag infolge einer Sonderkündigung, haben beide Herren Anspruch auf die Zahlung der jeweils bis zum Ende der Vertragslaufzeit noch ausstehenden Bezüge.

Mit Herrn Martin K. Müller wurde im Januar 2009 ein neuer Dienstvertrag geschlossen, der eine Anpassung des ruhegehaltsfähigen Grundgehaltes mit Wirkung zum 1. Januar 2009 zum Inhalt hat.

Im Jahr 2008 wurden für Pensionszusagen und ähnliche Verpflichtungen gegenüber den Mitgliedern des Vorstands 1.070 T€ zurückgestellt (Vorjahr: 1.455 T€). Der Teilwert der für den Vorstand gebildeten Pensionsrückstellungen betrug zum Bilanzstichtag 9.043 T€ (Vorjahr: 7.973 T€).

Mitglieder des Vorstands haben von der LBB Vorschüsse oder Kredite erhalten bzw. es bestanden zum 31. Dezember 2008 Haftungsverhältnisse im Volumen von insgesamt 344 T€ (Vorjahr: 388 T€).

Ferner wurden im vergangenen Geschäftsjahr Gesamtbezüge (Ruhegehälter, Hinterbliebenenbezüge und Leistungen verwandter Art) an die ehemaligen Vorstandsmitglieder oder

deren Hinterbliebene von insgesamt 8.046 T€ gezahlt (Vorjahr: 6.160 T€). Hierin enthalten sind Nachzahlungen an ein ehemaliges Organmitglied für mehrere Jahre.

Der Teilwert der für diese Personengruppe zum Bilanzstichtag gebildeten Rückstellungen für laufende Pensionen und Anwartschaften auf Pensionen beträgt 65.017 T€ (Vorjahr: 66.612 T€).

Hierbei ist zu beachten, dass diese Vergütungen bzw. Rückstellungen neben denen der LBB jeweils auch die ehemaligen Vorstandsmitglieder der Holding betreffen. Dies beruht, wie oben dargestellt, darauf, dass im Zuge der nahezu vollständigen Ausgliederung des Vermögens der Holding auf die LBB auch alle Versorgungsvereinbarungen und vergleichbaren Verträge auf die LBB übertragen wurden. Die entsprechenden Rückstellungen für laufende Pensionen und Anwartschaften auf Pensionen wurden ebenfalls auf die LBB übertragen.

Vergütung des Aufsichtsrats

Die Vergütung des Aufsichtsrats ist in der jeweiligen Satzung geregelt, die bei Bedarf durch Beschluss der Hauptversammlung angepasst werden kann. Die Aufsichtsratsvergütung orientiert sich an der Größe, der wirtschaftlichen Lage und dem langfristigen Erfolg des jeweiligen Unternehmens sowie an den besonderen Aufgaben und der Verantwortung der Aufsichtsratsmitglieder.

Die für die Holding geltenden Vergütungsregeln sind in § 13 ihrer Satzung festgelegt. Danach erhalten die Aufsichtsratsmitglieder der Holding jährlich eine feste Vergütung. Eine gesonderte, an den Erfolg des Unternehmens gekoppelte Vergütung, ist für den Aufsichtsrat der Holding nicht mehr vorgesehen. Eine entsprechende Satzungsänderung wurde in der Hauptversammlung am 4. Juli 2008 beschlossen.

Die für den Aufsichtsrat der LBB geltenden Vergütungsregeln sind in § 11 ihrer Satzung festgelegt. Danach erhalten die Aufsichtsratsmitglieder jährlich eine feste Vergütung, eine gesonderte, an den Erfolg des Unternehmens gekoppelte Vergütung, ist für den Aufsichtsrat der LBB nicht vorgesehen.

Die Mitgliedschaft in den Ausschüssen sowie der Vorsitz und der stellvertretende Vorsitz im Aufsichtsrat und in seinen Ausschüssen werden bei der Holding wie auch bei der LBB zusätzlich vergütet.

Im Einzelnen ist die Vergütung der Aufsichtsratsmitglieder wie folgt geregelt:

- Feste Jahresvergütung:

Die Aufsichtsratsmitglieder erhalten bei der Holding eine feste Jahresvergütung von 15.000,- € bzw. bei der LBB in Höhe von 10.500,- €.

Der Aufsichtsratsvorsitzende erhält bei beiden Gesellschaften jeweils das Doppelte, der Stellvertreter das 1,5fache der jeweiligen Beträge.

- Ausschussvergütung:

Die Mitglieder des Bilanzprüfungs-, Personal- und Strategieausschusses des jeweiligen Aufsichtsrates sowie die Mitglieder des Kreditausschusses des Aufsichtsrats der LBB erhalten zusätzlich eine feste Vergütung. Diese beträgt bei der Holding jährlich 10.000,- €, die Vorsitzenden erhalten jeweils 15.000,- €, die Stellvertreter jeweils 12.500,- €. Bei der LBB betragen diese Bezüge jährlich 6.000,- €, die Vorsitzenden dieser Ausschüsse erhalten hier jeweils 8.000,- €, die Stellvertreter jeweils 7.000,- €.

Ein gesondertes Sitzungsgeld erhalten die Mitglieder beider Aufsichtsräte nicht.

Für die Aufsichtsratsmitglieder, die dem Aufsichtsrat oder einem seiner Ausschüsse nicht während des gesamten Geschäftsjahres angehört haben, wird die Vergütung entsprechend ihrer Amtszeit taggenau abgerechnet.

Wie oben bezüglich des Vorstands dargestellt, besteht auch zugunsten der Aufsichtsratsmitglieder der Holding und der LBB eine angemessene Vermögensschaden-Haftpflicht-Gruppenversicherung (D & O-Versicherung). Für die Aufsichtsratsmitglieder ist dabei im Sinne des Deutschen Corporate Governance Kodex jeweils ein Selbstbehalt in Höhe ihrer halben Jahresfestvergütung vereinbart. Die Prämien für diese auch im Interesse der beiden Unternehmen liegende D & O-Versicherung trägt die Holding.

Die Mitglieder beider Aufsichtsratsgremien erhalten die Vergütung für ihre im jeweiligen Geschäftsjahr ausgeübte Tätigkeit nach Ablauf des Geschäftsjahres.

- Aufsichtsrat LBB Holding AG:

Für die Tätigkeit im Aufsichtsrat der Holding sind an die Mitglieder dieses Aufsichtsrats sowie seiner Ausschüsse für das Geschäftsjahr 2008 Gesamtbezüge in Höhe von 389 T€ zu zahlen (Vorjahr: 374 T€), jeweils ohne Umsatzsteuer.

- Aufsichtsrat LBB AG:

Für die Tätigkeit im Aufsichtsrat der LBB sind an die Mitglieder dieses Aufsichtsrats sowie seiner Ausschüsse für das Geschäftsjahr 2008 Gesamtbezüge in Höhe von 268 T€ zu zahlen (Vorjahr: 251 T€), jeweils ohne Umsatzsteuer.

Außer den Gewerkschaftsvertretern sind alle Arbeitnehmervertreter des Aufsichtsrats der Holding Angestellte der LBB. Die bei der LBB angestellten Arbeitnehmervertreter der beiden Aufsichtsräte erhalten neben der Aufsichtsratsvergütung ihre Bezüge als Mitarbeiter.

Mitglieder des Aufsichtsrats haben von der LBB im Berichtsjahr Vorschüsse oder Kredite erhalten bzw. es bestehen Haftungsverhältnisse zum 31. Dezember 2008 insgesamt im Volumen von 2 T€ (Vorjahr: 98 T€).

Vergütungen oder Vorteile für persönlich erbrachte Leistungen, insbesondere Beratungs- und Vermittlungsleistungen, wurden an die Mitglieder des Aufsichtsrats von der Holding oder der LBB nicht gezahlt bzw. gewährt.

Geschäftsverlauf Januar bis Dezember 2008

Die Eskalation der weltweiten Finanzmarktkrise war 2008 das beherrschende Thema. Die sich im zweiten Halbjahr deutlich verschärfende Finanzkrise greift nun auf die Realwirtschaft über. Die Weltwirtschaft hat im Laufe des Jahres 2008 deutlich an Fahrt verloren. Die Industrieländer befinden sich fast ausnahmslos in der Rezession, und in den Emerging Markets schwächt sich das kräftige Wirtschaftswachstum vergangener Jahre deutlich ab. So steht der weitere Konjunkturausblick der deutschen Wirtschaft unter negativen Vorzeichen. Der Rückgang der Wirtschaftsleistung belastet auch die Berliner Industrie. Während in diesem Jahr insgesamt eine Zuwachsrate des Bruttoinlandsproduktes von 1,6% zu verzeichnen ist, kann für 2009 allenfalls eine Stagnation der wirtschaftlichen Leistung erwartet werden.

Ausgelöst durch den Vertrauensverlust an den Finanzmärkten im vierten Quartal 2008 ist der Geld- und Kapitalmarkt de facto zum Stillstand gekommen. In konzertierten Zinsaktionen haben die Notenbanken weltweit die Zinsen gesenkt. Während die EZB noch zur Jahresmitte unter Verweis auf gestiegene Inflationsraten die Zinsen erhöhte, kam es in der zweiten Jahreshälfte zu starken Leitzinssenkungen. Mit dem Finanzmarktstabilisierungsfonds in einem Umfang von 500 Mrd. Euro hat die Bundesregierung ein Sofortprogramm zur Stabilisierung des Finanzsektors auf den Weg gebracht, um den Interbankenmarkt wiederzubeleben. Es bleibt abzuwarten, ob durch die staatlichen Maßnahmen Vertrauen in den Märkten geschaffen und damit ein Wendepunkt in der Krise erreicht wird.

Im Rahmen der Finanzierung zur Rettung der Hypo Real Estate beteiligt sich die Landesbank Berlin an einer Liquiditätshilfe der deutschen Finanzwirtschaft in zwei Stufen mit maximal 800 Mio. € und an einer Rückgarantie der S-Finanzgruppe. Daneben ist sie seit 2007 an konzertierten Aktionen für die SachsenLB und die IKB Deutsche Industriebank AG beteiligt.

Der Konzern konnte sich den Turbulenzen an den Geld- und Kapitalmärkten während des abgelaufenen Geschäftsjahres nicht entziehen. Signifikant rückläufige Handelsaktivitäten, reduziertes Handelsvolumen, eine gesunkene Anzahl von Transaktionen bis hin zur völligen Umsatzlosigkeit sowie gestiegene Preisspannen prägten die Märkte. Hinzu kommt eine deutlich gestiegene Volatilität, begleitet von einem Anstieg der Credit Spreads, was sowohl auf gesunkene Bonität als auch gestiegene Illiquidität zurückzuführen ist. Insgesamt war ein gestiegenes Misstrauen im Wertpapier- wie im Geldmarkt zu beobachten. Die Zuspitzung der

Finanzkrise und die dargestellte schwierige Preisfindung von Finanzinstrumenten – insbesondere auf inaktiven Märkten – beeinflusste in erheblichem Umfang den Erfolg unseres Kapitalmarktgeschäfts. Demgegenüber stand die erfreuliche Entwicklung der anderen Geschäftsfelder Private Kunden, Firmenkunden sowie Immobilienfinanzierung.

In den Segmenten Private Kunden und Firmenkunden konnte die starke Marktposition gefestigt oder sogar ausgebaut werden. Wichtige Schritte waren die Ausweitung des Neugeschäfts bei Ratenkrediten und der weitere Ausbau der Marktführerschaft im bundesweiten Kreditkartengeschäft. Im Geschäftsfeld Immobilienfinanzierung konnte trotz des schwierigen Marktumfelds durch anhaltendes Neugeschäft ein weiterer Ausbau der Kundenbeziehungen und ein Aufbau des Bestands erreicht werden.

Mit Vertrag vom 1. Oktober 2008 hat die Landesbank Berlin AG den Verkauf des Privatkundengeschäfts der Luxemburger Tochtergesellschaft Landesbank Berlin International S.A. beschlossen. Die Umsetzung erfolgte im vierten Quartal 2008.

Ferner hat die Landesbank Berlin AG im Januar 2008 den Kommanditanteil an der Bianca Vermögensverwaltung AG & Co. KG und somit ein Portfolio von Konsumentenkrediten sowie Kreditkartenforderungen und -verbindlichkeiten erworben. Dieses Portfolio wurde während des abgelaufenen Geschäftsjahres auf die LBB AG übertragen.

Die Landesbank Berlin Investment GmbH (LBB-INVEST) wurde mit Vertrag vom 22. Dezember 2008 und dinglicher Wirkung zum 31. Dezember 2008 / 1. Januar 2009 von der Landesbank Berlin AG an die Landesbank Berlin Holding AG übertragen.

Ertragslage

Ergebnis in Mio. €	2008	2007	Veränderung 2008 – 2007	
			Mio. €	%
Zinsüberschuss	1.125	1.034	91	8,8
Provisionsüberschuss	252	242	10	4,1
Nettoergebnis aus Finanzgeschäften	-27	-186	159	85,5
Verwaltungsaufwendungen	810	832	-22	-2,6
Personalaufwand	356	387	-31	-8,0
Andere Verwaltungsaufwendungen	420	411	9	2,2
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen	34	34	0	0,0
Saldo übriger betrieblicher Aufwendungen und Erträge	51	58	-7	-12,1
Betriebsergebnis vor Risikovorsorge	591	316	275	87,0
Risikovorsorge	546	186	360	>100
Risikovorsorge im Kreditgeschäft (netto)	36	-63	99	>100
Ergebnis aus Wertpapieren der Liquiditätsreserve	510	249	261	>100
Betriebsergebnis	45	130	-85	-65,4
Ergebnis aus Finanzanlagen	-116	-36	-80	<-100
Saldo der übrigen Positionen	14	7	7	100,0
Ergebnis vor Steuern	-57	101	-158	<-100
Ertragsteuern	-6	1	-7	<-100
Ergebnis nach Steuern	-51	100	-151	<-100
Verlustübernahme / Vergütung stille Beteiligung	-13	51	-64	<-100
Verlustübernahme / Gewinnabführung LBB Holding	-38	49	-87	<-100
Jahresüberschuss	0	0	0	0,0

Das **Betriebsergebnis vor Risikovorsorge** hat sich durch die Zunahme des Zinsüberschusses und die deutliche Verbesserung des Nettoergebnisses aus Finanzgeschäften erfreulich erhöht. Aufgrund hoher Abschreibungen auf Wertpapiere der Liquiditätsreserve und Wertpapiere des Anlagevermögens lag das Betriebsergebnis deutlich unter dem Vorjahr. Durch eine hohe Belastung aus dem Ergebnis aus Finanzanlagen infolge der Finanzmarktkrise ergab sich ein negatives Ergebnis nach Steuern. Der nach dem Verlustanteil der stillen Beteiligung verbleibende Betrag wird durch die LBB Holding übernommen.

Der **Zinsüberschuss** lag mit 1.125 Mio. € über dem Vorjahresniveau von 1.034 Mio. €. Höhere Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren im Vorjahr konnten durch klassisches Zinsgeschäft überkompensiert werden.

Der **Provisionsüberschuss** lag mit 252 Mio. € um 4% über dem entsprechenden Vorjahreswert, was insbesondere auf erhöhte Erfolge im Kreditkartengeschäft und im Kreditgeschäft zurückzuführen ist. Die Erträge im Wertpapiergeschäft blieben im Zuge der Unsicherheiten am Kapitalmarkt hinter den Erwartungen zurück.

Beim **Nettoergebnis aus Finanzgeschäften** (-27 Mio. €; im Vorjahr: -186 Mio. €) ist zu berücksichtigen, dass dem Aufwand in dieser Position zum Teil zurechenbare Erträge im Zinsüberschuss gegenüber stehen.

Bei den **Verwaltungsaufwendungen** konnten wiederum Einsparungen gegenüber dem Vorjahr (2,6 %) erreicht werden. Hiervon entfällt der größte Teil auf den verringerten Personalaufwand. Die anderen Verwaltungsaufwendungen sind hingegen moderat um 10 Mio. € höher als im Vorjahr. Hier schlagen sich hauptsächlich erhöhte EDV-Aufwendungen nieder.

Nachdem im Vorjahr die Auflösungen von **Risikovorsorge im Kreditgeschäft** die Neubildungen überstiegen, war im laufenden Jahr wieder eine Netto-Neubildung von Risikovorsorge erforderlich. Das gegenüber dem Vorjahresniveau nochmals deutlich verschlechterte **Ergebnis aus Wertpapieren der Liquiditätsreserve** von 510 Mio. € (Vorjahr 249 Mio. €) spiegelt die allgemeine Belastung der Anleihemärkte wider.

Im **Ergebnis aus Finanzanlagen** wirkten sich Abschreibungen auf Wertpapierbestände im Anlagevermögen in Höhe von 227 Mio. € belastend aus. Dagegen stehen per Saldo Erträge aus dem Beteiligungsbereich; vor allem aus dem Verkauf der LBB Invest GmbH in Höhe von 110 Mio. €. Im Berichtsjahr wurden – strategiekonform – weitere Wertpapierbestände der Liquiditätsreserve in das Anlagevermögen umgewidmet, mit der Folge, dass bei nur vorübergehender Wertminderung Abschreibungen hierauf nicht erforderlich waren.

Die Vorgehensweise zur Bewertung der Wertpapierbestände ist im Anhang zum Jahresabschluss ausführlich dargestellt.

Im **Saldo der übrigen Positionen** in Höhe von 14 Mio. € ist das außerordentliche Ergebnis dargestellt.

Vermögenslage

Im Vergleich zum Jahresabschluss 2007 ist die **Bilanzsumme** mit 102,6 Mrd. € (31. Dezember 2007: 108,6 Mrd. €) leicht rückläufig.

Aktiva in Mio. €	31.12.2008	31.12.2007	Veränderung 2008 – 2007	
			Mio. €	%
Forderungen an Kreditinstitute	24.254	28.206	-3.952	-14,0
Forderungen an Kunden	24.143	23.831	312	1,3
Schuldverschreibungen	45.308	48.321	-3.013	-6,2
Aktien	1.456	2.589	-1.133	-43,8
Beteiligungen/Anteile an verbundenen Unternehmen	1.144	1.273	-129	-10,1
Sachanlagen	136	130	6	4,6
Übrige Aktiva	6.203	4.224	1.979	46,9
Summe Aktiva	102.644	108.574	-5.930	-5,5

Aufgrund geringerer Geldmarktaktivitäten lagen die **Forderungen an Kreditinstitute** mit 24,3 Mrd. € unter dem vergleichbaren Vorjahresniveau von 28,2 Mrd. €.

Die **Forderungen an Kunden** konnten gegenüber dem Vorjahresstichtag leicht um 0,3 Mrd. € auf 24,1 Mrd. € gesteigert werden. Rückgängen im Kommunalkreditgeschäft stehen Zuwächse in den sonstigen Ausleihungen gegenüber.

Der Bestand an **Risikovorsorge** im Kreditgeschäft blieb mit 1,1 Mrd. € nahezu konstant.

Auch in der Position **Schuldverschreibungen** und andere festverzinsliche Wertpapiere ist ein Rückgang um 3,0 Mrd. € auf 45,3 Mrd. € (Vorjahr: 48,3 Mrd. €) zu verzeichnen. Der Anteil, der auf eigene Schuldverschreibungen entfällt, betrug 16,4 % nach 17,1 % im Vorjahr.

In der Position **Aktien** und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere, die um rund 1,1 Mrd. € auf 1,5 Mrd. € deutlich reduziert wurde, sind sowohl Aktien des Handels- und des Liquiditätsbestandes als auch Anteile an Investmentfonds enthalten. Der Rückgang betrifft im Wesentlichen Aktien des Eigenhandelsbestandes.

Der Zuwachs der **Übrigen Aktiva** ist hauptsächlich auf einen erhöhten Bestand an Barreserve sowie erhöhte Sicherheitenstellungen im Derivategeschäft zurückzuführen.

Passiva in Mio. €	31.12.2008	31.12.2007	Veränderung 2008 – 2007	
			Mio. €	%
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	41.603	44.689	-3.086	-6,9
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	24.381	22.865	1.516	6,6
Verbriefte Verbindlichkeiten	27.766	32.005	-4.239	-13,2
Rückstellungen	992	1.304	-312	-23,9
Nachrangige Verbindlichkeiten	2.131	2.179	-48	-2,2
Eigenkapital	2.844	2.857	-13	-0,5
davon:				
- gezeichnetes Kapital	1.200	1.200	0	0,0
- stille Einlagen	687	700	-13	-1,9
- Rücklagen	957	957	0	0,0
Übrige Passiva	2.927	2.675	252	9,4
Summe Passiva	102.644	108.574	-5.930	-5,5

Die **Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten** verminderten sich auf 41,6 Mrd. €. Der Rückgang spiegelt den geringeren Umfang des Geldhandels wider.

Die **Verbindlichkeiten gegenüber Kunden** konnten im Berichtsjahr um 6,6 % auf 24,4 Mrd. € gesteigert werden. Der Anteil der Spareinlagen beträgt 31 % und konnte gegenüber dem Vorjahr wiederum erhöht werden.

Das Volumen der **Verbrieften Verbindlichkeiten** ging von 32,0 Mrd. € um 4,2 Mrd. € oder 13,2 % auf 27,8 Mrd. € zurück.

Die **Rückstellungen** waren mit einem Bestand von 1,0 Mrd. € gegenüber dem Vorjahresstichtag rückläufig. Hierin sind Pensionsrückstellungen in Höhe von 524 Mio. € enthalten. Die Rückstellungen für Restrukturierungsmaßnahmen haben sich weiter um 37 Mio. € auf jetzt noch 176 Mio. € reduziert.

Das **Eigenkapital** der Bank hat sich durch die anteilige Verlustteilnahme der stillen Beteiligung gegenüber dem Vorjahr um 13 Mio. € vermindert. Die bankaufsichtsrechtlichen Eigenmittel der LBB gemäß KWG zum 31. Dezember 2008 betragen insgesamt 3,6 Mrd. €. Bezogen auf die Risikopositionen gemäß Solvabilitätsverordnung errechnen sich daraus eine Gesamtkennziffer von 12,1 % (Vorjahr: 11,1 %) und eine Kernkapitalquote von 8,4 % (Vorjahr: 7,4 %).

Finanzlage

Ziele des Finanzmanagements sind das gezielte und kontrollierte Eingehen von Risiken unter Beachtung renditeorientierter Vorgaben sowie aufsichtsrechtlicher Normen. Die für Banken relevante Liquiditätssteuerung beruht auf den aus dem KWG abgeleiteten Grundsätzen, die wir im Risikobericht dargestellt haben.

In Folge der Finanzmarktkrise hat sich 2008 die Situation an den Refinanzierungsmärkten weiter verschärft. Hiervon ist auch die LBB durch einen eingeschränkten Zugang zu diesen Märkten betroffen. Durch reduzierte Investitionen in Finanzanlagen wurde die Liquiditätsbereitstellung für den Geschäftsbetrieb und das Halten ausreichender Reserven sichergestellt. Die Refinanzierungsmärkte haben sich seit Januar 2009 soweit entspannt, dass der Bedarf unserer Kunden voll gedeckt werden kann. Da den Credit- und Liquiditätsspreads, insbesondere im kurzfristigen Bereich, reduzierte Basiszinssätze gegenüberstehen, hängt die Realisierung von Investitionsplänen unserer Kunden zur Zeit vorrangig davon ab, ob ausreichend Eigenkapital zur Verfügung steht und unsere Kunden positive Marktentwicklungen erwarten.

Liquiditätsbedingte Einschränkungen im Kerngeschäft mit unseren Kunden sind aus heutiger Sicht nicht absehbar. Die Sparkasse wird in ihrem traditionellen Geschäft allen Kunden uneingeschränkt zur Verfügung stehen. Die Refinanzierungssituation der LBB erlaubte – trotz schwieriger Marktverhältnisse – eine kontinuierliche Ausweitung der Geschäfte.

Ereignisse nach dem 31. Dezember 2008

Für die Ermittlung des beizulegenden Zeitwertes zahlreicher Finanzinstrumente wurde zum 31. Dezember 2008 auf die Anwendung von Bewertungsmodellen zurückgegriffen, da es aufgrund der extremen Marktsituation, die wesentlich durch nicht aktive Märkte gekennzeichnet ist, in diesen Fällen faktisch unmöglich war, den beizulegenden Zeitwert aufgrund von notierten Preisen beziehungsweise anhand von Schätzungen auf Basis von jüngsten Transaktionen oder aktuell verfügbaren Marktkursen zu bestimmen. Weitestgehend und soweit verfügbar wurden beobachtbare Marktdaten verwendet.

Unsere Einschätzung zur vorliegenden besonderen Marktsituation, die dominiert war durch stark nachlassende Handelsaktivitäten, teils sogar durch völlige Umsatzlosigkeit sowie eine gestiegene Volatilität, begleitet von einem Anstieg der Credit Spreads, ist unverändert. Trotz erkennbar erhöhter Aktivitäten am Primärmarkt sind die Finanzmärkte unverändert gestört. Wir sehen ein immer noch geringes Marktvolumen am Sekundärmarkt, eine hohe Geld-Brief-Spanne, eine geringe Bereitschaft zur Durchführung von tatsächlichen Transaktionen und Quotierungen verschiedener Anbieter, die teils stark voneinander abweichen und in sich widersprüchlich waren. Dies lässt keine beziehungsweise lediglich indikative Preisnotierungen erkennen. Die Märkte in der Bundesrepublik Deutschland, insbesondere die bisher beobachtbaren Emissionsaktivitäten, sind zudem stark von staatlichen Rettungsmaßnahmen geprägt, die nur zu begrenzten Markteinschätzungen herangezogen werden können.

Der mit Vertrag vom 1. Oktober 2008 erfolgte Verkauf des Privatkundengeschäfts der Luxemburger Tochtergesellschaft Landesbank Berlin International S.A. wurde im Januar 2009 durch Erhalt der Kaufpreiszahlung und Übertragung der Vermögenswerte und Verpflichtungen abgeschlossen.

Risikobericht

Die Landesbank Berlin AG (LBB) musste in Folge der im September 2008 eingetretenen dramatischen Verschärfung der internationalen Finanzkrise ihre Erwartungen für das Geschäftsjahr 2008 revidieren.

Seit Mitte September 2008 haben sich die Rahmenbedingungen für Kreditinstitute weltweit mit bisher unbekannter Dynamik nachhaltig verschlechtert, so dass umfangreiche Garantie- und Stabilisierungsmaßnahmen der staatlichen Institutionen für das Finanzsystem eingeleitet wurden. Namentlich die Insolvenz von Lehman Brothers führte zur Neubewertung von Ausfallrisiken auch systemrelevanter Adressen, in deren Folge gängige Refinanzierungsquellen weitgehend versiegten und eine Reihe größerer Marktteilnehmer illiquide wurde. Diesen Marktverwerfungen im Jahr 2008 konnte sich die LBB nicht entziehen. Sie führten insgesamt zu spürbaren Belastungen und setzten unsere Methoden, Verfahren und Systeme zum Risikomanagement im Berichtsjahr einer harten Bewährungsprobe aus. Auch unter diesen extremen Bedingungen haben unsere Prozesse des Risikomanagements im Wesentlichen ihre Angemessenheit gezeigt. Auf dieser Basis wurden Steuerungsmaßnahmen initiiert, die jedoch im Umfeld funktionsgestörter Kapitalmärkte Bewertungsverluste (bei strukturierten Produkten, Verbriefungstransaktionen sowie insbesondere bei Finanzwerten) und Wertberichtigungen nicht verhindern konnten. Die Risikotragfähigkeit der LBB war zu jedem Zeitpunkt sowohl nach unseren internen Maßstäben als auch aus regulatorischer Sicht gegeben.

Grundsätze für das Risikomanagement und -controlling

Das gezielte und kontrollierte Eingehen von Risiken unter Beachtung renditeorientierter Vorgaben ist integraler Bestandteil der Gesamtrisikosteuerung des Konzerns. Die Risiko-steuerung und auch die qualifizierte und zeitnahe Überwachung der Risiken erfolgen gemäß den Vorgaben der in der Risikostrategie und dem Risikohandbuch festgehaltenen Risikopolitik des Vorstands.

Die zuständigen Risikocontrolling-Einheiten haben als unabhängige Stellen die Aufgabe, die Risiken zu identifizieren, zu bewerten, die Risikosteuerung im Unternehmen zu unterstützen und das Management regelmäßig zu informieren.

Die Risikostrategie leitet sich aus den geschäftsstrategischen Rahmenbedingungen und Grundsätzen ab und gestaltet diese mit Blick auf die Übernahme von Risiken. Hierzu zählt die Festlegung konzerneinheitlicher Methoden und Verfahren der Risikomessung. Ebenso haben alle Unternehmen und organisatorischen Einheiten dafür Sorge zu tragen, dass alle Risiken transparent und im Rahmen der konzerneinheitlichen Methode messbar sind.

Das Risikohandbuch, welches den Rahmen für das operative Risikocontrolling vorgibt und sowohl für den Konzern als auch für seine Einzelinstitute gilt, stellt detailliert Rahmenbedingungen, Verantwortlichkeiten und Methoden der einzelnen Phasen des Risikomanagements dar.

Gesamtrisikosteuerung

Die ganzheitliche Risikosteuerung der LBB erfolgt durch den Vorstand der LBB. Der Vorstand nimmt im Einklang mit der geschäftspolitischen Ausrichtung unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Risikotragfähigkeit und der aufsichtsrechtlichen Regelungen eine Risikobegrenzung und Risikoallokation in den verschiedenen Unternehmen und organisatorischen Einheiten des Konzerns vor, beispielsweise durch Limite oder Strukturvorgaben. Mit dem monatlichen Top Management Report erfolgt das übergreifende Reporting der Bereiche Finanzen sowie Risiko und Controlling. Inhalt ist neben der Finanzsicht das Risikoreporting gemäß MaRisk (Mindestanforderungen an das Risikomanagement). Anhand des Reports, in dem alle Risikoarten zusammengefasst dargestellt werden, diskutiert der Vorstand monatlich die Gesamt-Risiko- und Ertragslage und prüft, inwieweit Reaktionen notwendig sind.

Inhaltlich werden im Konzern folgende Risikoarten unterschieden:

- Adressenausfallrisiken (inkl. Anteilseignerrisiken),
- Liquiditätsrisiken,
- Marktpreisrisiken, Zinsänderungsrisiken (Cashflow und Fair Value), Währungsrisiken, Aktienkursrisiken,
- Immobilienrisiken,
- Operationelle Risiken,
- Sonstige Risiken / Restrisiken.

Die Risikoarten werden in monetäre und nicht-monetäre Risiken unterschieden. Die monetären Risiken werden bei der quantitativen Zusammenführung zum Gesamtrisiko (internes Risikotragfähigkeitskonzept) berücksichtigt. Die nicht-monetären Risiken (z.B. das Liquidi-

tätsrisiko und das strategische Risiko) werden qualitativ gesteuert. Für die Risikotragfähigkeitsbetrachtungen werden darüber hinaus beim Erkennen wesentlicher Risiken, das heißt potenzieller Vermögenswertverluste, die noch nicht berücksichtigt sind, diese unter der separaten Position Restrisiko ausgewiesen. Die Steuerung und Überwachung der Risiken auf Gruppenebene erfolgt über die Einteilung aller Gesellschaften in ein Stufenkonzept (interner Konsolidierungskreis), das regelmäßig überprüft wird.

Das interne Risikotragfähigkeitskonzept beinhaltet ein System von Messverfahren und Limitierungen aller wesentlichen Risiken, das die Überschreitung eines vorgegebenen maximalen Vermögenswertverlusts bis auf eine geringe Restwahrscheinlichkeit ausschließt. Die hierbei zugrunde liegenden Annahmen werden wie die entsprechenden Limite regelmäßig, mindestens jährlich, überprüft und gegebenenfalls angepasst. Aufbauend auf den erfassten einzelnen Risikoarten wird das Gesamtrisiko durch Aggregation der Einzelrisiken unter Berücksichtigung von Diversifikationseffekten zwischen den Risikoarten ermittelt. Die Bewertung der Gesamtrisikolage erfolgt dadurch, dass das zur Deckung der Risiken zur Verfügung stehende Kapital (Risikodeckungsmasse) dem Gesamtrisiko sowie dem Krisenszenario auf Gesamtbankebene gegenübergestellt wird.

Um Risikobewertungen besser interpretieren zu können, wird das Gesamtbankrisiko für unterschiedliche Konfidenzniveaus berechnet. Die Ergebnisse werden bestimmten Verlustszenarien (zum Beispiel Verlust in Höhe des geplanten Jahresergebnisses, Unterschreiten der aufsichtsrechtlichen Gesamtkennziffer) gegenübergestellt. Darüber hinaus wird der Wegfall jeglicher Diversifikationseffekte zwischen den Risikoarten als ein Krisenszenario auf Gesamtebene definiert. Im Berichtsjahr wurden die Szenariobetrachtungen auf Konzernebene für die einzelnen Risikoarten weiterentwickelt und in das Reporting integriert.

Interne Kapitaladäquanz

Um die Gesamtbanksteuerung noch effektiver zu gestalten, wird Risikokapital auf Gesamtebene und für die Geschäftsfelder festgelegt. Das Risikokapital existiert zusätzlich zu den bereits bestehenden Limiten und fungiert als von den strategischen Zielen abgeleitete Beobachtungsgrenze. So können bei Annäherung an diese Grenze bereits frühzeitig Gegenmaßnahmen ergriffen werden.

Das 2007 eingeführte Kapitalmanagement-Komitee koordiniert konzernweit Maßnahmen, die eine optimierte Kapitalstruktur unter Berücksichtigung interner und externer Rahmenbedin-

gungen langfristig sicherstellen. Hierzu wird die Entwicklung der Risikopositionen der wichtigsten Konzerngesellschaften und des Konzerns auf Basis der verabschiedeten Mittelfristplanung sowohl der internen (ökonomischen) als auch der bilanziellen und der regulatorischen Kapitalausstattung gegenübergestellt.

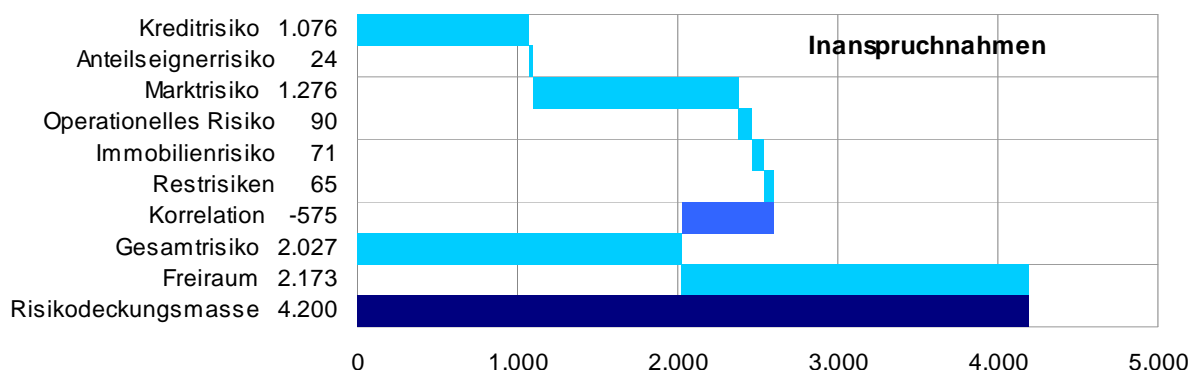
Die Zusammensetzung der internen Risikodeckungsmasse des Konzerns LBB Holding wurde 2008 neu definiert und wird nunmehr auf Basis des Eigenkapitals nach IFRS zuzüglich 70% des Nachrangkapitals bestimmt. Damit wird eine verbesserte und zeitnähere Abbildung der Risikosituation und der ihr gegenüberstehenden Vermögenswerte erreicht. Auf Basis der neuen, leicht reduzierten, Risikodeckungsmasse des Konzerns ist weiterhin Raum für strategiekonformes Neugeschäft vorhanden. Die Risikotragfähigkeit in Stresssituationen wie auch bei der theoretischen Vollaustattung des aktuellen Gesamtlimits ist gegeben. Die LBB verzichtet analog § 2a Abs. 6 KWG auf eine separate Risikotragfähigkeitsrechnung für das Einzelinstitut LBB als übergeordnetes Unternehmen der Gruppe nach § 25a Abs. 1 Satz 3 Nr. 1 KWG. Per 31. Dezember 2008 ergab sich auf Konzernebene eine Risikodeckungsmasse in Höhe von 4.200 Mio. €; die aufsichtsrechtlichen Eigenmittel des Konzerns betragen nach Feststellung per 31. Dezember 2008 4.511 Mio. €.

Zur Sicherstellung der Risikotragfähigkeit bestehen ein Limitsystem und davon abgeleitete Eskalationsprozesse. Sollte es zu einer Annäherung an eines der Limite kommen, das heißt in der Regel zu einer Risikoauslastung von mehr als 90 %, entscheidet der Vorstand über Maßnahmen, um Limitüberschreitungen zu verhindern.

Auf Konzernebene gab es im Berichtsjahr auch im Zeitraum erhöhter Risikowerte im Zusammenhang mit der Finanzkrise jederzeit einen ausreichenden Freiraum zur Risikodeckungsmasse, sowohl hinsichtlich der Inanspruchnahmen als auch der gesetzten Limite.

Die Inanspruchnahme je Risikoart, das Gesamtrisiko und der daraus resultierende Freiraum stellten sich zum 31. Dezember 2008 im Konzern wie folgt dar:

Inanspruchnahmen nach Risikoarten für den Konzern LBB Holding zum 31. Dezember 2008
in Mio. €



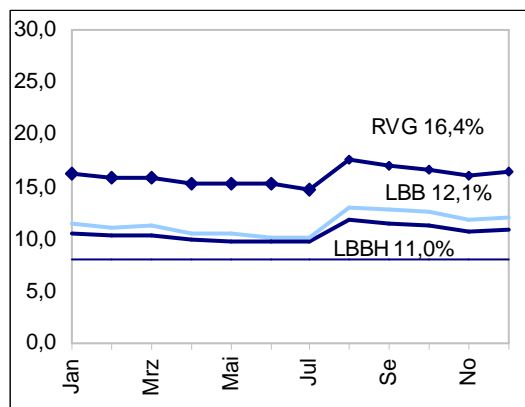
Aufsichtsrechtliche Kapitaladäquanz (Solvabilitätsverordnung)

Durch den Erwerb der Holding durch die S-Erwerbsgesellschaft mit deren Gesellschaftern der Regionalverbandsgesellschaft mbH (RVG, Komplementär) und dem DSGVO ö.K. (Kommanditist) im Jahr 2007 gehört die LBB aufsichtsrechtlich zur RVG-Gruppe. Wir weisen hier die aufsichtsrechtlichen Quoten auf Ebene der Holding und auf Ebene der RVG aus.

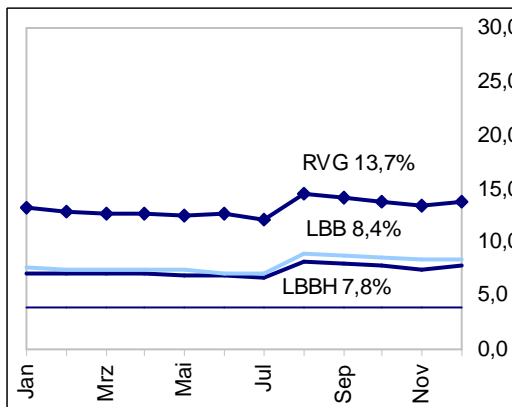
Die RVG Gruppe und die Teilbanken haben im Berichtsjahr die Meldungen nach der Solvabilitätsverordnung (SolvV) erstellt.

Die Berlin Hyp und die netbank berichten seit Jahresbeginn 2008 ebenfalls nach der SolvV. Die dargestellten Angaben der Gesamtkennziffer und der Kernkapitalquote beziehen sich auf die der Aufsicht zum jeweiligen Stichtag gemeldeten Werte. Per 31. Dezember 2008 werden die Werte nach Feststellung des Jahresabschlusses dargestellt.

Gesamtkennziffer (SolvV)



Kernkapitalquote (SolvV)



Die regulatorisch vorgegebenen Mindestquoten von 8 % bei der Gesamtkennziffer und 4 % bei der Kernkapitalquote wurden im Berichtsjahr stets eingehalten.

In den Meldungen zur SolvV bis Juli 2008 wurde die Berechnung der aufsichtsrechtlichen Quote (Gesamtkennziffer) unter Einbeziehung der zusätzlichen Eigenkapitalanforderung (Floor) gemäß § 339 SolvV vorgenommen. Dieser Floor resultierte im Wesentlichen aus der Skalierung der SolvV-Eigenmittelanforderung auf 90 % (Floor 2008) der Eigenmittelanforderung nach Grundsatz I.

Entsprechend der Auslegungsempfehlung der BaFin zur Berechnung und zum Ausweis des Floors hat die Bank ab September die Methode zur Berechnung der aufsichtsrechtlichen Quoten angepasst. Anpassungsbeträge aus der Parallelrechnung des Grundsatz I (Floor) werden nach dem neuen Verfahren nicht mehr einbezogen.

Die Floorbetrachtung wird als Nebenrechnung durchgeführt. Die Eigenmittelunterlegung nach Grundsatz I wird hierbei multipliziert mit dem aktuellen Floor von 90 % unter Einbeziehung des Wertberichtigungsvergleichs sowie des Expected Loss für Beteiligungen und wird den Eigenmitteln der Bank gegenübergestellt. Im Berichtsjahr wurde diese Anforderung regelmäßig eingehalten.

Adressenausfallrisiken

Das Adressenausfallrisiko wird als das Risiko eines Verlusts oder entgangenen Gewinns aufgrund des Ausfalls eines Geschäftspartners definiert. Dies beinhaltet, dass ein Vertragspartner des Instituts nicht oder nicht fristgerecht leistet oder das Institut selbst aufgrund der Nichtleistung eines Dritten zu leisten verpflichtet ist. Weiterhin ist in dieser Definition das Anteilseignerrisiko enthalten, welches sich aus der Zurverfügungstellung von Eigenkapital ergibt. Im kommerziellen Kreditgeschäft ist das Adressenausfallrisiko im Falle der Gewährung von Buchkrediten identisch mit dem Kreditrisiko. Wird statt eines Buchkredites ein Wertpapier gehalten, spricht man von einem Emittentenrisiko. Weitere, vor allem im Handelsgeschäft übliche, zum Adressenausfallrisiko zählende Risikokategorien sind das Kontrahentenrisiko (Risiko der potenziell nachteiligen Wiedereindeckung eines Derivategeschäftes bei Ausfall eines Geschäftspartners), das Settlementrisiko (Risiko, dass am Zahlungstermin trotz eigener Leistung keine Gegenleistung erfolgt) sowie das Länderrisiko (Transferrisiko).

Die Messung und Steuerung der Adressenausfallrisiken in der LBB basiert auf einer risikoadäquaten Darstellung der Kreditrisiko tragenden Geschäfte. Kreditrisiken sowie Kontrahenten- und Emittentenrisiken werden produktspezifisch gemessen und anhand des „Current Credit Exposure“ quantifiziert. Das interne Reporting der Kreditrisiken an die Geschäftsleitung wird im Wesentlichen auf Basis dieser Größe bestimmt.

Aufgrund der Orientierung am Risikogehalt der Positionen gibt es bei einigen Produkten quantitative Unterschiede zwischen dem Current Credit Exposure und der bilanziellen Sicht auf das Forderungsvolumen:

- Für Handelsgeschäfte inklusive Wertpapiere und Derivate wird auf Basis von Kontrahenten-, Emittenten- und Kreditnehmerrisiken das Current Credit Exposure berechnet. Zusätzlich werden bei den Kontrahentenrisiken Aufschläge (Add-Ons) für das Potential Future Exposure berücksichtigt.
- Eine Risikominderung entsteht durch Netting-Vereinbarungen sowie die Aufrechnung von Long- und Short-Positionen bei Emittentenrisiken oder durch Kompensationsvereinbarungen.
- Durchgereichte Förderkredite, die kein Risiko für die LBB darstellen, werden nicht einbezogen.

Das gesamte Current Credit Exposure der LBB betrug zum 31. Dezember 2008 79,8 Mrd. €. Dabei entfielen 24,9 Mrd. € auf Kreditrisiken aus kommerziellem Kreditgeschäft, die auf Grundlage von Restbuchwerten quantifiziert werden.

Emittenten-, Kontrahenten- und Kreditnehmerrisiken aus Kapitalmarktgeschäften basieren auf den Marktpreisen der Finanzinstrumente und sind in Höhe von 54,9 Mrd. € im Current Credit Exposure enthalten.

Der überwiegende Teil des Current Credit Exposure entfiel auf die Geschäftsfelder Kapitalmarktgeschäft, Immobilienfinanzierung und Sonstige.

Neben dem Current Credit Exposure wird im Folgenden auch das Credit Exposure betrachtet. Dieses beinhaltet zusätzlich auch nicht gezogene, aber den Kunden zugesagte Limite. Bei diesen Limiten handelt es sich sowohl um widerrufliche als auch unwiderrufliche Zusagen.

Entsprechend der oben genannten Zusammensetzung des Credit Exposures sowie des Current Credit Exposures ergab sich für die LBB zum 31. Dezember 2008 folgende Aufteilung nach den Strategischen Geschäftsfeldern:

Strategisches Geschäftsfeld	Credit Exposure	Current Credit Exposure		
		Kreditrisiken	Emittenten-, Kontrahenten-, Kreditnehmerrisiken	Summe
Mio. €				
Private Kunden	9.630	3.785	0	3.785
Firmenkunden	6.720	5.448	0	5.448
Immobilienfinanzierung	14.309	11.663	0	11.663
<i>davon Hypothekendarlehen</i>	12.864	10.586	0	10.586
Kapitalmarktgeschäft	45.808	3.979	41.439	45.418
Sonstige	13.495	2	13.492	13.494
Summe	89.962	24.877	54.931	79.808

Entsprechend ihrer Risikostrategie geht die LBB vornehmlich Kreditrisiken in Berlin und der Bundesrepublik Deutschland ein. Dagegen führt das Kapitalmarktgeschäft strategiekonform überwiegend zu Emittenten-, Kontrahenten- und Kreditnehmerrisiken im Ausland und den alten Bundesländern.

Risikominderung

Zur Reduzierung der Adressenausfallrisiken werden in der LBB verschiedene Elemente der Risikominderung eingesetzt. Bei den Kreditrisiken bilden Sach- und Personensicherheiten das wesentliche Element. Darüber hinaus werden Kontrahentenrisiken des Handels über Vereinbarungen zum Close-Out-Netting reduziert. Diese ermöglichen es, im Falle einer Kreditverschlechterung des Kontrahenten, sogar bei dessen Insolvenz, Forderungen und Verbindlichkeiten gegeneinander aufzurechnen. Zusätzlich werden im Handelsgeschäft weitere risikomindernde Maßnahmen wie der Abschluss von Kreditderivaten und der Austausch von Sicherheiten vorgenommen.

Kreditrisikomessverfahren

Als wesentlicher Parameter für die Bestimmung der Kreditrisiken wird die Ausfallwahrscheinlichkeit eines Engagements unter Zuhilfenahme von Rating- und Scoringverfahren ermittelt. Jedes dieser Ratingverfahren dient dem Zweck, für bestimmte Kreditnehmergruppen die Ausfallwahrscheinlichkeit auf Basis statistischer Verfahren valide zu schätzen. Alle in der LBB eingesetzten Risikoklassifizierungsverfahren unterliegen einer permanenten Qualitätskontrolle durch das Kreditrisikocontrolling.

Für Privatkunden, inländische Firmenkunden und inländische Immobilienfinanzierungen werden Rating- und Scoringverfahren der S Rating und Risikosysteme GmbH verwendet. Für Großkunden und internationales Geschäft werden Ratingverfahren der Rating Service Unit GmbH & Co. KG eingesetzt. Die LBB war an den Entwicklungsprojekten beteiligt und wirkt in den Gremien und Arbeitskreisen der beiden Dienstleister mit.

Die Ratingverfahren sind auf Ausfallwahrscheinlichkeiten gemäß der Ausfalldefinition nach Basel II kalibriert. Über die Ausfallwahrscheinlichkeit werden sie einer der 25 Klassen der DSGV Masterskala zugeordnet.

Die wesentlichen Ratingverfahren wurden im Rahmen der Zulassungsprüfung zum „Internal Rating Based Approach“ unter Basel II durch die Bankenaufsicht analysiert und abgenommen.

Im Rahmen der Kreditanalyse erfolgt die Ermittlung einer Ratingklasse für jeden Kreditnehmer. Die Zuordnung der Ratingklassen zu Ausfallwahrscheinlichkeiten gewährleistet die Vergleichbarkeit der Kreditnehmerbonitäten über die Segmente hinweg. Die Kreditvergaberichtlinien und die Kompetenzordnung basieren auf der Risikoklasse. Diese beinhaltet neben der ermittelten Ausfallwahrscheinlichkeit aus dem Rating auch die gestellten Sicherheiten und gibt somit einen Überblick über das Verlustpotenzial eines Engagements.

Entsprechend der Risikoklasse lässt sich das Portfolio unterteilen in:

- Good Loans (Risikoklasse 1 bis 12),
- Subperforming Loans (Risikoklasse 13 bis 15),
- Nonperforming Loans (Risikoklasse 16 bis 18).

Die quantitative Analyse der Adressenausfallrisiken auf Basis statistischer Verfahren wird für Kreditportfolien mittels des selbstentwickelten Kreditportfoliomodells vorgenommen. Dieses Modell, das auf einer konzernspezifischen Adaption von Standardmodellen beruht, erlaubt die Aggregation der kreditnehmerbezogenen Adressenausfallrisiken zu einer Risikokennzahl auf Portfolioebene, dem so genannten Credit-Value-at-Risk (CreditVaR). Diese Kennzahl wird täglich auf Basis der Konfidenzniveaus von 90 % und 99,9 % mit einer Haltedauer von einem Jahr für die wesentlichen Konzern-, Teilbank- und Geschäftsfeldportfolios ermittelt. Sie fließt in den monatlichen Top Management Report sowie die Risikotragfähigkeitsberechnungen ein.

Das Kreditportfoliomodell schätzt auf Basis der kreditnehmerspezifischen Exposure, der Ratingnote, der Besicherung sowie von Korrelationsschätzungen die Wahrscheinlichkeit, dass es zu großen Verlusten durch korrelierte Kreditausfälle kommt. Das eingesetzte Modell reagiert aufgrund seiner Struktur sensitiv auf Klumpenrisiken oder Branchenkonzentrationen und berücksichtigt auch die Gefahr von Länder-Transferereignissen. Die Abbildung des Risikos wird durch eine stochastische Modellierung der Verlustquoten (zum Beispiel der Sicherheitenerlöse) verfeinert. Die Risikobeiträge der einzelnen Kreditnehmer werden berechnet und im Rahmen des Kreditrisikoreportings dargestellt.

Kreditüberwachung

Die LBB überwacht das Einzelrisiko der Kreditnehmer mit verschiedenen manuellen und automatisierten Verfahren, um Kreditrisiken früh zu erkennen und proaktiv zu managen. In aller Regel werden die Kreditnehmer-Ratings mindestens jährlich aktualisiert. In diesem Rahmen erfolgt auch die regelmäßige Überprüfung von Bestand und Werthaltigkeit der Sicherheiten, die gegebenenfalls einer Neubewertung unterzogen werden. Bei Rating-Verschlechterungen wird über die Art der Fortführung des Engagements entschieden.

Zur Identifikation von Kreditnehmern, bei denen sich erhöhte Risiken abzeichnen, setzt der Konzern Frühwarnsysteme ein. Auf Basis von quantitativen und qualitativen Frühwarnindikatoren werden entsprechende Watchlists erstellt, in denen separat zu untersuchende Kreditnehmer aufgeführt werden.

Die LBB aktualisiert und verfeinert die Qualität ihrer Kreditüberwachung permanent, um den Entscheidungsprozess zu beschleunigen und um die Qualität der verfügbaren Informationen zur Erkennung und Bewertung potenzieller Risiken zu verbessern. Das Kreditgeschäft, die eingesetzten Risikomessverfahren und insbesondere die Kreditprozesse werden von der internen Revision regelmäßig überprüft. Daraus werden Maßnahmen für die weitere Qualitätsverbesserung in der Kreditanalyse und Überwachung abgeleitet.

Risikobeschränkung

Adressenausfallrisiken werden auf der Ebene der einzelnen Kreditnehmer wie auch auf Portfolioebene im Rahmen eines strategischen Kreditportfoliomanagements limitiert und gesteuert. Hierfür werden neben der Portfoliobetrachtung auf Grundlage des Credit-Value-at-Risk-Modells Länderrisiken über eigene Limite gesteuert.

Einzelkreditnehmerlimite

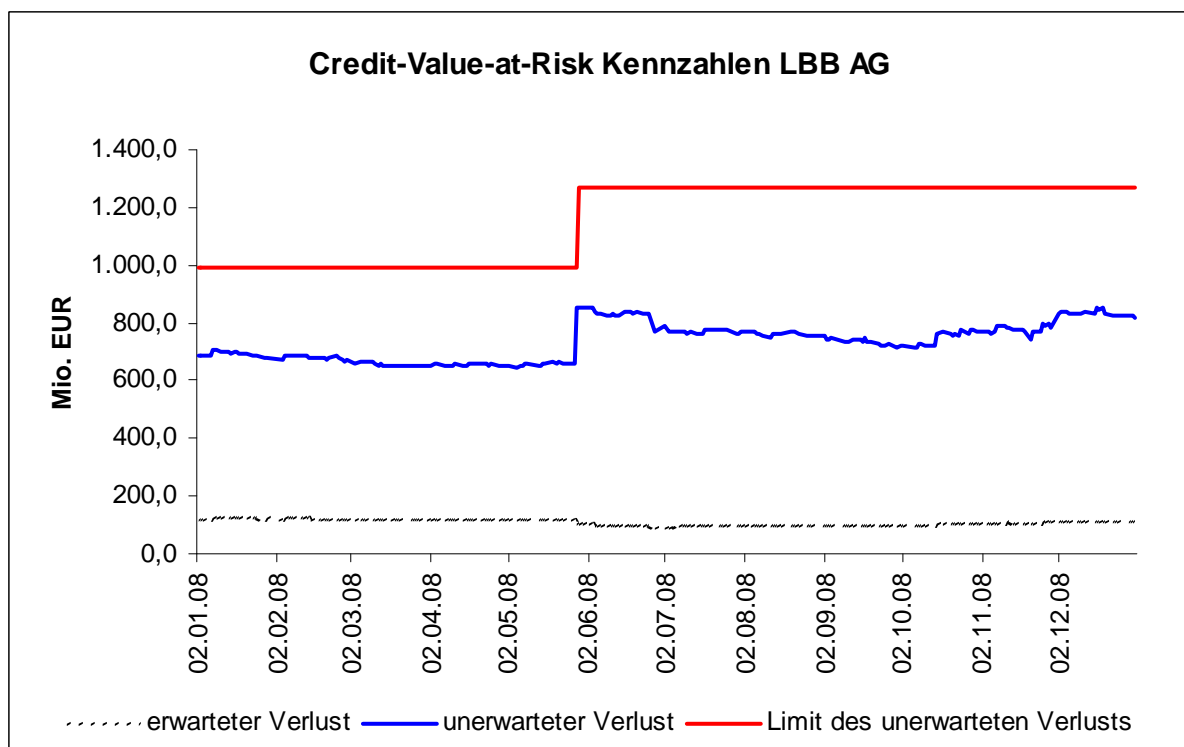
Die Adressenausfallrisiken werden auf Einzelkreditnehmer-Ebene durch individuelle Limite für Kreditnehmer bei den Parametern Betrag, Laufzeit und Geschäftsart begrenzt. Diese Limite werden systematisch erfasst und einem täglichen MaRisk-Prozess unterworfen.

Im Mengenkreditgeschäft, das standardisierte Kredite wie Raten- und Dispositionskredite umfasst, werden weitgehend maschinell unterstützte Verfahren zur Bewilligung eingesetzt. Bei größeren Engagements ist zusätzlich ein Votum durch die Marktfolge erforderlich. Für das nicht in standardisierten Prozessen abzuwickelnde Geschäft werden individuelle Kreditentscheidungen in klar definierten Prozessen abhängig von der Engagementhöhe und dem Risikogehalt getroffen. Die Entscheidung über größere Engagements und deren Bearbeitung erfolgt dabei grundsätzlich durch den Marktfolgebereich.

Portfoliosteuerung

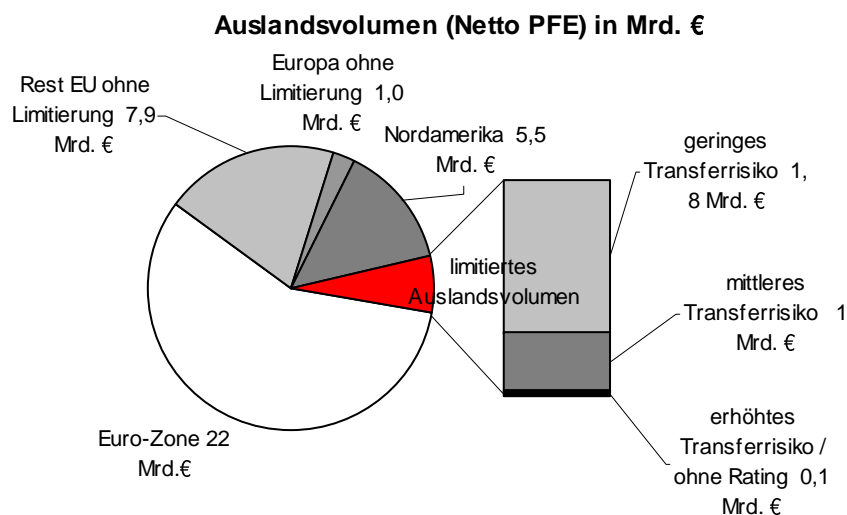
Das Neugeschäft und der Kreditbestand werden täglich durch Portfoliolimite auf Basis des Kreditportfoliomodells begrenzt. Zu diesem Zweck existieren Limite für den erwarteten wie auch den unerwarteten Verlust zu verschiedenen Konfidenzniveaus der Portfolien der Geschäftsfelder wie auch der Teilbanken und des Konzerns.

Der unerwartete Verlust zum Konfidenzniveau in Höhe von 99,9 % geht in die Risikotragfähigkeit ein. Im Folgenden sind der erwartete Verlust, der unerwartete Verlust (99,9 %) sowie dessen Limit im Jahresverlauf 2008 dargestellt. Der Anstieg des unerwarteten Verlusts ist auf eine Anpassung der Parametrisierung des Kreditportfoliomodells zurückzuführen und ist mit einer Anpassung des Limits verbunden.



Zusätzlich werden Länder- und Transferrisiken über volumenbasierte Länderlimite beschränkt. Im Geschäftsjahr 2008 wurde die Limitsystematik dahingehend angepasst, dass nur die Länder der Eurozone, die USA, Kanada, die Schweiz, die Kanalinseln, Großbritannien, Dänemark, Schweden und Norwegen keiner Limitierung unterliegen. Die Limit Höhen werden unter Berücksichtigung volkswirtschaftlicher Einflüsse und der tatsächlichen Entwicklung des Kreditportfolios vom Vorstand auf Empfehlung des Kreditrisikokomitees beschlossen.

Länderlimite beschränken das Netto Potential Future Exposure (Netto PFE). Dies entspricht dem Current Credit Exposure inklusive Add Ons nach Berücksichtigung der Sicherheiten. Wie im Folgenden dargestellt, entfallen von diesem Auslandsvolumen 94 % auf unlimitierte Länder mit bester Bonität (das heißt mit einer internen Ratingeinstufung besser als 1 (AA-)).



Neben dieser Limitierung erfolgt ein regelmäßiges Reporting der Kreditvolumen nach weiteren Kategorien. Eine gesonderte Votierungseinheit des Risikocontrollings, die für die Kreditengagements in Verantwortung des Gesamtvorstands ein zusätzliches Votum abgibt, prüft die Portfolioverträglichkeit von Großengagements.

Risikoprävention

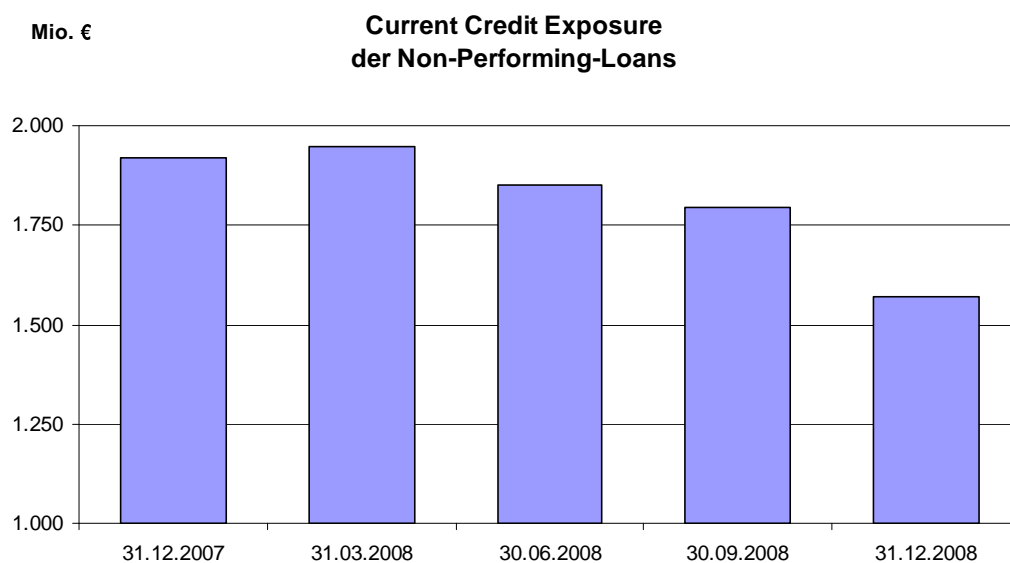
Im Geschäftsjahr 2008 hat die Abteilung Risikoprävention ihre Tätigkeiten aufgenommen. Sie ist im Direktbankservice angesiedelt. Die Abteilung soll gezielt Kunden des Geschäftsfelds Private Kunden mit absehbaren Zahlungsschwierigkeiten beziehungsweise erhöhtem Ausfallrisiko ansprechen und dadurch Kündigungsvolumina im Bereich Private Kunden mindern.

Behandlung von Problemkrediten

Gefährdete Engagements fallen prinzipiell in die Bearbeitungszuständigkeit und Verantwortung der Risikobetreuungsbereiche, in welchen diese Kredite saniert oder abgewickelt werden. Im Rahmen der Sanierung kam es bei Engagements mit einem Current Credit Exposure in Höhe von 52 Mio. € zu Konditionsanpassungen ohne Bildung einer Wertberichtigung. Rettungserwerbe waren im Geschäftsjahr 2008 nicht zu verzeichnen.

Das Current Credit Exposure und insbesondere die rückständigen Leistungen der ausgefallenen Problemkredite (Nonperforming Loans) sind durch Einzelwertberichtigungen und Rückstellungen sowie infolge der Anrechnung von Sicherheiten weitgehend abgesichert.

Der Anteil der Nonperforming Loans, das heißt der ausgefallenen Kredite, am Gesamtexposure der LBB ging auch 2008 weiter zurück. Er betrug zum 31. Dezember 2008 1,9 % des Current Credit Exposure. Die folgende Grafik verdeutlicht den Rückgang der Nonperforming Loans in den letzten Quartalen.



Bildung der Kreditrisikovorsorge

Die Kompetenz der Risikobetreuungsbereiche umfasst unter anderem die Bildung von Einzelwertberichtigungen. Oberhalb definierter Betragsgrenzen entscheiden einzelne Vorstandsmitglieder oder der Gesamtvorstand über die Höhe der Einzelwertberichtigung.

In einem Report an den Vorstand wird auf monatlicher Basis sowohl über die unterjährig gebildete Risikovorsorge als auch über die erwartete weitere Entwicklung berichtet. Die Höhe der Einzelwertberichtigungsvorschläge beruht auf fest definierten Kriterien, die unter anderem von der Art der Sicherheit beziehungsweise vom Status des Engagements (Sanierung oder Abwicklung) abhängen.

Auch für Engagements, die keine Einzelwertberichtigung erhalten, wird im Sinne einer Portfoliobetrachtung der Kreditrisikovorsorgebedarf ermittelt. Bei dessen Berechnung fließen die Ergebnisse der oben beschriebenen Parameter des Kreditrisiko-Messverfahrens (Ratingnote, Ausfallwahrscheinlichkeit, Verlustquote) ein.

Anteilseignerrisiken

Die Anteilseignerrisiken sind in die internen Berechnungen zur Risikotragfähigkeit integriert. Bei der Ermittlung des Risikokapitals für Beteiligungen werden neben den Buchwerten auch Ausfallwahrscheinlichkeiten, Haftungsverhältnisse und gegebenenfalls Liquidationszeiträume sowie Experteneinschätzungen berücksichtigt. Hierdurch wird sichergestellt, dass Risiken, die mit der Eigenkapitalvergabe verbunden sind, möglichst vollständig abgebildet werden. Ein Backtesting der Ergebnisse wird jährlich durchgeführt und bestätigt die Angemessenheit der Risikobestimmung. Im Reporting sind Szenariobetrachtungen, zum Beispiel „Ausfall der Gesellschaft mit dem höchsten Exposure“, integriert.

Die Beteiligungen des Konzerns sind grundsätzlich den Geschäftsfeldern zugeordnet. Eine Ausnahme bilden lediglich bestimmte Unternehmen, die in erster Linie zentrale Dienstleistungen erbringen und deshalb zentral verantwortlich werden. Das für das jeweilige Geschäftsfeld steuerungsverantwortliche Management legt sowohl die operativen als auch strategischen Ziele der Beteiligungen als Voraussetzung für eine daraus abzuleitende operative Planung und Steuerung fest. Die Beteiligungen sind Bestandteil der Risikostrategie des Geschäftsfelds, dem sie zugeordnet sind.

Der Vorstand der LBB wird monatlich über die Risikolage informiert.

Unter der Prämisse der Risikodiversifikation und des risikostrategischen Ansatzes, sich auf strategisch vorteilhafte Beteiligungen zu fokussieren, werden folgende Teilportfolien gebildet:

- das Kerngeschäft fördernde Produktlieferanten,
- das Kerngeschäft fördernde Vertriebskanäle,

-
- Beteiligungen an Dienstleistern,
 - Verbundbeteiligungen,
 - Bündelung des Immobilienbestands der LBB,
 - Finanzbeteiligungen.

Daneben stehen die zur Desinvestition vorgesehenen Beteiligungen wie insbesondere nicht mehr operativ tätige Gesellschaften, Gesellschaften in stiller Liquidation sowie Restrukturierungsaktivitäten.

Veränderungen im wirtschaftlichen Umfeld der Beteiligungen werden regelmäßig durch ein Benchmarking mit externen Branchenratings festgestellt und analysiert.

Das Anteilseignerrisiko hat sich gegenüber dem Vorjahr insbesondere durch Verkauf bzw. Liquidation verschiedener Gesellschaften in der LBB um 10 Mio. € (30 %) reduziert.

Liquiditätsrisiken

Das Liquiditätsrisiko ist die Gefahr, dass der Konzern zu irgendeinem Zeitpunkt nicht in der Lage sein könnte, seinen Zahlungsverpflichtungen fristgerecht und im vollen Umfang zu entsprechen (Zahlungsfähigkeit).

Auswirkungen der Finanzkrise

In Folge der Finanzmarktkrise hat sich die Situation an den Refinanzierungsmärkten im Jahr 2008 weiter verschärft. Umfangreiche Staatshilfen zur Vermeidung der Zahlungsunfähigkeit beeinflussten das allgemeine Marktgeschehen. Auch unter diesen extremen Bedingungen haben sich die Methoden und Verfahren des Liquiditätsrisikomanagements bewährt und die Liquiditätssituation der LBB stellt sich geordnet dar.

Durch reduzierte Investitionen in strategische Anlagen wird die Liquiditätsbereitstellung für den Geschäftsbetrieb und das Halten ausreichender Reserven sichergestellt. Bei dauerhaftem Anhalten der Störungen an den Refinanzierungsmärkten sind auch Einschränkungen im geplanten Neugeschäft mit institutionellen Kunden nicht auszuschließen, um sicherzustellen, dass in der LBB auch auf einen Betrachtungshorizont von einem Jahr ausreichende Liquidität

tätsreserven vorhanden sind. Liquiditätsbedingte Einschränkungen im Kerngeschäft mit Retailkunden sind aus heutiger Sicht nicht absehbar.

Grundlagen und Liquiditätskennziffer

Innerhalb des internen Liquiditätsrisikocontrollings wird in das Beschaffungs- und das Fristenrisiko unterteilt.

Das Beschaffungsrisiko stellt das Risiko dar, kurzfristig fälligen offenen Zahlungsverpflichtungen in den nächsten 30 Tagen bei einem versperrten Zugang zum unbesicherten Geldmarkt im Krisenfall nicht mehr nachkommen zu können.

Das Fristenrisiko beinhaltet die Gefahr, fällige, ursprünglich mittel- und längerfristige Refinanzierungsmittel, denen keine entsprechende Aktivfälligkeit gegenüber steht, aufgrund von Bonitätsproblemen oder aus marktbedingten Gründen nur noch kurzfristig prolongieren zu können.

In der LBB wird das Liquiditätsrisiko nach § 11 KWG und dem internen Liquiditätsrisikomessverfahren überwacht. § 11 KWG regelt, dass Kreditinstitute ihre Mittel so anlegen müssen, dass jederzeit eine ausreichende Zahlungsbereitschaft gewährleistet ist. Die Liquidität wird als ausreichend angesehen, wenn die Liquiditätskennziffer mindestens 1,0 beträgt.

Die Liquiditätskennziffern gemäß „Verordnung über die Liquidität der Institute (Liquiditätsverordnung)“ betragen per 31. Dezember 2008:

Institut	2008	2007
Landesbank Berlin	1,64	1,61

Die aufsichtsrechtlichen Liquiditätskennziffern werden mit einem komfortablen Freiraum eingehalten. Die niedrigste Kennziffer der LBB im Jahr 2008 belief sich auf 1,45.

Messung und Limitierung von Liquiditätsrisiken

Zusätzlich wird für die LBB ein deutlich über die Liquiditätsverordnung hinausgehendes Liquiditätsrisiko-Controlling vorgenommen, das den bankinternen Rahmen für die Messung und Limitierung von Liquiditätsrisiken bildet und den Bedürfnissen des Konzerns angepasst ist.

Grundlage für alle Liquiditätsrisiko-Betrachtungen durch das Risikocontrolling ist die Kapitalablaufbilanz, die das Cashflow-Profil der Bank abbildet. Die Kapitalablaufbilanz bildet das komplette Laufzeitspektrum aller im Konzern gebuchten Finanzinstrumente ab. Bestandteil der Kapitalablaufbilanz sind Annahmen über die Prolongation von Aktivfälligkeiten sowie die Aussteuerung von konzerninternen Zahlungen, um die tatsächliche Liquiditätswirksamkeit jedes Cashflows korrekt darzustellen.

Hiervon ausgehend werden im kurzfristigen Bereich mit einer Laufzeit von bis zu 30 Tagen die täglich zu deckenden Refinanzierungssalden ermittelt. Diese werden durch das Risikocontrolling daraufhin überwacht, dass auch unter restriktiven Annahmen die jederzeitige Liquidität des Konzerns und somit auch der LBB gewährleistet ist. Die Annahmen unterstellen dabei in unterschiedlicher Ausprägung den Abfluss kurzfristiger Einlagen, die Ziehung zugesagter Kreditlinien und Abschläge bei der Verwertung von Wertpapierbeständen zum Zwecke der Liquiditätsgenerierung. Die hierbei getroffenen Annahmen gehen zum Teil von deutlich höheren Liquiditätsbelastungen aus als sie durch die Liquiditätsverordnung angenommen werden und sind somit bei der Beurteilung der Liquiditätssituation deutlich konservativer. Zudem wird in allen Szenarien einheitlich unterstellt, dass der Zugang zu unbesicherten Refinanzierungsquellen nicht mehr zur Verfügung steht und die Refinanzierung für jeden Tag im betrachteten Zeitraum ausschließlich über die freien Wertpapierbestände zu sichern ist. Hierbei wird die potenzielle Liquidierbarkeit jedes Wertpapiers im Hinblick auf Verwertungszeiträume und Verwertungskosten berücksichtigt.

An diese Risikobetrachtung schließt sich im Laufzeitbereich von 31 bis 360 Tagen die Limitierung der Refinanzierungssalden in diesen Fälligkeiten an. Hierzu werden die Cashflows in verschiedene, teilweise überlappende Laufzeitbänder eingeteilt. Dadurch wird in einem unterstellten Krisenfall, in dem der Zugang zur mittel- und längerfristigen unbesicherten Geldmarktrefinanzierung beeinträchtigt ist, der zusätzliche Bedarf an kurzfristigen Refinanzierungsmitteln begrenzt. Die Obergrenzen der Limite basieren auf der für den

gesamten Zeitraum verfügbaren Wertpapierliquiditätsreserve. Neben dieser Begrenzung durch die unverbrauchte Liquiditätsreserve werden die Salden auch nominell limitiert.

Eine Darstellung der Liquiditätsrisikosituation, der aktuellen Risikoausnutzungen und des kurzfristigen Refinanzierungsbedarfs wird täglich erstellt und dem Vorstand im zweiwöchentlichen Turnus im Rahmen der Sitzungen des Dispositionsausschusses sowie monatlich im Rahmen des Top Management Reportings zur Verfügung gestellt. Darüber hinaus wird der Vorstand seit Herbst 2008 wöchentlich im Rahmen der gesonderten Darstellungen zur Liquiditätslage an die Bankenaufsicht (BaFin) informiert. Das interne Reporting beinhaltet die Überwachung von Vorwarnstufen, bei deren Erreichen definierte Eskalationsmaßnahmen greifen. Die Auslastung der Limite war 2008 sowohl für das Beschaffungs- als auch für das Fristenrisiko zum Jahresende und auch im Jahresverlauf unbedenklich.

Im Kontext der allgemeinen Finanzmarktkrise wurden von der deutschen Bankenaufsicht erweiterte Offenlegungsvorschriften erlassen. Die LBB übermittelt in diesem Zusammenhang detaillierte Auswertungen auf wöchentlicher und täglicher Basis an die Bundesbank und BaFin.

Steuerung der Liquiditätsrisiken

Das Liquiditätsmanagement erfolgt konzernweit durch den Bereich Treasury und Trading. Dabei wird das gleiche System und die gleiche Methodik genutzt wie bei der internen Feststellung der Liquiditätsrisiken durch das Risikocontrolling. Ziel des Liquiditätsmanagements ist es, auch bei kurzfristigen Engpässen sowie bei andauernden allgemeinen oder institutsspezifischen Liquiditätskrisen stets über ausreichend gesicherte Liquidität gemäß der beschriebenen Methodik zu verfügen.

Risikokonzentrationen

Die Liquiditätsrisikopolitik des Konzerns und somit auch der LBB beruht auf dem Halten ausreichender Bestände liquidierbarer Aktiva zur Abdeckung faktischer sowie aus Stress-tests berechneter Liquiditätsbelastungen.

Regionale Konzentrationen ergeben sich, bedingt durch den Standort der Konzernunternehmen, bei den stark diversifizierten Kundeneinlagen mit deutlichem Schwerpunkt der Herkunft

aus Berlin/Brandenburg. Der Schwerpunkt der Interbankenrefinanzierung liegt weiter verteilt zu ca. 80 % im deutschen Raum. Hierbei ist durch den im Berichtsjahr krisenbedingt kollabierten Interbanken-Geldmarkt die Deutsche Bundesbank derzeit der wichtigste Refinanzierungspartner. Bei den verbrieften Verbindlichkeiten ist diese Verteilung ähnlich, wobei der Auslandsanteil der Platzierungen auf 30 % geschätzt wird. Da sich aufgrund der Finanzmarktkrise die unbesicherten Bondmärkte nicht wirtschaftlich nutzen ließen, beschränkten sich die Neuemissionen der LBB im Jahr 2008 fast vollständig auf Pfandbriefe. Während die kleinteiligen Abschnitte überwiegend im Inland abgesetzt wurden, lag der Auslandsanteil der einzigen Jumbotransaktion der LBB im Jahr 2008 bei 47 %. Die existenzielle Krise der Hypo Real Estate-Group hat dazu geführt, dass die Marktverwerfungen im September 2008 auch das Pfandbriefsegment voll erfassten. Infolgedessen ist die Investorennachfrage nach Pfandbriefen stark zurückgegangen. Großvolumige Transaktionen waren 2008 nicht möglich. Die Pfandbriefspreads weiten sich stark aus, und ein Ende dieses Trends ist nicht absehbar.

Marktpreisrisiken

Die LBB geht Marktpreisrisiken in Form von Zins-, Währungs- und Aktienrisiken sowie sonstiger Preisrisiken (insbesondere Credit Spread Risiken) in den Bereichen des Kapitalmarktgeschäfts (Handel) sowie im Zinsmanagement (Bankbuch) ein.

Handels- und Bankbuchaktivitäten

Die Handelsaktivitäten sind in die schriftlich fixierten Einzelstrategien der jeweiligen Bereiche des Kapitalmarktgeschäfts eingebunden. Sowohl für Handels- als auch Bankbuchaktivitäten wird auf Basis des Risikotragfähigkeitskonzepts und der Jahresplanung der strategische Rahmen in konkrete Marktpreisrisikolimits (Value-at-Risk (VaR)-Limite; 10-tägiges Value-at-Risk auf einem Konfidenzniveau von 99 %) transformiert und vom Vorstand der LBB verabschiedet.

Marktpreisrisikolimit und -inanspruchnahmen in der LBB 2008

In der Tabelle werden die Durchschnittswerte, Maxima und Minima den Limiten gegenübergestellt. Details und das Management der Marktpreisrisiken werden in den folgenden Abschnitten beschrieben.

in Mio. €

Einheit	Capital-at-Risk LBB AG 2008							
	Durchschnitt		Minimum		Maximum		Limit per	
	2008	2007	2008	2007	2008	2007	31.12.2008	31.12.2007
Trading	20	23	10	14	36	40	15	81
Client Business	13	6	5	3	24	12	25	25
Treasury	104	41	43	11	169	91	160	160
Internationales Geschäft	1	3	1	2	5	4	5	5
Kapitalmarktgeschäft LBB	115	59	50	29	196	107	175	175
Bankbuch Landesbank	39	22	17	8	98	42	150	150
LBB	139	70	60	36	252	125	325	325
Aktienrisiko	27	24	14	13	57	41		
Währungsrisiko	12	5	3	1	27	13		
Zinsrisiko	56	36	25	16	101	67		
Credit Spread Risiko	124	37	0	11	416	84		
LBB	139	70	60	36	252	125		

Aufgrund von Diversifikationseffekten errechnen sich die LBB-Werte nicht als Summe aus den Einzelaktivitäten.

Risikokonzentration

Im täglichen MaRisk-Reporting der LBB werden ausführlich Detail- und Einzelrisiken dargestellt. Hinzu kommt eine große Anzahl vorgegebener Detail-Stresstests, ein variabler Stresstest entgegen der jeweils aktuellen Positionierung sowie szenarioweise Risikoberechnungen mit veränderten Korrelationen. Diese Darstellungen dienen dazu, Konzentrationsrisiken aufzuzeigen und zu vermeiden.

Zinsänderungsrisiken

Die Ungewissheit über die künftige Änderung der Marktzinsen und einen damit verbundenen Verlust stellt für Banken ein bedeutendes Risiko dar. Dieses Risiko wird im Konzern im Rahmen der VaR-Berechnungen bestimmt. Es ist limitiert und wird regelmäßig überwacht. Das Zinsänderungsrisiko wird ganzheitlich gesteuert und berücksichtigt alle anfallenden Cashflows.

Die LBB war per Jahresende gegenüber Zinsschwankungen weitgehend neutral aufgestellt. Das Exposure im Konzern ist im Vergleich zum Vorjahr auf dem gleichen Niveau verblieben.

Darüber hinaus werden unterschiedliche Szenario-Berechnungen angestellt, bei denen unter anderem die Auswirkungen einer allgemeinen Änderung der Zinsen um +100, +130 beziehungsweise -190 Basispunkte ermittelt werden. Dispositive Swaption-Positionen über das Jahresende hinweg führen sowohl bei einer Erhöhung als auch bei einer Senkung der Zinsen zu negativen Werten in der LBB und dem Konzern.

	+ 100 BP		+130 BP		-190 BP	
	2008	2007	2008	2007	2008	2007
Konzern	-94	-177	-133	-232	-85	315
LBB	-4	-153	-17	-200	-149	272
Berlin Hyp	-79	-22	-103	-28	38	38
andere	-10	-3	-13	-4	25	5

Währungsrisiken

Die LBB geht keine wesentlichen Positionen bei Währungen ein. Das aufgezeigte Kursrisiko stammt überwiegend aus einer barwertigen Inkongruenz zwischen Assets und deren Refinanzierung aufgrund der 2008 beobachteten Preisabschläge in vielen Positionen nach der Ausweitung von Credit Spreads. Ferner stammen sie aus Restbeträgen bei Kundengeschäften, aus der Liquiditätssicherung in Fremdwährung und aus einzelnen Handelspositionen mit Vermögenswerten in Fremdwährung. Es liegt für keine Währung ein signifikantes Risiko vor.

Aktien- und Fondsriskien

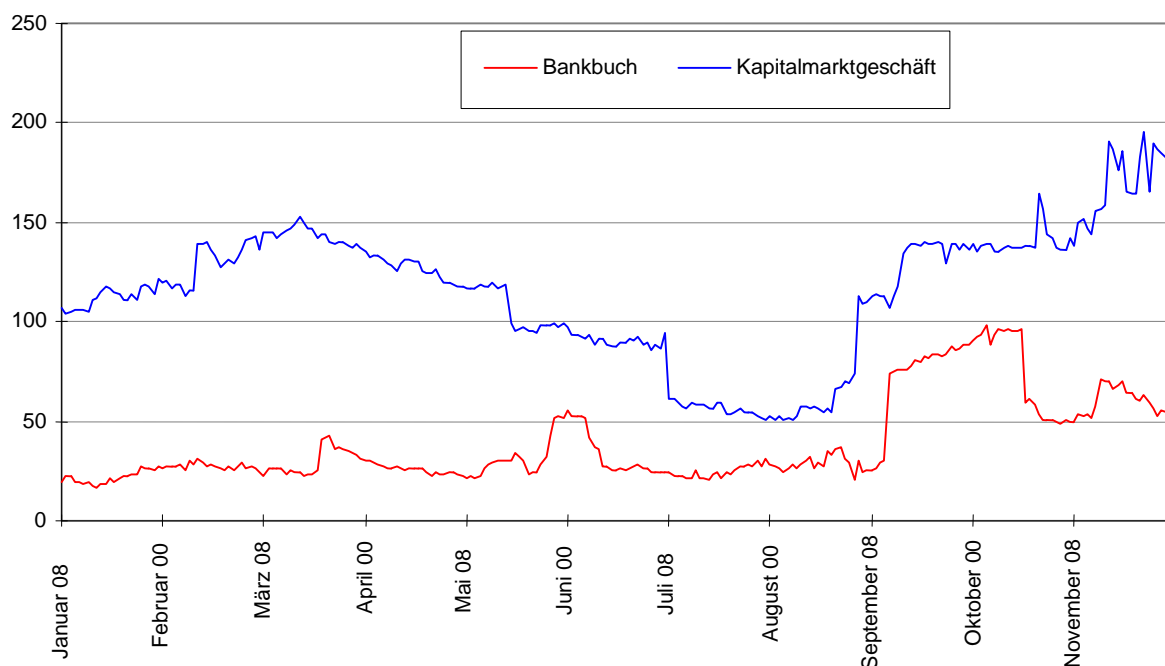
Aktienrisiken resultieren vorrangig aus Handelsstrategien im Trading sowie aus Überhängen im Emissionsgeschäft von strukturierten Aktienprodukten. Verluste treten überwiegend bei fallenden Aktienkursen auf.

Im Jahresverlauf 2008 hielt die LBB ein weit diversifiziertes Fondsportfolio überwiegend im Anlagebuch. In der Risikomessmethodik werden Fonds wie Aktien behandelt. Hinzu kommen spezifizierte Stresstests für verschiedene Fondsgattungen.

Marktpreisrisiko der LBB

Mit der Verschärfung der Finanzkrise stieg auch das Marktpreisrisiko im Kapitalmarktgeschäft ab September 2008 deutlich an und verletzte zum Jahresende das Marktrisikolimit. Besondere Treiber waren hier zur langfristigen Liquiditätssicherung gehaltene Anlageportfolien im Treasury. Wegen der als kurzfristig eingeschätzten exzessiven Marktvolatilität, der Bedeutung der Portfolien für die Liquiditätssicherung und wegen der mangels Marktliquidität nur im geringen Umfang gegebenen Veräußerungsmöglichkeiten hat die Bank entschieden, diese Überschreitung zeitlich begrenzt bei intensiver Beobachtung und Berichterstattung zu tolerieren. Im Jahresverlauf 2008 ergaben sich die folgenden Auslastungen für das Kapitalmarktgeschäft (Limit: 175 Mio. €) und das Bankbuch (Limit: 150 Mio. €).

Marktpreisrisiko der LBB in Mio. €



Steuerung der Marktpreisrisiken

Die Risikosteuerung für die Handelsaktivitäten erfolgt durch die Front-Office-Bereiche auf der Grundlage der Marktpreisrisikolimit/-auslastungen, der Stresstests und der Gewinn- und Verlust (P&L)-Analysen pro Geschäftsfeld und pro Handelstisch beziehungsweise Händler. Sie wird ergänzt durch Tages- und Jahresverlustlimite und weitere, je nach Geschäftsfeld unterschiedliche, auf den jeweiligen Geschäftstypus zugeschnittene Front-Office-Verfahren

(z. B. Szenario-Matrix-, Shift-Sensitivitäten-, Basis-Point-Value-, Duration-Limite oder Vega-Limite). Die Ergebnisse der täglichen Risiko- sowie P&L-Analysen werden an das für das Risiko-Controlling sowie für das Kapitalmarktgeschäft zuständige Vorstandsmitglied der LBB berichtet.

Die Risiko- und Ertragsüberwachung für das Bankbuch erfolgt ebenfalls täglich auf Basis der Verfahren, die zur Kontrolle der Handelsgeschäfte eingesetzt werden. Ökonomische Ertragseffekte (Substanzwertveränderungen) werden analysiert, was die Steuerung unter Barwert- und Laufzeitgesichtspunkten ermöglicht. Darüber hinaus werden Analysen hinsichtlich des laufenden Ertrags, insbesondere des Zinsüberschusses, erstellt, wodurch die Steuerung der Gewinn- und Verlustrechnung weiter fundiert wird. Mindestens 14-tägig berät und entscheidet der Dispositionsausschuss des Vorstands über eine geschäftspolitische Neubewertung und gegebenenfalls Neuausrichtung des eingegangenen Zinsänderungs- und Kursrisikos.

Kontrolle der Marktpreisrisiken

Im Dezember 2004 wurden die internen Verfahren (Full-use-Modell inklusive besonderer Kursrisiken und Währungsrisiken) zur Marktpreisrisikoüberwachung aufsichtsrechtlich anerkannt. Seitdem werden die Risiken aus den Handelsbuchaktivitäten der LBB auf Basis dieses internen Modells gemeldet. Die Eigenkapitalbindung wurde dadurch erheblich reduziert.

Eingebettet in die Überwachung der Marktpreisrisiken ist ein System von risiko- und verlustbegrenzenden Limitierungen und damit zusammen hängenden Verfahrensregelungen. Regelmäßig und bei Bedarf tritt ein Allgemeines-Produkt-Komitee zusammen, um Risiken und organisatorische Auswirkungen aus neuen Geschäftstypen zu beurteilen und die erforderlichen Schritte bis zu deren Einführung zu überwachen. Die endgültige Genehmigung eines neuen Produkts erfolgt durch den jeweiligen Vorstand auf einvernehmlichen Vorschlag des Allgemeinen-Produkt-Komitees. Vergleichbare Verfahren gelten für Aktivitäten auf neuen Märkten.

Methodik der Risikomessung bei Marktpreisrisiken

Methodisch basieren die angewendeten Verfahren zur Risikomessung (VaR-Auslastung) auf einem analytischen Delta-Gamma-Ansatz unter Einbeziehung von Volatilitätsrisiken auf Basis einer Haltedauer von zehn Tagen und einem Konfidenzniveau von 99 %. Spreadrisiken des zinstragenden Geschäfts werden durch Berücksichtigung von Government-, Pfandbrief- und Swapkurven explizit gemessen. Individuelle Kursrisiken werden bei zinsbezogenen Produkten über implizite Ausfallintensitäten berechnet. Bei aktienkursbezogenen Produkten erfolgt die Aufteilung in einen aktienindexbezogenen und einen individuellen Teil (Single Index Model). Dieses Verfahren versetzt die LBB in die Lage, auch Sonderbewegungen außerhalb des Markttrends einzelner Titel im Risikomodell abschätzen zu können. Optionsrisiken werden in Form von Gamma- und Vega-Risiken integrativ erfasst.

Die Korrelationen der ca. 2.000 Risikofaktoren werden je Geschäftsfeld und für den Gesamtbankausweis vollständig berücksichtigt. Über die genannten Regelungen hinaus wird der Risikogehalt der Positionen mittels Stresstests in einer Vielzahl unterschiedlicher Szenarien (historische, feste sowie exposurebezogene Szenarien) täglich untersucht und an die Vorstände berichtet.

Die Prognosegüte der Modelle wird mittels Clean Backtesting (d.h. Überprüfung der eintägigen Wertänderungen eines konstant gehaltenen Portfolios im Nachhinein) ermittelt. Seit dem Jahr 2002 wurden bei Backtestüberprüfungen in allen Bereichen Ergebnisse erzielt, die eine hohe Prognosegüte bestätigen. Die Gültigkeit der Modellannahmen wird durch weitere mathematische Methoden regelmäßig analysiert.

Mit der Aktualisierung der Risiko- und Ergebnisberechnung für die Handelsgeschäfte im 15-Minuten-Rhythmus geht das Marktrisiko-System der LBB deutlich über die MaRisk hinaus und ermöglicht auch im Tagesverlauf eine effektive Überwachung der Handelsaktivitäten.

Reporting der Marktpreisrisiken

Der Konzern hat ein umfassendes und differenziertes Risikoreporting bei Marktpreisrisiken eingerichtet:

- Intraday-Monitoring der Risiken und Erträge der Handelsbereiche (alle 15 Minuten),
- Täglicher Bericht gemäß MaRisk an die zuständigen Fach-Vorstandsmitglieder,

-
- 14-tägiger Aktiv-Passiv-Report für die Beratungen im Dispositionsausschuss,
 - Monatliche Berichterstattung gemäß MaRisk an den Konzernvorstand mit Erläuterung der Entwicklung im Monatsverlauf.

Die in der LBB eingesetzten Risikokontrollverfahren haben sich in allen Marktsituationen des Berichtsjahres bewährt. Dies gilt insbesondere für die außergewöhnlichen Marktentwicklungen durch die Finanzmarktkrise. Risiken werden zeitnah erkannt, berichtet und von den Entscheidungsträgern gesteuert.

Immobilienrisiken

Das Immobilienrisiko bezeichnet die Gefahr von Verlusten (inklusive Wertveränderungen) aus dem Portfolio der dem Konzern direkt oder indirekt zuzuordnenden Immobilien.

Die Risiken werden regelmäßig überwacht und nach dem VaR-Verfahren gemessen. Das Exposure - aktuelle Buchwerte, Impairment- beziehungsweise Gutachtenwerte - der Objekte wird einzelnen standort- und nutzungsbezogenen Immobilienindizes zugeordnet, deren Volatilität auf Basis der Preisentwicklung der vergangenen 15 Jahre berechnet wird. Bei der Aggregation der Risiken werden auch Korrelationen zwischen den Immobilienindizes berücksichtigt.

Im Berichtsjahr wurden Szenarioanalysen, zum Beispiel Veränderung der Volatilitäten, entwickelt und in das Reporting integriert.

Die Steuerung der Immobilienrisiken erfolgt auf Basis der eigenständigen Risikoart „Immobilienrisiken“, für die sowohl für den Konzern als auch die strategischen Geschäftsfelder Limite festgelegt worden sind und deren Auslastung turnusmäßig überwacht wird. Das Reporting erfolgt vierteljährlich. Das Risiko ist im Jahresverlauf 2008 aufgrund der Parameteranpassung und der Veräußerung mehrerer Objekte um ca. 43 Mio. € bzw. 42 % gesunken.

Operationelle Risiken

Das operationelle Risiko wird gemäß § 269 Abs. 1 SolvV definiert als die Gefahr von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren und Systemen, Menschen oder infolge externer Ereignisse eintreten. Diese Definition schließt Rechtsrisiken ein, beinhaltet aber nicht strategische Risiken und Reputationsrisiken. Unter Rechtsrisiken verstehen wir Risiken aus der Verletzung geltender sowie sich ändernder rechtlicher Bestimmungen, insbesondere von vertraglichen, gesetzlichen oder gerichtlich entwickelten Rechtsvorschriften. Dies umfasst das Risiko von Verstößen gegen Rechtsbestimmungen aufgrund von Unkenntnis, nicht ausreichend sorgfältiger Rechtsanwendung (nachlässige Interpretation), fahrlässigen Handelns oder nicht zeitgerechter Umsetzung.

Organisationsstruktur

Das Controlling operationeller Risiken wird zentral vom Bereich Risiko und Controlling verantwortet. Diese unabhängige Einheit ist für die Entwicklung eines Rahmenwerks operationeller Risiken verantwortlich, das Strategie, Grundsätze und Verfahren der Identifizierung, Messung, Bewertung, Überwachung, Analyse und Berichterstattung sowie die Entwicklung von Verfahren zur Steuerung des operationellen Risikos umfasst. Der Bereich Risiko und Controlling sorgt zugleich für die Umsetzung und Anwendung des Regelwerks. Außerdem befasst sich die Einheit mit der Überwachung und Anwendung bestehender und neuer aufsichtsrechtlicher Auflagen zum Thema operationelle Risiken. Änderungen des Rahmenwerkes werden dem Risikovorstand zur Abstimmung vorgelegt.

Gemäß der Strategie des Konzerns für operationelle Risiken obliegen die Umsetzung des oben genannten Rahmenwerks und das tägliche Management operationeller Risiken den Unternehmensbereichen im Rahmen ihrer Ergebnisverantwortung.

Das OpRisk-Komitee ist ein Gremium für alle Fragen zum Controlling und Management operationeller Risiken. Es unterstützt den Vorstand bei der Wahrnehmung seiner Überwachungsfunktion bei operationellen Risiken. Das Komitee setzt sich aus den Vertretern der Geschäfts- sowie der zentralen Bereiche und Konzerngesellschaften zusammen. Das Gremium dient unter anderem dem Informationsaustausch über neue Controlling-Instrumente und über die aktuelle Risikoentwicklung sowie der Klärung von Fragen zu operationellen Risiken (z. B. zu neuen aufsichtsrechtlichen Regelungen). Auch dient es der

Förderung der Risikokultur in der Bank. Über die gefassten Beschlüsse des OpRisk-Komitees wird der verantwortliche Ressortvorstand (Risikovorstand) in Kenntnis gesetzt.

Risikosteuerung und -überwachung

Das operationelle Risiko ist in das Risikotragfähigkeitskonzept zur Gesamtrisikosteuerung der LBB einbezogen. Auf Basis des konzernweit gültigen Rahmenwerks wird das operationelle Risiko gesteuert. Dabei wird das operationelle Risikoprofil im Vergleich zur Risikoneigung der LBB festgelegt; zudem werden Maßnahmen und auch Prioritäten zur Risikominderung definiert. Die aktuelle Situation operationeller Risiken wird dem Gesamtvorstand monatlich berichtet. Spezielle detaillierte Reports über operationelle Risiken für die einzelnen strategischen Geschäftsfelder werden jährlich erstellt und dem zuständigen Vorstand und den dezentralen OpRisk-Verantwortlichen zur Verfügung gestellt.

Zur effizienten Steuerung des operationellen Risikos werden verschiedene Instrumente angewendet. Dies beinhaltet unter anderem:

- das Self-Assessment (qualitative OpRisk-Inventur), welches nach dem bottom-up-Ansatz durchgeführt wird,
- die Szenarioanalyse, welche zur Bestimmung des Verlustpotenzials der kritischen Szenarien der Bank verwendet wird,
- die Schadensfallsammlung (intern/extern),
- das Frühwarnsystem (Erfassung und Überwachung von Risikoindikatoren),
- das Maßnahmencontrolling (identifizierte Maßnahmen aus Schadensfällen beziehungsweise Risikoindikatoren und Self-Assessment werden erfasst und überwacht),
- einen Risikotransfer durch Versicherungsschutz; der Einsatz einer speziellen OpRisk-Police befindet sich in Prüfung.

Der Konzern hat eigene Software-Tools zur Erarbeitung/Verwaltung und zum Reporting der oben genannten Daten entwickelt.

Messung der operationellen Risiken – Angemessenheit der Eigenmittelausstattung

Für die aufsichtsrechtliche Eigenkapitalanforderung verwendet die LBB derzeit den Standardansatz gemäß § 272 SolvV. Nach den Vorschriften des Standardansatzes wurde im Jahr 2008 eine regulatorische Eigenkapitalunterlegung in Höhe von 75 Mio. € ermittelt.

Die LBB hat ihr Modell zur Berechnung des internen Kapitals (ökonomischen Kapitals) weiter verfeinert. Die Modellkomponenten sind:

- Loss Distribution Approach (vergangenheitsorientierte Verlustverteilung),
- Ausprägungen der Risikoindikatoren (Bewertung anhand eines Ampelstatus),
- Schadensanalyse, insbesondere der Großschäden (intern/extern),
- Szenarioanalyse (Festlegung des zukünftigen Verlusts für die kritischen Szenarien).

Insbesondere zur besseren Einschätzung des Risikos aus Großschäden wurde die Szenarioanalyse durch den Einbezug von Großschäden aus einer öffentlichen Verlustdatenbank verbessert. Der Loss Distribution Approach (LDA) ist ein statistisch-mathematisches Modell zur Bestimmung von Verlusthöhen, welches auf Analysen historischer Schadensfälle basiert und in den Prozess der Bestimmung des operationellen Risikos (Bestimmung des ökonomischen Kapitals) integriert ist. Es werden regelmäßig entsprechende vergangenheits- und zukunftsorientierte Risikoindikatoren untersucht, um rechtzeitig eine negative Entwicklung der Risiken zu erkennen. Das Ergebnis aus dem Zusammenspiel der Modellkomponenten ist eine spezifische Risikoschätzung für jedes untersuchte strategische Geschäftsfeld. Diese ergibt in der Aggregation über alle Geschäftsfelder und einbezogenen Konzerngesellschaften das operationelle Risiko des Konzerns (ökonomische Kapitalanforderung).

Die Risikoberechnung nach dem internen Modell ergab per 31. Dezember 2008 einen Wert 79 Mio. €, der in der Risikotragfähigkeitsberechnung des Konzerns berücksichtigt wird.

Personalrisiken

Die LBB überwacht und steuert das Personalrisiko gemäß den vier Risikofaktoren der MaRisk mit dem Ziel, negative Tendenzen zu identifizieren und geeignete Maßnahmen einzuleiten, um Risiken zu verhindern beziehungsweise zu minimieren:

-
- **Fluktuationsrisiko:** Durch geeignete Vertretungsregelungen in den Unternehmensbereichen wird dafür Sorge getragen, dass das Ausscheiden von Mitarbeitern nicht zu nachhaltigen Störungen der Betriebsprozesse führt.
 - **Verfügbarkeitsrisiko:** Die Steuerung der qualitativen und quantitativen Personalausstattung wird auf Basis der individuellen Ziele und Anforderungen der Unternehmensbereiche, insbesondere der Geschäftsaktivitäten, der Risikostrategie und der Risikosituation, vorgenommen.
 - **Qualifikationsrisiko:** Die Bank führt zielgerichtete Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen durch, damit das Qualifikationsniveau der Mitarbeiter fortlaufend dem aktuellen Stand der Entwicklungen entspricht.
 - **Motivationsrisiko:** Durch spezielle Vergütungs- und Incentive-Programme wird Fehlanreizen beziehungsweise Interessenskollisionen entgegengesteuert.

IT- und Systemrisiken

Außergewöhnliche IT- und Systemrisiken können aus unzureichender Sicherheit und Qualität sowie aus Fehlleistungen oder Störungen wesentlicher IT-Systeme und -Prozesse resultieren.

Derzeit werden in der LBB keine bestandsgefährdenden IT- und Systemrisiken mit hoher Eintrittswahrscheinlichkeit erwartet. Durch die konsequente Weiterentwicklung und Verbesserung der IT-Infrastruktur und -Verfahren ist ein geordneter IT-Betrieb auch für die Zukunft sichergestellt. Die Restrukturierungsziele und die Erfüllung gesetzlicher Anforderungen wurden erreicht.

Das IT-Risikomanagement ist zentral und ganzheitlich definiert und beinhaltet eine ständige Risikosensibilisierung der Mitarbeiter sowie eine regelmäßige Risikobetrachtung im Rahmen etablierter Verfahren. Zur Risikoidentifikation werden periodisch definierte Risikoindikatoren untersucht. Dies ermöglicht es der LBB, operative IT-Risiken zu erkennen und risikoreduzierende Maßnahmen einzuleiten.

Die Qualität der Informationssicherheit wird durch Orientierung an der ISO-Norm 27002 ständig aktualisiert und verfeinert. Die LBB hat hierfür ein umfassendes Regelwerk zur Informationssicherheit sowie die erforderlichen Organisationsstrukturen und Verfahren implementiert. Durch die in der Branche üblichen Qualitätsstandards bei der Ausgestaltung der IT-Systeme und -Prozesse sowie durch die Orientierung an Best Practices werden die

Integrität, Verfügbarkeit und Vertraulichkeit der Informationen und Informationsgüter sichergestellt. Die Aufrechterhaltung der Geschäftsfähigkeit im Krisen- oder Notfall wird regelmäßig durch entsprechende Zertifizierungen und Notfallübungen erfolgreich nachgewiesen.

Im Fokus des IT-Projektportfolios im Jahr 2008 stand die Umsetzung und Weiterentwicklung von Projekten zur

- Erfüllung geänderter gesetzlicher Anforderungen,
- Optimierung des Daten- und Qualitätsmanagements,
- Reduzierung struktureller Komplexität,
- Modernisierung, Konsolidierung, Integration der IT-Infrastruktur und IT-Verfahren sowie
- Vorbereitung der Migration auf den OSPlus-Standard der Finanz Informatik in den nächsten Jahren.

Die Steuerung operationeller Risiken und die Notfallvorsorge sind wesentliche Elemente der Projektanforderungen. Damit ist auch künftig sichergestellt, dass Projekte regelmäßig zur Reduzierung operationeller Risiken beitragen.

Sicherheits- und Notfallpläne

Für das Management von Katastrophensituationen hat die LBB einen Krisenstab etabliert, der im Krisenfall Entscheidungs- und Leitungsfunktionen wahrnimmt. Hierzu werden regelmäßig Übungen vorgenommen.

Weiterhin verfügt die LBB vor dem Hintergrund der laufenden Sicherung des Bankbetriebs und der Reduzierung von Verlusten für den Fall schwerer Betriebsstörungen auf ein Minimum über eine detaillierte Informationssicherheitspolitik und eine umfangreiche schriftliche Notfallplanung für ihre kritischen und hochkritischen Geschäftsprozesse.

Die LBB hat für die Koordination und die Überwachung der Informationssicherheit, der Aktualität der Notfallpläne inklusive der erforderlichen Notfallübungen einen Chief Security Officer (CSO) benannt.

Eine enge Zusammenarbeit der Einheit operationelle Risiken im Bereich Risiko und Controlling mit den Kernkompetenzbereichen (z. B. CSO, Arbeitsgruppe Informationssicherheit und Notfallplanung für IT und Non-IT) erfolgt in regelmäßigen Arbeitstreffen und Komitees.

Outsourcing

Aufgrund der Anpassung und Integration bestehender Outsourcing-Richtlinien in die MaRisk hat die LBB im Jahr 2008 das interne Regelwerk turnusmäßig überarbeitet und eine weitergehende Risikoanalyse zur Bestimmung wesentlicher Auslagerungen eingeführt.

Die Wahrung des Datenschutzes bei der Beauftragung von externen Dienstleistern, derer sich die LBB im Rahmen von Auftragsdatenverarbeitungen bedient, wird durch detaillierte, verbindliche interne und vertragliche Regelungen und Prozessabläufe sichergestellt.

Die entsprechenden Auftragnehmer werden von der LBB sorgfältig ausgewählt. Die Bank überzeugt sich regelmäßig von der Einhaltung der beim Auftragnehmer getroffenen technischen und organisatorischen Maßnahmen zum Datenschutz.

Im Dezember 2008 kam es durch kriminelle Handlungen von Mitarbeitern eines Logistikunternehmens zu einer Fehlleitung von Kreditkartendaten der LBB. Die betreffenden Daten wurden umgehend sichergestellt. Das Risiko eines Missbrauchs der Daten war aus Sicht der LBB von Anfang an gering und wurde durch zusätzliche Maßnahmen weiter minimiert.

Um das Vertrauen unserer Kunden auf den Schutz ihrer uns anvertrauten Daten auch in Zukunft zu rechtfertigen, wurden interne und externe Sachverständige mit der Überprüfung der betreffenden Geschäftsprozesse und der Umsetzung von Maßnahmen zur weiteren Verbesserung des Datenschutzes beauftragt.

Rechtsrisiken

Rechtsrisiken wird grundsätzlich durch die Beobachtung des rechtlichen Umfelds, die Vorgabe von Richtlinien und die Verwendung von Standardverträgen begegnet. Für Rechtsrisiken sind ausreichend Rückstellungen gebildet.

Haftungsfreistellungserklärungen der LBB und der IBG

Wie bereits in den Lageberichten der Vorjahre dargestellt, haben die LBB beziehungsweise die Immobilien- und Baumanagement der BIH-Gruppe GmbH (IBG), vormals Immobilien- und Baumanagement der Bankgesellschaft Berlin GmbH, natürlichen Personen in den Jahren 1994 bis 1997 so genannte Freistellungserklärungen zur Verfügung gestellt, durch

die diese von ihrer unbeschränkten Komplementärhaftung in diversen Immobilienfonds gegenüber Dritten durch die LBB beziehungsweise die IBG freigestellt wurden.

Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) teilte mit, dass sie die Freistellungserklärungen als zivilrechtlich unwirksam betrachte. LBB und IBG vertreten ebenfalls diese Auffassung. Damit haben die Freistellungserklärungen handels- und aufsichtsrechtlich keine Relevanz.

Risiken aus der Umsetzung der Detailvereinbarung und aus der Veräußerung der wesentlichen im Immobiliendienstleistungsgeschäft tätigen Konzerngesellschaften an das Land Berlin

Der Konzern der Landesbank Berlin Holding AG (Konzern) ist durch die „Detailvereinbarung über die Abschirmung des Konzerns der Bankgesellschaft Berlin AG von den wesentlichen Risiken aus dem Immobiliendienstleistungsgeschäft“ (DetV) vom 16. April 2002 durch das Land Berlin weitestgehend abgesichert. Die Abschirmung bezieht sich unter anderem auf bestimmte Patronate sowie auf die von den Konzernbanken herausgelegten Kredite an bestimmte Unternehmen des Immobiliendienstleistungsgeschäfts (IDL). Für die Übernahme der verschiedenen Garantien ist von der Holding eine Avalprovision, die sich zumindest bis einschließlich des Jahres 2011 auf 15 Mio. € pro Jahr beläuft, zu zahlen. Daneben wurde ein an bestimmte Bedingungen geknüpfter Besserungsschein vereinbart, dessen Kosten von der Holding als der Hauptbegünstigten der DetV allein zu tragen sind.

Etwaigen Abwicklungsrisiken wird durch die einvernehmliche Abstimmung von Handlungsweisen mit der vom Land Berlin installierten Berliner Gesellschaft zum Controlling der Immobilien Altrisiken mbH (BCIA) sowie durch ein geeignetes Risikomanagement begegnet. Im Vorfeld des im Jahr 2007 abgeschlossenen Verkaufs des Immobiliendienstleistungsbereichs an das Land Berlin wurden die nicht zur Veräußerung vorgesehenen Vermögensgegenstände und Rechtsverhältnisse durch im Konzern verbleibende Gesellschaften aufgenommen. Dies führte zur Geltendmachung von Ansprüchen diverser Gläubiger auf Sicherheitsleistung gegen Konzerngesellschaften. Zusätzliche Risiken ergeben sich daraus jedoch nicht. Soweit in diesem Zusammenhang vom Konzern Sicherheit zu leisten sein sollte, würden hierdurch lediglich bereits bestehende Verpflichtungen zusätzlich abgesichert.

Klage einer Fondsgesellschaft

Wie schon in den Vorjahren berichtet, hat die Fondsgesellschaft des „LBB Fonds 13“ Klage auf Schadensersatz in Höhe von 29,25 Mio. € gegen die Holding, die LBB und die IBG wegen der Übertragung von ursprünglich zwischen der Holding und der Bavaria Objekt- und Baubetreuung GmbH (BOB) abgeschlossenen und in die Fondsgesellschaft übertragenen Swapgeschäften erhoben. Die Holding und die LBB haben der BOB und der IBV – letzterer als geschäftsführender Kommanditistin der Fondsgesellschaft – den Streit verkündet. Das Landgericht Berlin hat mit Urteil vom 2. August 2007 die Holding, die LBB und die IBG gesamtschuldnerisch zur Schadensersatzzahlung verurteilt. Nach Durchsicht und Prüfung des Urteils haben die Beklagten Berufung beim Kammergericht eingelegt. Für den Fall der rechtskräftigen Verurteilung haben die Holding und die LBB ausreichend Risikovorsorge getroffen.

Sonstige Risiken

Geschäftspolitische und strategische Entscheidungen

Unter strategischem Risiko versteht man das Risiko einer Verfehlung der langfristigen Unternehmensziele in Folge von fehlerhaften, unvorbereiteten oder auf falschen Annahmen beruhenden strategischen Entscheidungen. Die Steuerung des strategischen Risikos erfolgt durch den Gesamtvorstand; bestimmte Entscheidungen bedürfen zudem der Zustimmung des Aufsichtsrats.

Die durch den Vorstand der LBB verabschiedete und regelmäßig aktualisierte Gesamtbankstrategie stellt die Zusammenfassung der Strategien aller Geschäftsfelder, Marktfolgebereiche und Corporate Center dar.

Als Instrument zur Überwachung und Steuerung der Ergebnisziele der Geschäftsfelder wurde ein einheitlicher Reportaufbau entwickelt, der sich an strategischen und durch die Bank steuerbaren Kennzahlen orientiert.

Planabweichungen bei den Ergebniszielen sind als Frühwarnindikatoren zu werten. In diesen Fällen werden adäquate Maßnahmen eingeleitet und deren Erfolg überprüft. Der Report wird regelmäßig in den Vorstandssitzungen präsentiert. Damit wird gleichzeitig die Einhaltung der Strategie regelmäßig überprüft.

Prognosebericht / Ausblick

Erwartete Entwicklung / Einschätzung der wirtschaftlichen Lage

Die Rücknahme der Leitzinsen gleicht insbesondere bei den kurzfristigen Finanzierungen inzwischen einen wesentlichen Teil der Aufschläge aus, die aus der Zuspitzung der Finanzkrise resultieren. Die Investitionsbereitschaft der Wirtschaft wird jedoch ganz wesentlich von den Erwartungen zur wirtschaftlichen Entwicklung beeinflusst.

Auf den Auslandsmärkten kommt es zu teilweise tiefgreifenden konjunkturellen Einschnitten. Auch in den europäischen Partnerstaaten setzt sich die Talfahrt fort. Die Auftragsbestände inländischer Hersteller schmelzen rasch ab, ihre Exportaussichten schwinden dramatisch. Dies wird auch am Arbeitsmarkt zu einer Trendwende führen. Trotz des Kaufkraftrückgewinns im Zuge sinkender Energie- und Nahrungsmittelpreise werden die Privathaushalte im Ausgabeverhalten zurückhaltend bleiben. Stimulierende Maßnahmen der Öffentlichen Hand mildern die Rezession. Insgesamt lassen sich heftige Einbußen in der Wirtschaftsleistung Deutschlands aber nicht vermeiden.

Die Wirtschaft in Berlin / Brandenburg wird sich der labilen Konjunkturlage nicht entziehen können. Mit dem scharfen Konjunkturereinbruch in Mittel- und Osteuropa werden Exporterfolge ausbleiben. Als vergleichsweise stabil dürften sich die Wachstumskerne in den Bereichen unternehmensnahe Dienstleistungen, Bio- und Medizintechnik, der Verkehrstechnik sowie der Informations- und Kommunikationstechnik erweisen. Hier profitiert Berlin von der Verzahnung mit vorhandenen Wissenschaftseinrichtungen. Für positive konjunkturelle Impulse sorgt die Umsetzung großer Bauvorhaben. Ansonsten werden aber Rezessionstendenzen überwiegen: Rückwirkungen aus dem internationalen Umfeld werden sich insbesondere auch bei den Besucherströmen ergeben. Dies belastet den Ausblick für Einzelhandel und Gastgewerbe.

Das Kreditgewerbe wird sich auch künftig in einem äußerst schwierigen Umfeld bewegen. Zwar bessern sich die Ertragspotenziale aus der Fristentransformation mit steilerer Zinsstruktur. Doch bleiben die Refinanzierungskosten aufgrund des anhaltenden Misstrauens der Marktakteure, insbesondere im langfristigen Bereich, weiterhin mit hohen Liquiditätsaufschlägen belastet. Die konjunkturelle Situation wird die Ergebnisse der Finanzinstitute zusätzlich belasten. Die durch die Finanzkrise entstandene Forderung nach höheren

Eigenkapitalquoten der Finanzinstitute lässt eine Fortsetzung des Prozesses zur Bilanzverkürzung erwarten. Der ohnehin große Druck zur Konsolidierung am deutschen Bankenmarkt nimmt folglich eher noch zu.

Geschäftliche Ausrichtung

Die Landesbank Berlin AG (LBB) ist unverändert darauf ausgerichtet, in ihren vier strategischen Geschäftsfeldern weiter zu wachsen und durch Investitionen Marktchancen zu nutzen und Qualitätsverbesserungen vorzunehmen. Die LBB hat eine starke Marktstellung in ihrer Kernregion Berlin und Umland. Jedoch ist diese Region geprägt durch eine im Bundesvergleich schwächere Einkommens- und Vermögensstruktur der Privathaushalte, eine Struktur mit Unternehmen überwiegend in kleineren Umsatzgrößenklassen und einen zwar wieder belebten, aber noch immer schwächer entwickelten Immobilienmarkt. Die inzwischen erfolgten Investitionen in das überregionale Kreditkarten-, Direktbank- und Point-of-Sale-Geschäft sowie die überregionale Ausrichtung des Immobilienfinanzierungsgeschäftes sollen die begrenzten Wachstumschancen in der Kernregion ausgleichen.

Die strategischen Geschäftsfelder der LBB werden anhand folgender Erfolgskennziffern gesteuert: Operatives Ergebnis / Ergebnis vor Steuern, Eigenkapitalrentabilität und Cost-Income-Ratio. Die Eigenkapitalrentabilität ist der Quotient aus „operativem Ergebnis / Ergebnis vor Steuern“ und „gebundenem Eigenkapital“. Das gebundene Eigenkapital der Segmente ist das nach einem ökonomischen Verfahren erforderliche Kapital. Die Cost-Income-Ratio wird gebildet als Quotient aus Verwaltungsaufwand und Summe aus Zinsüberschuss, Provisionsüberschuss, Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen, Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten, Ergebnis aus Finanzanlagen, Ergebnis aus nach der Equity-Methode bewerteten Anteilen sowie dem sonstigen betrieblichen Ergebnis. Auf Konzern- und Einzelinstitutsebene treten eine angemessene Eigenmitteleusstattung und die Dividendenentwicklung als Steuerungsgrößen hinzu.

Entwicklung der Geschäftssegmente

Vor dem Hintergrund der Entwicklung des Marktumfeldes sowie der beschriebenen allgemeinen Ausrichtung sind in den einzelnen Geschäftssegmenten folgende Entwicklungen zu erwarten.

Private Kunden

Die neu entwickelten Girokontomodelle, die zum Jahresbeginn 2009 am Markt eingeführt wurden, unterstützen unsere Aktivitäten zur Kundenbindung und zur Ausweitung der marktführenden Stellung im Regionalgeschäft. Daneben wird die Konzentration auf das Anlagegeschäft und die Konsumentenfinanzierung fortgeführt. Mit der Intensivierung der Kundenbeziehungen und dem weiteren Wachstum des Geschäftsvolumens sollen entsprechende Ertragssteigerungen einhergehen. Im überregionalen Geschäft stärkt die 2008 erworbene Absatzfinanzierung unter der Marke „LBB Finanzkauf“ das Konsumentenkreditgeschäft, führt allerdings durch die Integration zu einer vorrübergehenden Ergebnisbelastung. Im überregionalen Geschäft werden weitere Produktinnovationen zum Ausbau der Kundenbasis führen. Die Zusammenarbeit mit der netbank wird weiter ausgebaut. Das Geschäft mit Privaten Kunden der Berliner Sparkasse wird sich auch künftig positiv entwickeln.

Firmenkunden

Die Landesbank Berlin AG ist auch in Zukunft für die Gewerbekunden und mittelständischen Unternehmen im Kernmarkt Berlin/Brandenburg die kundennahe, kompetente Regionalbank mit einem umfassenden Finanzdienstleistungsangebot. Unser Ziel bleibt die Festigung unserer starken Marktposition verbunden mit einer weiteren Stärkung der Ertragsbasis.

Dieses Ziel soll durch Maßnahmen zur Stärkung der Kundenbindung, die Erweiterung der Potentialausschöpfung bei bestehenden Kundenverbindungen und die Akquisition von Neukunden erreicht werden. Ohne die strenge ertrags- und risikoorientierte Geschäftspolitik aufzugeben, sollen durch marktgerechte Produkt- und Serviceangebote das Aktivgeschäft und das provisionstragende Dienstleistungsgeschäft weiter ausgebaut werden.

Hierbei hat die Umsetzung der Qualitätsstrategie in allen Kundensegmenten und Vertriebswegen auch in Zukunft eine zentrale Bedeutung. Das Firmenkundengeschäft wird sich auch künftig positiv entwickeln.

Kapitalmarktgeschäft

Im Bereich Client Business wird eine Intensivierung der Geschäftsbeziehungen zu den Sparkassen und anderen Unternehmen der Sparkassenorganisation erwartet. Hier sollten die gemeinsamen Gespräche und Aktivitäten des Jahres 2008 positive Effekte zeigen. Nach der öffentlichen Diskussion über Risiken und Nutzen von Zertifikaten wird zukünftig die Konzeption von strukturierten Anlageprodukten in anderen Rechtsmängeln relevant. Die LBB wird hierzu die entsprechenden Angebote für Ihre Kunden bereitstellen.

Die Positionierung der LBB-INVEST als Nischenanbieter („Boutique“) wird weiter vorangetrieben. Innerhalb der Sparkassenorganisation strebt der Konzern Landesbank Berlin Holding AG eine Etablierung der LBB-INVEST als Anbieter von Speziallösungen neben dem großen Standardangebot der Deka an. Wir erwarten eine Erholung des Fondsvolumens nach den marktbedingten Rückgängen in 2008.

Das Internationale Geschäft wird in der bisherigen Zielregion Zentral- und Osteuropa mit unverändertem Schwerpunkt in Handels- und Exportfinanzierungen und mit besonderem Augenmerk auf die Länderrisiken der Zielregion fortgeführt. Auch hier sind spezielle Aktivitäten für und mit Sparkassen bereits in Umsetzung.

In Treasury und Trading wird die in Vorjahren eingeleitete Reduzierung der Bedeutung kurzfristiger Handelsstrategien fortgesetzt, jedoch werden diese Handelsaktivitäten auch weiterhin die Palette der Anlagestrategien gezielt im kurzfristigen Bereich ergänzen. Anlage- und Handelsstrategien werden stärker differenziert aufgesetzt und reportet werden, aber unverändert einem übergreifenden Risikomanagement unterliegen. Die Ergebnisentwicklung und auch die Ergebnisvolatilität wird allerdings von der Entwicklung der Finanzmärkte und einer möglichen Stabilisierung in 2009 abhängen. Die Risikopositionen werden als Reaktion auf das Marktumfeld stagnieren oder sogar leicht rückläufig sein.

Immobilienfinanzierung

Die strategische Ausrichtung in der gewerblichen Immobilienfinanzierung bleibt unverändert auf bundesweite Investoren-Finanzierung und innovative Finanzierungsstrukturen ausgerichtet. Finanzierungen in ausgewählten Auslandsmärkten erfolgen mit dem Ziel einer ausgewo-

genen Durchmischung und breiteren Risikostreuung des Portfolios. Das gewerbliche Immobilienfinanzierungsgeschäft der LBB wird sich auch künftig positiv entwickeln.

Soll / Ist-Vergleich

Das operative Ergebnis der LBB im Jahr 2008 ist deutlich hinter der ursprünglichen Planung zurück geblieben. Die Finanzmarktkrise ist dafür ausschlaggebend, dass im Kapitalmarktgeschäft die Ergebnisse trotz einer besseren Entwicklung im zweiten Quartal 2008 nicht den Plan erreichten. Dies konnten die anderen Segmente trotz einer zum Teil deutlich über Plan liegenden Entwicklung nicht ausgleichen.

Schätzverfahren / Mittelfristplanung

Den geschäftlichen Planungen und Prognosen der LBB liegen volkswirtschaftliche Annahmen über die Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Zinsentwicklung zugrunde. Für das Jahr 2009 und den mittelfristigen Planungshorizont bis 2013 erwarten wir keine nachhaltigen negativen Auswirkungen für die LBB und unterstellen die Existenz funktionierender Märkte. Gleichzeitig gehen wir davon aus, dass die Zinsstrukturkurve sich wieder normalisieren wird. Basierend auf diesen Annahmen zu den Rahmenbedingungen wurden zentrale Eckpunkte festgelegt. Anschließend erfolgte eine konzernweite Überarbeitung der bisherigen Mittelfristplanung durch die Geschäftsbereiche. Hierin wurden die Ziele hinsichtlich Kunden / Marktstellung, Neugeschäft, Erträge und Risiken geplant sowie Investitionen und Kosten detailliert.

Die Einschätzung zur weiteren Entwicklung unserer Kerngeschäftsfelder findet ihren Niederschlag in einer Mittelfristplanung, die bis 2013 reicht.

Der Planung liegen die verabschiedeten Geschäfts- und Risikostrategien zugrunde.

Zusammenfassung / Gesamtaussage

Grundsätzlich geht die Bank davon aus, ihre positive Entwicklung im operativen Geschäft fortsetzen zu können. Gleichzeitig sind die Unsicherheiten an den weltweiten Finanzmärkten unverändert groß. In Kombination mit den noch nicht absehbaren Folgen des konjunkturellen Abschwungs ist eine weitergehende Prognose seriös zum jetzigen Zeitpunkt nicht möglich.

Bilanz der Landesbank Berlin AG zum 31. Dezember 2008

Aktivseite	Anhang				Vorjahr
	Textziffern	TEUR	TEUR	TEUR	
Barreserve					
a) Kassenbestand				455.010	502.057
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken				1.079.376	458.116
darunter: bei der Deutschen Bundesbank		1.056.794			(428.198)
				1.534.386	960.173
Forderungen an Kreditinstitute	1, 3, 4				
a) täglich fällig				2.766.657	4.017.103
b) andere Forderungen				21.486.865	24.188.843
				24.253.522	28.205.946
Forderungen an Kunden	1, 3, 4, 5, 11				23.830.554
darunter:					
durch Grundpfandrechte gesicherte Darlehen		1.571.120			(1.673.121)
Kommunalkredite		6.854.344			(8.657.603)
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	2, 3, 4, 5, 6, 9, 11				
a) Geldmarktpapiere					
aa) von öffentlichen Emittenten			0		0
darunter:					
beliehbar bei der Deutschen Bundesbank		0			(0)
ab) von anderen Emittenten			0		62.068
darunter:					
beliehbar bei der Deutschen Bundesbank		0			(9.083)
				0	62.068
b) Anleihen und Schuldverschreibungen					
ba) von öffentlichen Emittenten			2.656.921		1.966.309
darunter:					
beliehbar bei der Deutschen Bundesbank		2.655.071			(1.817.829)
bb) von anderen Emittenten			35.218.496		38.010.159
darunter:					
beliehbar bei der Deutschen Bundesbank		29.635.890			(29.241.108)
				37.875.417	39.976.468
c) eigene Schuldverschreibungen				7.432.943	8.282.363
Nennbetrag		7.608.484			(8.205.877)
				45.308.360	48.320.899
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	3, 4, 5, 6, 9				2.589.473
Beteiligungen	6, 9				246.335
darunter					
an Kreditinstituten		102.688			(102.688)
an Finanzdienstleistungsinstituten		0			(0)
Anteile an verbundenen Unternehmen	6, 9				1.026.714
darunter					
an Kreditinstituten		941.630			(941.630)
an Finanzdienstleistungsinstituten		0			(0)
Treuhandvermögen	8				332.097
darunter: Treuhandkredite		201.281			(332.097)
Immaterielle Anlagewerte	7, 12				47.099
Sachanlagen	7, 12				130.088
Sonstige Vermögensgegenstände	3, 13				2.771.840
Rechnungsabgrenzungsposten	14				
a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft				113.333	97.235
b) andere				43.582	15.193
				156.915	112.428
				102.644.381	108.573.646
				Summe der Aktiva:	108.573.646

Passivseite	Anhang	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	Vorjahr
	Textziffern					TEUR
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1, 3, 4					
a) täglich fällig				1.283.376		2.162.947
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist				<u>40.319.189</u>		<u>42.526.056</u>
					41.602.565	44.689.003
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1, 3, 4					
a) Spareinlagen						
mit vereinbarter Kündigungsfrist						
aa) von drei Monaten			7.436.511			6.941.962
ab) von mehr als drei Monaten			<u>62.844</u>			<u>79.380</u>
				7.499.355		7.021.342
b) andere Verbindlichkeiten						
ba) täglich fällig			8.350.570			7.823.413
bb) mit vereinbarter Kündigungsfrist oder Laufzeit			<u>8.531.081</u>			<u>8.020.281</u>
				<u>16.881.651</u>		<u>15.843.694</u>
					24.381.006	22.865.036
Verbriefte Verbindlichkeiten	1, 2, 3					
a) begebene Schuldverschreibungen				27.729.421		31.971.063
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten				36.570		34.175
darunter:						
Geldmarktpapiere		0				(0)
eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf		0				(0)
					27.765.991	32.005.238
Treuhandverbindlichkeiten	8				201.281	332.097
darunter: Treuhandkredite			201.281			(332.097)
Sonstige Verbindlichkeiten	3, 15				2.582.201	2.170.514
Rechnungsabgrenzungsposten	16					
a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft				65.926		91.264
b) andere				<u>77.659</u>		<u>80.610</u>
					143.585	171.874
Rückstellungen						
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen				523.640		516.244
b) Steuerrückstellungen				4.481		21.771
c) andere Rückstellungen	17			<u>464.102</u>		<u>765.638</u>
					992.223	1.303.653
Nachrangige Verbindlichkeiten	3, 18				2.130.731	2.178.904
Eigenkapital	19					
a) gezeichnetes Kapital						
aa) Grundkapital			1.200.000			1.200.000
ab) Stille Einlage			<u>687.471</u>			<u>700.000</u>
				1.887.471		1.900.000
b) Kapitalrücklage				920.038		920.038
c) Gewinnrücklage						
ca) gesetzliche Rücklage			0			0
cb) Rücklage für eigene Anteile			0			0
cd) Gewinnrücklagen der Bank			37.289			37.289
ce) andere Gewinnrücklagen			<u>0</u>			<u>0</u>
				37.289		37.289
d) Bilanzgewinn/Bilanzverlust				<u>0</u>		<u>0</u>
					2.844.798	2.857.327
					Summe der Passiva:	
						102.644.381
						108.573.646
Eventualverbindlichkeiten						
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und aus Gewährleistungsverträgen (im Übrigen siehe Anhang)					3.482.884	4.720.762
					3.482.884	4.720.762
Andere Verpflichtungen						
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen					2.821.132	4.646.340
					2.821.132	4.646.340

Gewinn- und Verlustrechnung der Landesbank Berlin AG für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2008

Aufwendungen	Anhang Textziffern	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	Vorjahr TEUR
Zinsaufwendungen	20, 29				3.918.602	3.735.599
Provisionsaufwendungen	21, 29				100.893	89.175
Nettoaufwand aus Finanzgeschäften	22, 29				27.185	185.817
Allgemeine Verwaltungsaufwendungen	23					
a) Personalaufwand						
aa) Löhne und Gehälter			266.109			296.639
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung			89.766			90.688
darunter: für Altersversorgung		46.127				(42.126)
				355.875		387.327
b) andere Verwaltungsaufwendungen				420.325		410.600
					776.200	797.927
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen	7				34.110	33.988
Sonstige betriebliche Aufwendungen	26				76.129	77.239
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft	24				546.146	185.548
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere	6				230.478	67.086
Aufwendungen aus Verlustübernahme					975	12.909
Außerordentliche Aufwendungen	27				6.905	7.706
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	28				-5.564	1.243
Sonstige Steuern, soweit nicht unter "Sonstige betriebliche Aufwendungen" ausgewiesen					692	-3.845
Auf Grund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinnabführungs- oder eines Teilgewinn- abführungsvertrages abgeführte Gewinne					0	100.011
Jahresüberschuss					-	0
					Summe der Aufwendungen:	5.712.751
						5.290.403

Gewinn- und Verlustrechnung der Landesbank Berlin AG für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2008

Erträge	Anhang Textziffern	TEUR	TEUR	TEUR	Vorjahr TEUR
Zinserträge aus	20, 25, 29				
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften			2.565.243		2.377.116
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen			<u>2.238.258</u>		<u>2.046.272</u>
				4.803.501	4.423.388
Laufende Erträge aus	20, 25, 29				
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren			84.943		220.733
b) Beteiligungen			27.800		16.721
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen			<u>86.956</u>		<u>79.278</u>
				199.699	316.732
Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen	20			40.808	29.256
Provisionserträge	21, 25, 29			353.043	331.232
Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren	6			115.028	31.253
Sonstige betriebliche Erträge	25, 26			127.466	130.852
Erträge aus Verlustübernahme				51.144	0
Außerordentliche Erträge	27			22.062	27.690
Jahresfehlbetrag				0	-
				Summe der Erträge:	5.712.751
					5.290.403

Anhang der Landesbank Berlin AG 2008

Die Landesbank Berlin AG, Berlin, ist Tochtergesellschaft der Landesbank Berlin Holding AG, Berlin, die alleinige Aktionärin der Landesbank Berlin AG ist.

Die Landesbank Berlin AG ist Muttergesellschaft für den Teilkonzern Landesbank Berlin AG (kleinster Konsolidierungskreis i.S. § 285 Nr. 14 HGB). Sie ist in den Konzernabschluss der Landesbank Berlin Holding AG einbezogen. Gem. § 291 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 HGB stellt die Landesbank Berlin AG einen Teilkonzernabschluss nach IFRS (gemäß § 315a Abs. 1 HGB) auf.

Die Landesbank Berlin AG wird in den Konzernabschluss der Regionalverbandsgesellschaft mbH, Berlin, (größter Konsolidierungskreis i.S. § 285 Nr. 14 HGB) einbezogen.

Die Konzernabschlüsse der Regionalverbandsgesellschaft, der Landesbank Berlin Holding AG sowie der LBB-Teilkonzernabschluss werden im elektronischen Bundesanzeiger veröffentlicht.

Verzeichnis des Anteilsbesitzes

Die Angaben zum Anteilsbesitz gemäß §§ 285 Nr. 11 und 11a sowie § 340a Abs. 4 Nr. 2 HGB sind in Anlage 1 aufgeführt. Diese Angaben werden ergänzt durch ein Verzeichnis der Gesellschaften mit Ergebnisabführungsverträgen als Anlage 2.

Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Bilanzierung

Der Jahresabschluss der Landesbank Berlin AG wurde nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB), erweitert durch die Vorschriften der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute (RechKredV) aufgestellt. Ergänzend werden die anzuwendenden Rechnungslegungsstandards des DRSC und die Bestimmungen der Satzung beachtet. In den Jahresabschluss ist die teilrechtsfähige Anstalt öffentlichen Rechts Berliner Sparkasse, handelsrechtlich eine Zweigniederlassung der Landesbank Berlin AG, einbezogen.

Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden wurden bis auf die Bewertung der Wertpapierbestände und der Portfolien des Handelsbestandes beibehalten.

Forderungen, die unter die Detailvereinbarung mit dem Land Berlin fallen, werden, da diese eine Gewährleistung der betreffenden Kredite durch das Land Berlin vorsieht, den Kommunalkrediten zugeordnet.

Der Jahresabschluss wurde auf der Grundlage einer Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufgestellt (§ 252 Abs. 1 Nr. 2 HGB).

Bewertung

Die Bewertung der Vermögensgegenstände, der Verbindlichkeiten und der schwebenden Geschäfte erfolgte nach den Vorschriften der §§ 252 ff. HGB in Verbindung mit den §§ 340 ff. HGB. Die Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute (RechKredV) wurde beachtet.

Forderungen an Kreditinstitute und Kunden sind grundsätzlich mit dem Nominalbetrag angesetzt. Agio- und Damnumbeträge werden in die aktiven bzw. passiven Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt und planmäßig aufgelöst. Abgezinste Verbindlichkeiten werden mit dem Zeitwert, andere Verbindlichkeiten mit dem Rückzahlungsbetrag bilanziert.

Erkennbaren Risiken im Kreditgeschäft wurde durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen und Rückstellungen ausreichend Rechnung getragen. Für latente Risiken im Forderungsbestand bestehen Pauschalwertberichtigungen. Uneinbringliche Zinsen werden nicht vereinnahmt.

Finanzanlagen sind zu Anschaffungskosten bewertet. Bei voraussichtlich dauernder Wertminderung werden Abschreibungen grundsätzlich gemäß dem strengen Niederstwertprinzip vorgenommen. Bei nur vorübergehender Wertminderung wird grundsätzlich gemäß § 253 Abs. 2 HGB i.V.m. § 340e Abs.1 HGB der Wert beibehalten. Investmentfondsanteile im Anlagevermögen wurden mit dem niedrigeren beizulegenden Wert gem. § 253 Abs. 2 Satz 3 angesetzt. Diese Handhabung steht im Einklang mit § 6 Abs. 1 Nr. 2 EStG; hierdurch werden Abweichungen zwischen Handels- und Steuerbilanz weitestgehend vermieden.

Die Wertpapiere des Handelsbestandes sowie der Liquiditätsreserve werden nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet. Bestände, die im Zusammenhang mit einem betrags-, währungs- und laufzeitkongruenten Zinsswapgeschäft stehen, werden dabei als Bewertungseinheit betrachtet und einer kompensatorischen Einzelbewertung unterzogen. Sofern Bewertungseinheiten der Liquiditätsreserve zugeordnet sind, werden negative Salden aus den Bewertungsergebnissen von Grund- und Sicherungsgeschäft erfolgswirksam berücksichtigt. Für Bewertungseinheiten im Anlagevermögen werden negative Bewertungsüberhänge nur erfolgswirksam berücksichtigt, sofern diese als dauerhaft einzustufen sind. Positive Bewertungsüberhänge werden nicht vereinnahmt.

Bei der Ermittlung der Marktwerte von Wertpapieren wird zunächst auf Börsenkurse bzw. andere Marktpreise zurückgegriffen. Zum 31.12.2008 war die Marktsituation jedoch dominiert durch stark nachlassende Handelsaktivitäten (signifikant reduziertes Handelsvolumen/Umsätze, gesunkene Anzahl von Transaktionen, gestiegene Bid-Ask-Spannen), teils sogar durch völlige Umsatzlosigkeit. In Folge standen für umfassende Bestände bei Schuldverschreibungen und ABS-Wertpapieren keine Markt- bzw. Transaktionspreise zur Verfügung.

Die Bewertungsmethoden der Bank berücksichtigen daher für diese Bestände beobachtbare Marktdaten und andere Faktoren, die dazu geeignet sind, den Fair Value des Finanzinstruments zu bestimmen. Bei den vorliegenden nicht aktiven Märkten erfolgt die Berechnung auf Basis von diskontierten Cashflows, wobei in die Diskontfaktoren am Markt beobachtbare Zinsen, allgemeine Credit Spreads (externe Kategorienspreads nach Branche, Herkunft und Rating) und individuelle Credit Spreads (Instrument- und Emittenten-spezifisch) eingehen. Für die Bestimmung letzterer werden in einer differenzierten Betrachtung die zuletzt beobachteten plausiblen individuellen Spreads oder aktuellere Spreads verwandter Bonds oder Credit Default Swaps oder eigene Einschätzungen heran gezogen, die sich zum Beispiel aus Stützungsaktionen von Staaten ergeben.

Bei der Ermittlung positiver und negativer Marktwerte von Derivaten werden ebenfalls grundsätzlich Börsenpreise zugrundegelegt. Bei fehlenden Börsenpreisen wird der Marktwert anhand von branchenüblichen finanzmathematischen Bewertungsverfahren, insbesondere Barwertverfahren und Optionspreismodellen errechnet. Die in die Bewertungsmodelle eingehenden Parameter werden zum Bilanzstichtag anhand von am Markt verfügbaren Marktkonditionen ermittelt.

Bei Vermögensgegenständen, deren Nutzung zeitlich begrenzt ist, werden planmäßige Abschreibungen vorgenommen.

Pensionsrückstellungen werden in der erforderlichen Höhe auf der Basis versicherungsmathematischer Gutachten angesetzt; der Rechnungszinsfuß beträgt 6,0 %. Der steuerlich zulässige Wert wird dann an-

gesetzt, wenn er den nach handelsrechtlichen Grundsätzen ermittelten Betrag übersteigt. Bei der Berechnung wurden die biometrischen Rechnungsgrundlagen (Richttafeln Prof. Heubeck 2005 G) verwendet.

Die übrigen Rückstellungen sind in der Höhe angesetzt, die nach vernünftiger kaufmännischer Überlegung erforderlich ist.

Bewertung des Handelsbestands

Für den überwiegenden Teil unserer Handelsaktivitäten werden Geschäfte sowohl für die Risikosteuerung als auch für die Zwecke der handelsrechtlichen Rechnungslegung getrennt in der Form von Portfolien bzw. Bewertungseinheiten strukturiert und bewertet.

Bei den Zinsportfolien werden alle Produkte innerhalb einer Währung als Bewertungseinheit angesehen. Bei den Aktienportfolien erfolgt für die Vergleichsperiode die Zusammenfassung je Gattung, bei Kreditderivat- und Convertibleportfolien je Underlying. Als eine Gattung werden auch marktgängige Indizes auf Aktienkörbe angesehen.

In den Portfolien der Niederlassung London werden zunächst die Ergebnisse aus der Bewertung der einzelnen Produkte (Wertpapiere des Handelsbestandes einschließlich derivativer Finanzinstrumente) zu Marktpreisen miteinander verrechnet. In Zinsportfolien werden positive Bewertungsüberhänge bis maximal in Höhe der realisierten Verluste in der jeweiligen Gattung bzw. Währung in einem Portfolio durch Aufrechnung vereinnahmt. Für die übrigen Portfolien erfolgt eine Verrechnung nur in Höhe der unrealisierten Bewertungsergebnisse. Ein danach verbleibender positiver Bewertungsüberhang wird gemäß dem Imparitätsprinzip nicht vereinnahmt. Soweit das Ergebnis aus der Bewertung negativ ist, wird hierfür eine Rückstellung gebildet.

Die am Standort Berlin einer gesamtheitlichen Risikosteuerung unterliegenden Portfolien werden einem Mark-to-Market Ansatz unterzogen. Dabei werden in den jeweiligen Portfolien zunächst alle Bewertungsergebnisse vereinnahmt. Anschließend wird ein portfolioorientierter und auf dem aufsichtsrechtlich genehmigten internen Value at Risk-Konzept basierender Risikoabschlag vorgenommen. Für jedes Portfolio wird dazu der Value at Risk mit den Parametern von 10 Tagen Haltedauer und einem Konfidenzniveau von 99 % berechnet.

Die Risiken aus den Portfolien unterliegen einem auf das jeweilige Portfolio zugeschnittenen Risikomanagement und Limitierungssystem. Die Portfolien werden im Rechnungswesen und in der Risikoüberwachung eindeutig von anderen Geschäften abgegrenzt.

Soweit Handelsgeschäfte nicht einem Portfolio zugeordnet sind, werden für Bewertungsverluste Rückstellungen gebildet. Bewertungsgewinne werden nicht vereinnahmt.

Währungsumrechnung

Der Jahresabschluss wird in Euro aufgestellt.

Die Umrechnung der auf ausländische Währung lautenden Vermögensgegenstände und Schulden sowie von schwebenden Geschäften erfolgt grundsätzlich zu den von der Europäischen Zentralbank zum Jahresende veröffentlichten Referenzkursen bzw. zu zeitgleich festgestellten externen Kursen für die Währungen, für welche die EZB keine Referenzkurse ermittelt; Terminkurse wurden hieraus abgeleitet.

Hiervon ausgenommen sind die auf ausländische Währung lautenden Vermögensgegenstände, die dem Anlagevermögen zugeordnet und nicht in derselben Währung gedeckt sind; sie werden mit ihrem umgerechneten historischen Anschaffungskurs bilanziert (§ 340h Abs. 1 HGB).

Die Bank hat das Wahlrecht der besonderen Deckung nach § 340h Abs. 2 S. 2 HGB für alle Geschäfte in jeder Währung ausgeübt. Somit werden alle Aufwendungen und Erträge aus der Währungsumrechnung gemäß § 340h Abs. 2 S. 1 und 2 HGB in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst. Auszusondernde Erträge ergaben sich vor dem Hintergrund der zum Bilanzstichtag zeitnah begründeten Geschäfte nicht.

Erläuterungen zur Bilanz und zur Gewinn- und Verlustrechnung

Bilanz

(1) Fristengliederung (Restlaufzeiten)

in Mio. EUR	31.12.2008	31.12.2007
Forderungen an Kreditinstitute		
Andere Forderungen		
- bis drei Monate	12.479	15.610
- mehr als drei Monate bis ein Jahr	6.854	5.440
- mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	1.376	2.332
- mehr als fünf Jahre	778	807
Insgesamt	21.487	24.189
Forderungen an Kunden		
- bis drei Monate	5.653	6.751
- mehr als drei Monate bis ein Jahr	2.611	2.060
- mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	5.856	5.022
- mehr als fünf Jahre	10.023	9.998
davon mit unbestimmter Laufzeit	(1.860)	(2.547)
Insgesamt	24.143	23.831
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		
- bis drei Monate	30.588	34.260
- mehr als drei Monate bis ein Jahr	7.263	4.181
- mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	1.534	2.751
- mehr als fünf Jahre	934	1.334
Insgesamt	40.319	42.526
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden		
Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als 3 Monaten		
- bis drei Monate (Restlaufzeit)	7	10
- mehr als drei Monate bis ein Jahr	5	14
- mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	47	50
- mehr als fünf Jahre	4	5
Insgesamt	63	79
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden		
Andere Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		
- bis drei Monate	3.917	3.335
- mehr als drei Monate bis ein Jahr	1.358	668
- mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	1.436	2.090
- mehr als fünf Jahre	1.820	1.927
Insgesamt	8.531	8.020
Verbriefte Verbindlichkeiten		
Andere verbiefte Verbindlichkeiten		
- bis drei Monate	0	0
- mehr als drei Monate bis ein Jahr	0	0
- mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	0	0
- mehr als fünf Jahre	37	34
Insgesamt	37	34

(2) Beträge, die im Folgejahr fällig werden

in Mio. EUR	31.12.2008	31.12.2007
Enthalten in Position:		
- Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	8.027	7.031
- Verbriefte Verbindlichkeiten begebene Schuldverschreibungen	2.459	7.879

(3) Beziehungen zu verbundenen Unternehmen

in Mio. EUR	31.12.2008	31.12.2007
Forderungen an Kreditinstitute	4.942	5.313
Forderungen an Kunden	529	367
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	1.445	1.542
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	209	208
Sonstige Vermögensgegenstände	1	2
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	2.778	2.826
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	193	349
Verbriefte Verbindlichkeiten	540	692
Sonstige Verbindlichkeiten	0	1
Nachrangige Verbindlichkeiten	1.813	2.088

(4) Beziehungen zu Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

in Mio. EUR	31.12.2008	31.12.2007
Forderungen an Kreditinstitute	83	294
Forderungen an Kunden	283	100
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	0	0
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	0	0
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	46	47
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	38	48

(5) Nachrangige Aktiva

in Mio. EUR	31.12.2008	31.12.2007
Forderungen an Kunden	115	68
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	116	75
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	224	326

(6) Entwicklung des Finanzanlagevermögens

in Mio. EUR	Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	Beteiligungen	Anteile an verbundenen Unternehmen
Buchwert zum 31.12.2007	6.123	693	246	1.026
Anschaffungs-/Herstellungskosten zum 31.12.2007	6.136	732	272	1.055
Zugänge 2008	2.065	0	0	3
Abgänge 2008	2.248	19	92	59
Umbuchungen 2008	2.689	0	0	0
Effekte aus Wechselkursänderungen	-33	0	0	0
Anschaffungs-/Herstellungskosten zum 31.12.2008	8.609	713	180	999
Kumulierte Zuschreibungen zum 31.12.2007	0	0	2	0
Zugänge 2008	0	0	0	0
Abgänge 2008	0	0	0	0
Kumulierte Zuschreibungen zum 31.12.2008	0	0	2	0
Kumulierte Abschreibungen zum 31.12.2007	10	39	28	29
Zugänge 2008	54	129	1	0
Abgänge 2008	0	1	21	0
Umbuchungen 2008	44	0	0	0
Effekte aus Wechselkursänderungen	1	0	0	0
Kumulierte Abschreibungen zum 31.12.2008	109	167	8	29
Buchwert zum 31.12.2008	8.500	546	174	970

Für folgende Wertpapiere des Anlagevermögens wurde auf Abschreibungen auf den beizulegenden Zeitwert gem. § 253 Abs. 2 Satz 3 HGB verzichtet, weil die Wertminderung nicht als dauerhaft angesehen wird:

in Mio. EUR	2008			2007
	Buchwerte	beizulegende Zeitwerte	unterlassene Abschreibungen kumuliert	unterlassene Abschreibungen kumuliert
Schuldverschreibungen	6.626	6.252	374	138
Aktien	0	0	0	0
Investmentfondsanteile	349	313	36	0
Insgesamt	6.975	6.565	410	138

Die Einschätzung, dass die Wertminderungen für Schuldverschreibungen nicht dauerhaft sind, stellt im Wesentlichen auf die Beurteilung der Ausfallwahrscheinlichkeit der Forderungen ab und nicht auf liquiditäts- bzw. credit-spreadinduzierte Wertschwankungen. Dies folgt der Absicht, die Papiere bis zur Fälligkeit im Anlagevermögen zu halten.

Bei den Investmentfondsanteilen wurde ebenfalls eine diesem Ansatz folgende Beurteilung der Ausfallwahrscheinlichkeiten vorgenommen. Dazu wurden die einzelnen im Fondsvermögen enthaltenen Schuldverschreibungen im Durchschauprinzip nach qualitativen und quantitativen Kriterien analysiert.

(7) Entwicklung des Sachanlagevermögens

in Mio. EUR	Sachanlagen	Immaterielle Anlagewerte
Buchwert zum 31.12.2007	130	47
Anschaffungs-/Herstellungskosten		
zum 31.12.2007	320	194
Zugänge 2008	26	11
Abgänge 2008	25	1
Umbuchungen 2008	0	0
Effekte aus Wechselkursänderungen	0	0
Anschaffungs-/Herstellungskosten		
zum 31.12.2008	321	204
Kumulierte Zuschreibungen		
zum 31.12.2007	1	0
Zugänge 2008	0	0
Abgänge 2008	0	0
Kumulierte Zuschreibungen		
zum 31.12.2008	1	0
Kumulierte Abschreibungen		
zum 31.12.2007	191	147
Zugänge 2008	17	17
Abgänge 2008	22	0
Umbuchungen 2008	0	0
Effekte aus Wechselkursänderungen	0	0
Kumulierte Abschreibungen		
zum 31.12.2008	186	164
Buchwert zum 31.12.2008	136	40

Für die in 2006 im Rahmen der Übertragung des Geschäftsbetriebes der Bankgesellschaft Berlin AG (nunmehr Landesbank Berlin Holding AG) aufgenommenen Anlagen gilt folgendes:

Gemäß §§ 24, 125 UmwG stellen die bei der Bankgesellschaft Berlin AG zum 1. Januar 2006 bilanzierten Buchwerte des ausgegliederten Anlagevermögens die Anschaffungskosten bei der Landesbank Berlin AG dar. Aufgrund der Anschaffungskostenrestriktion können in der Bankgesellschaft Berlin AG vor dem 1. Januar 2006 vorgenommene außerplanmäßige Abschreibungen in der Landesbank Berlin AG handelsrechtlich nicht erfolgswirksam als Zuschreibungen wertaufgeholt werden. Abweichend davon wird in der obigen Darstellung das ausgegliederte Sachanlagevermögen mit den in der Bankgesellschaft Berlin AG zum 1. Januar 2006 erfassten historischen Anschaffungs- und Herstellungskosten und kumulierten Abschreibungen dargestellt, um einen klareren Einblick in die Wertverhältnisse und Altersstruktur des übertragenen Vermögens zu ermöglichen. Eine separate Erfassung und Darstellung der in 2006 und in Zukunft abgehenden historischen Anschaffungs- und Herstellungskosten und kumulierten Abschreibungen nach ehemaligen Beständen der Bankgesellschaft Berlin AG ist technisch nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand möglich.

(8) Treuhandgeschäfte

in Mio. EUR	31.12.2008	31.12.2007
Forderungen an Kreditinstitute	0	0
Forderungen an Kunden	201	332
Sonstige Vermögensgegenstände	0	0
	201	332
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1	3
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	200	329
Sonstige Verbindlichkeiten	0	0
	201	332

(9) Börsenfähigkeit / Börsennotierung

in Mio. EUR	börsenfähig		börsennotiert		nicht börsennotiert	
	31.12.2008	31.12.2007	31.12.2008	31.12.2007	31.12.2008	31.12.2007
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	45.308	47.463	41.989	43.681	3.319	3.782
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	876	1.785	728	1.045	148	739
Beteiligungen	0	71	0	71	0	0
Anteile an verbundenen Unternehmen	942	942	670	670	272	272

(10) Bestände in Fremdwährung

in Mio. EUR	31.12.2008	31.12.2007
Vermögensgegenstände	11.738	12.251
Verbindlichkeiten	5.919	6.602

(11) Im Rahmen des Europäischen Systems der Zentralbanken (ESZB) der zuständigen Notenbank für geldpolitische Instrumente als Sicherheit verpfändete Vermögensgegenstände

Die im Rahmen des ESZB für geldpolitische Instrumente an die Deutsche Bundesbank als Sicherheiten verpfändeten Vermögensgegenstände gliedern sich wie folgt:

in Mio. EUR	31.12.2008	31.12.2007
Wertpapiere	23.797	22.368
Wirtschaftskredite	767	256
Gesamt	24.564	22.624

Am Jahresende betrug die Inanspruchnahme 16.842 (i.V.: 14.189) Mio. EUR.

Außerdem wurden zum Bilanzstichtag Anleihen und Schuldverschreibungen in Höhe von nominal 3.407 (i.V.: 1.497) Mio. EUR als Sicherheiten bei der EUREX Deutschland hinterlegt. Darüber hinaus dienen Anleihen und Schuldverschreibungen über nominal 224 (i.V.: 495) Mio. EUR als Sicherheiten, die die Bank im Zusammenhang mit Pensionsgeschäften und Wertpapierleihegeschäften gegeben hat. Als Deckungsmasse für begebene Pfandbriefe wurden Anleihen und Schuldverschreibungen im Nominalwert von 771 (i.V.: 1.199) Mio. EUR hinterlegt. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere wurden zum Bilanzstichtag mit einem Marktwert von 1 Mio. EUR zur Insolvenzsicherung von Altersteilzeitguthaben bei einer inländischen Bank hinterlegt.

In Pension gegeben wurden Anleihen und Schuldverschreibungen im Nominalwert von 9.970 (i.V.: 9.388) Mio. EUR.

(12) Immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen

Von den Grundstücken und Gebäuden werden im Rahmen der eigenen Geschäftstätigkeit Immobilien mit einem Buchwert von 23 (i.V.: 23) Mio. EUR genutzt.

Gegenstände der Betriebs- und Geschäftsausstattung sind in Höhe von 110 (i.V.: 102) Mio. EUR enthalten.

Immaterielle Anlagewerte / Sachanlagen werden zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten bewertet, vermindert - soweit es sich um abnutzbare Vermögensgegenstände handelt - um planmäßige lineare bzw. degressive (z.T. bei Anschaffungen bis 2007) Abschreibungen entsprechend der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer mit den steuerlich zulässigen Höchstwerten.

Immaterielle Vermögenswerte / Sachanlagen	Nutzungsdauer
Gebäude	25 / 33 / 50 Jahre
Mietereinbauten	25 / 33 Jahre
Einrichtungsgegenstände	8 - 13 Jahre
Betriebsvorrichtungen	5 - 25 Jahre
Büromaschinen/EDV-Anlagen	3 - 8 Jahre
Fernsprechanlagen	8-10 Jahre
Kraftfahrzeuge	6 Jahre
Software	3 – 5 Jahre

Geringwertige Wirtschaftsgüter mit Anschaffungskosten bis 150,- EUR werden im Jahr der Anschaffung vollständig abgeschrieben und im Anlagespiegel als Abgang behandelt. Für Wirtschaftsgüter bis maximal 2.000,- EUR brutto wird eine Aktivierung auf Sammelanlagen vorgenommen, die gemäß § 6 Abs. 2 EstG über 5 Jahre oder differenziert je nach Anlageklasse auf 3-13 Jahre abgeschrieben werden.

(13) Sonstige Vermögensgegenstände

in Mio. EUR	31.12.2008	31.12.2007
Forderungen aus Collateral	2.207	1.256
Aktivposten aus Portfolien	1.457	1.247
Forderungen an Finanzbehörden	1	3
Forderungen aus Optionsgeschäften, Futures und Swaps	110	191
Einzugspapiere	0	0
Übrige	495	75
Insgesamt	4.270	2.772

Die Aktivposten aus Portfolien umfassen Optionsrechte für im Kapitalmarktgeschäft gezahlte Prämien, Variation Margins sowie aktivierte Gewinnansprüche.

(14) Aktive Rechnungsabgrenzungsposten

Ausgewiesen werden Unterschiedsbeträge zwischen dem Nennbetrag von Forderungen und deren Auszahlungsbetrag in Höhe von 86,6 (i.V.: 62,5) Mio. EUR.

Der Unterschiedsbetrag zwischen Ausgabe- und Rückzahlungsbetrag von Verbindlichkeiten beläuft sich auf der Aktivseite auf 35,5 (i.V.: 43,6) Mio. EUR.

(15) Sonstige Verbindlichkeiten

in Mio. EUR	31.12.2008	31.12.2007
Verbindlichkeiten ggü. Finanzbehörden	21	23
Abgegrenzte Zinsen für nachrangige Verbindlichkeiten	39	37
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und sonstigen Leistungen	7	5
Verbindlichkeiten aus Termingeschäften und Swaps	153	221
Passivposten aus Portfolien	891	1.060
Verbindlichkeiten aus Collateral	1.447	501
Übrige	24	324
Insgesamt	2.582	2.171

Die Passivposten aus Portfolien beinhalten überwiegend aus dem Kapitalmarktgeschäft stammende Verbindlichkeiten aus erhaltenen Optionsprämien und Variation Margins.

(16) Passive Rechnungsabgrenzungsposten

Unterschiedsbeträge zwischen dem Nennbetrag von Forderungen und deren Auszahlungsbetrag werden in Höhe von 30,8 (i.V.: 47,3) Mio. EUR ausgewiesen.

Der Unterschiedsbetrag zwischen Ausgabe- und Rückzahlungsbetrag von Verbindlichkeiten und Wertpapieren beläuft sich auf der Passivseite auf 23,9 (i.V.: 34,5) Mio. EUR.

(17) Andere Rückstellungen

Im Zuge der Sanierung der Bank und für die damit im Zusammenhang stehende Umsetzung der Entscheidung der EU-Kommission vom 18. Februar 2004 sowie die Einhaltung der Verpflichtungszusagen der Bundesregierung wurden Geschäftspläne entwickelt und vom Vorstand verabschiedet. Den hieraus erkennbaren Aufwendungen und Verlusten wurde im Jahresabschluss 2003 durch die Bildung von separat ausgewiesenen Rückstellungen sowie durch Abschreibungen Rechnung getragen. Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2008 ergeben sich durch Inanspruchnahmen, Auflösungen und Zuführungen (Aufzinsung) entsprechende Veränderungen.

in Mio. EUR	31.12.2008	31.12.2007
Rückstellungen für drohende Inanspruchnahme aus Portfolien und Finanzgeschäften	109	311
Rückstellungen für Risiken des Kreditgeschäfts	23	30
Rückstellungen für Verlustübernahmen	0	13
Rückstellungen aus der DM-Eröffnungsbilanz	3	3
Rückstellungen im Personalbereich	48	90
Rückstellungen für Restrukturierungsmaßnahmen	108	137
Rückstellungen EU-Entscheidung	67	76
Übrige	106	106
Insgesamt	464	766

(18) Nachrangige Verbindlichkeiten

		Nominalwerte in Mio.					
		Währung	EUR		Zinssatz	Fälligkeit	
(1)	*	EUR	150	150	3-M.-Euribor + 35 BP	5,31400	2009
(2)	*	FRF	1.000	152	Tec 10 - 0,40 %	4,05000	2009
(3)	*	FRF	1.500	229		5,75000	2009
(4)	*	FRF	750	114		5,75000	2009
(5)	*	EUR	375	375		4,75000	2009
(6)	*	EUR	7	7		Zerobond	2009
(7)	*	JPY	5.000	40		2,01400	2009
(8)	*	EUR	10	10	3-M.-Euribor + 0,39 %	3,80800	2009
(9)	*	FRF	1.000	152		5,37500	2010
(10)	*	DM	250	128		5,37500	2010
(11)	*	EUR	6	6		5,37500	2010
(12)	*	EUR	23	23		5,37500	2010
(13)	*	USD	250	180		7,12500	2012
(14)	*	GBP	150	157		8,00000	2012
(15)	*	EUR	51	51		FRN	2012
(16)	*	JPY	3.500	28		FRN	2013
(17)	*	JPY	3.000	24		FRN	2018
(18)	*	JPY	1.000	8		FRN	2018
(19)		EUR	1	1		6,70000	2018
(20)		EUR	10	10		6,70000	2018
(21)		EUR	20	20		6,62500	2018
(22)		EUR	5	5		6,61000	2018
(23)		EUR	20	20		6,60000	2018
(24)		EUR	1	1		6,60000	2018
(25)		EUR	1	1		6,60000	2018
(26)		EUR	5	5		6,64000	2018
(27)		EUR	5	5		6,63000	2018
(28)		EUR	5	5		6,65500	2018
(29)		EUR	10	10		6,68000	2018
(30)		EUR	10	10		6,82000	2018
(31)		EUR	10	10		6,82000	2018
(32)		EUR	75	75		4,75000	2019
(33)		JPY	15.000	119		5,15000	2027

Die mit (*) gekennzeichneten nachrangigen Verbindlichkeiten wurden bei verbundenen Unternehmen aufgenommen. Die Mittelaufnahmen (3) und (4) zusammen, sowie die nachrangigen Verbindlichkeiten (5) übersteigen jeweils 10 % des gesamten Nachrangkapitals.

Die nachrangigen Verbindlichkeiten (9) und (10) wurden 1999 redenominert (152 bzw. 128 Mio. EUR).

Der Zinssatz für die nachrangige Verbindlichkeit (32) wurde wie folgt vereinbart: 4,75 % bis 31. März 2009, danach 4,75 % + 81% der Differenz der am Zinstag gültigen 10-Jahres-Euro-Swap-Rate (Constant Maturity Swap) minus 4,75 %, jedoch mindestens 4,75 %.

Der Zinsaufwand für nachrangige Verbindlichkeiten 2008 beträgt 101,5 (i.V.: 104,8) Mio. EUR unter Berücksichtigung von Erträgen aus Swap-Geschäften in Höhe von 14,7 (i.V.: 12,1) Mio. EUR.

Ansprüche von Gläubigern auf Rückzahlung dieser Verbindlichkeiten sind gegenüber anderen Gläubigern nachrangig. Eine vorzeitige Rückzahlungsverpflichtung kann nicht entstehen. Im Falle einer Liquidation dürfen sie erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger zurückgezahlt werden.

Die nachrangigen Verbindlichkeiten erfüllen die Voraussetzungen des § 10 Abs. 5a KWG. Zum 31. Dezember 2008 sind 1.268,3 (i.V.: 1.408,4) Mio. EUR als haftendes Eigenkapital anrechenbar.

Von den nachrangigen Verbindlichkeiten wurden 555,1 (i.V.: 595,7) Mio. EUR in Fremdwährung aufgenommen.

(19) Eigenkapital

Das Grundkapital betrug gemäß § 3 der Satzung der Landesbank Berlin AG zum Bilanzstichtag 1.200 Mio. EUR und ist in 1.200 Mio. nennwertlose Stückaktien eingeteilt. Weiterhin besteht eine typische stille Einlage der Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG, Berlin in Höhe von brutto 700 Mio. EUR. Netto, das heißt nach Zuweisung anteiliger Verluste wird die Einlage mit 687,5 (i.V.: 700) Mio. EUR ausgewiesen. Daneben besteht eine Kapitalrücklage in Höhe von Mio. EUR 920 (i.V.: 920). Die Gewinnrücklagen belaufen sich auf 37,3 (i.V.: 37,3) Mio. EUR.

Angaben zu einzelnen GuV-Positionen

(20) Zinsüberschuss

in Mio. EUR	2008	2007
Zinserträge	4.803	4.423
aus Kredit- und Geldmarktgeschäften	2.565	2.377
aus festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	2.238	2.046
Laufende Erträge	200	317
aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	85	221
aus Beteiligungen	28	17
aus verbundenen Unternehmen	87	79
Erträge aus Gewinngemeinschaften	41	29
Zinsaufwendungen	3.919	3.735
für Einlagen	2.681	2.442
für verbriefte Verbindlichkeiten	1.136	1.188
für nachrangige Verbindlichkeiten	102	105
Insgesamt	1.125	1.034

Im Zinsüberschuss sind aperiodische Zinserträge in Höhe von 24,2 Mio. EUR enthalten.

(21) Provisionsüberschuss

in Mio. EUR	2008	2007
Wertpapier- und Emissionsgeschäft	70	81
Wertpapiere/Vermögensanlagen	70	81
Emissions- u. Konsortialgeschäft	0	0
Zahlungsverkehr/Kontoführung	104	105
Kreditgeschäft	28	20
Kreditgeschäft	9	12
Avalprovisionen	15	4
Auslandsgeschäft	4	4
Kartengeschäft	43	30
Sonstiges Dienstleistungsgeschäft	7	6
Sorten-/Devisengeschäft	1	1
Sonstige Dienstleistungen	6	5
Insgesamt	252	242

(22) Nettoergebnis aus Finanzgeschäften

in Mio. EUR	2008	2007
Ergebnis aus zinsbezogenen Geschäften	62	-18
Ergebnis aus aktienbezogenen Geschäften	-6	-120
Ergebnis aus sonstigen Handelsgeschäften	-83	-48
Handelsergebnis	-27	-186

(23) Andere Verwaltungsaufwendungen

in Mio. EUR	2008	2007
Gebäude- und Raumkosten	97	97
EDV	133	125
Werbung und Marketing	21	25
Beratungen, Prüfungen, Beiträge	27	33
Geschäftsbetriebskosten	39	37
Betriebs- und Geschäftsausstattung	2	2
Personalabhängige Sachkosten	12	11
Sonstige Konzernleistungsverrechnung	89	81
Insgesamt	420	411

Für den Abschlussprüfer i.S.v. § 319 HGB im Geschäftsjahr aufgewendete Beträge in TEUR	2008	2007
für Jahresabschlussprüfungen	3.342	2.776
für sonstige Bestätigungs- und Bewertungsleistungen ¹⁾	1.417	1.971
für Steuerberatung	0	0
für sonstige Leistungen ²⁾	235	139
Insgesamt	4.994	4.886

¹⁾ In den sonstigen Bestätigungs- und Bewertungsleistungen sind überwiegend Kosten für projektbegleitende Prüfungsmaßnahmen sowie für die Depot/WpHG Prüfung enthalten.

²⁾ In den sonstigen Leistungen sind überwiegend Kosten für prüfungsnahe Beratungen enthalten.

(24) Risikovorsorge

Die Risikovorsorge setzt sich wie folgt zusammen:

in Mio. EUR	2008	2007
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	36	-63
Ergebnis aus Wertpapieren der Liquiditätsreserve	511	249
Insgesamt	547	186

Die Bemessung der Risikovorsorge im Kreditgeschäft wird insbesondere durch Erwartungen hinsichtlich zukünftiger Kreditausfälle, der Struktur und der Qualität der Kreditportfolien sowie gesamtwirtschaftlicher Einflussfaktoren bestimmt. Für alle erkennbaren Risiken im in- und ausländischen Kreditgeschäft wurden Einzelwertberichtigungen und Rückstellungen in Höhe der erwarteten Ausfälle gebildet. Einzelwertberichtigungen werden aufgelöst, sobald sich der Wert der Forderung entsprechend erhöht, weil entweder die Sicherheitenbewertung und/oder die Bonität des Kreditnehmers sich grundlegend und nachhaltig verbessert haben.

Die Ermittlung der Pauschalwertberichtigung erfolgt in Anlehnung an das Schreiben des Bundesministerium für Finanzen vom 10. Januar 1994. Um einen sachgerechten Ausweis der latenten Kreditrisiken zu erreichen, wurden Ausbuchungen von bestimmten Kreditengagements aus den neunziger Jahren nicht in die Berechnung der Pauschalwertberichtigung einbezogen. Da dieses Kreditportfolio unserer nunmehr seit Jahren gültigen Kreditrisikopraxis nicht mehr entspricht, darf es sich nicht in einer die künftige Entwicklung reflektierenden Berechnung der Pauschalwertberichtigung niederschlagen. Unsere geänderte Betrachtungsweise wird durch die Ergebnisse der Expected-Loss Schätzung gestützt.

Die Risikovorsorge für das Kreditgeschäft hat sich wie folgt entwickelt¹⁾:

in Mio. EUR	Adressenrisiko								Länderrisiko Kreditgeschäft		Gesamt		davon GuV-wirksam	
	Direktabschreibungen		Einzelwertberichtigung		Pauschalwertberichtigung		Rückstellungen Kreditgeschäft		2008	2007	2008	2007	2008	2007
	2008	2007	2008	2007	2008	2007	2008	2007						
Stand 01.01.			1.015	1.297	114	80	30	76	10	17	1.169	1.470		
Zuführungen			156	127	12	34	2	10	5	2	175	173	175	173
Inanspruchnahmen			142	199				10		1	142	210		
Auflösungen			143	202			9	45	2	8	154	255	154	255
Direktabschreibungen	16	24											16	24
Eingänge auf abgeschriebene Forderungen	1	5											1	5
Umbuchungen			12	-3				-1			12	-4		
Wechselkursänderungen			5	-5							5	-5		
Stand 31.12.	15	19	903	1.015	126	114	23	30	13	10	1.065	1.169	36	-63

1) Ohne EWB auf Altkredite in Höhe von 49 Mio. EUR (i.V.: 59 Mio. EUR)

Für die in 2006 im Rahmen der Übertragung des Geschäftsbetriebes der Bankgesellschaft Berlin AG (nunmehr Landesbank Berlin Holding AG) aufgenommenen Kredite gilt folgendes: Gemäß §§ 24, 125 UmwG sind die bei der Bankgesellschaft Berlin AG erfassten Buchwerte der ausgegliederten Kredite die Anschaffungskosten bei der Landesbank Berlin AG. Das bedeutet, dass bei in der Bankgesellschaft Berlin AG wertberichtigten Krediten in der Landesbank Berlin AG handelsrechtlich keine Zuschreibungen möglich sind. In der obigen Darstellung werden die Wertberichtigungen der aus der Bankgesellschaft Berlin AG ausgegliederten Kredite dargestellt, um einen klareren Einblick in deren Wertverhältnisse zu ermöglichen.

Der **Bestand** der Kredit-Risikovorsorge entfällt auf:

in Mio. EUR	2008	2007
Forderungen an Kreditinstitute	17	10
Forderungen an Kunden ¹⁾	1.025	1.129
Rückstellungen	23	30
Insgesamt	1.065	1.169

¹⁾ Angaben ohne Altkredite

(25) Geografische Aufteilung von Ertragspositionen

Die nachfolgende geografische Aufteilung der Ertragspositionen erfolgt nach dem Standort der den Ertrag erzielenden Bankteile.

in Mio. EUR	Erträge aus dem Inland		Erträge aus dem Ausland		Erträge insgesamt	
	2008	2007	2008	2007	2008	2007
Zinserträge	4.280	3.871	523	553	4.803	4.424
Laufende Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren, Beteiligungen und Anteilen an verbundenen Unternehmen	200	317	0	0	200	317
Provisionserträge	344	329	9	2	353	331
Nettoertrag aus Finanzgeschäften	0	0	0	0	0	0
Sonstige betriebliche Erträge	125	129	2	2	127	131

(26) Sonstige betriebliche Aufwendungen und Sonstige betriebliche Erträge

In 2008 sind in Höhe von 1,8 (i.V.: 1,5) Mio. EUR Erfolge aus der Auflösung nicht benötigter Zinsen für Steuerrückstellungen der Vorperioden sowie ebenfalls Zinsaufwand für Steuern der Vorperioden in Höhe von 0,8 (i.V.: 0,9) Mio. EUR enthalten. Darüber hinaus werden in diesem Posten auch die Erträge aus der Konzernleistungsverrechnung erfasst.

(27) Außerordentliche Aufwendungen und Außerordentliche Erträge

in Mio. EUR	2008	2007
Außerordentliche Aufwendungen	7	8
aus Zuführung Restrukturierungsrückstellungen	4	5
davon: Personal	0	0
Flächenmanagement	4	5
aus Zuführung zu Rückstellungen aufgrund EU-Entscheidung	3	3
Sonstige	0	0
Außerordentliche Erträge	22	28
aus Auflösung von Restrukturierungsrückstellungen	14	22
davon Personal	10	0
Flächenmanagement	4	20
Sachaufwand	0	2
aus Auflösung von Rückstellungen aufgrund EU-Entscheidung	8	6
Insgesamt	15	20

(28) Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Der ausgewiesene negative Ertragsteueraufwand der Landesbank Berlin beinhaltet Erträge aus der Auflösung von Steuerrückstellungen der Vorjahre in Höhe von 4,7 Mio. EUR, sowie aus ausländischen Steuern von 0,8 Mio. EUR.

(29) Aufgliederung der Umsatzerlöse nach Tätigkeitsbereichen

in Mio. Euro	Private Kunden	Firmen- kunden	Immobilien- finanzierung	Aktivitäten am Kapital- und Geldmarkt	Gesamt
Zinsüberschuss	346	110	130	539	1.125
davon enthaltene Beteiligungserträge	24	1	0	3	28
Provisionsüberschuss	197	41	20	-6	252
Nettoergebnis	entfällt	entfällt	entfällt	-27	-27

Die Beteiligungserträge sind den Strategischen Geschäftsfeldern insoweit zugeordnet, als auch die jeweiligen Beteiligungen auf Einzelabschlussenebene den Strategischen Geschäftsfeldern zugeordnet sind.

Sonstige Angaben

(30) Haftungsverhältnisse und sonstige finanzielle Verpflichtungen

Nach der Detailvereinbarung mit dem Land Berlin (Einzelheiten siehe im Lagebericht) ist für die Verpflichtungen der daran beteiligten Gesellschaften des Konzerns Bankgesellschaft Berlin AG (nunmehr Landesbank Berlin Holding AG) in einigen Fällen eine gesamtschuldnerische Haftung verschiedener Gesellschaften festgelegt worden. Die Haftungsverteilung im Innenverhältnis erfolgte durch Vereinbarung vom August 2002, ergänzt im August 2004, und sieht einen Haftungsausgleich nach darin näher bestimmten Regeln vor, die sich im Wesentlichen an den Beteiligungsverhältnissen an der haftungsverursachenden Gesellschaft orientieren. Mit Vertrag vom 19. Dezember 2005 hat die Bankgesellschaft Berlin AG (nunmehr Landesbank Berlin Holding AG) die wesentlichen von der Detailvereinbarung abgeschirmten Gesellschaften des Immobiliendienstleistungsgeschäfts an das Land Berlin veräußert. Die Detailvereinbarung enthält ferner Regelungen zu einem Besserungsschein, der als Teilgewinnabführungsvertrag mit einer Laufzeit von 15 Jahren ausgestaltet ist und sich an definierten Eigenkapitalquoten orientiert. Für die Übernahme der Risikoabschirmung ist, beginnend mit dem Geschäftsjahr 2002 bis zunächst einschließlich 2011, durch die Landesbank Berlin Holding AG ein Festbetrag von jährlich 15 Mio. EUR an das Land Berlin zu zahlen, anschließend ist darüber erneut zu verhandeln. Die interne Aufteilung dieser Kosten erfolgte durch Vereinbarung vom August 2002, ergänzt im August 2004, und sieht eine teilweise Kostenerstattung durch die Landesbank Berlin AG entsprechend dem Verhältnis der Volumina der durch die Kreditgarantie abgeschirmten Kredite der Landesbank Berlin zu den insgesamt abgeschirmten Krediten vor.

Im Rahmen einer Vereinbarung zur Vorbereitung des Verkaufs der Anteile an der Weberbank war es erforderlich, den Komplementären der Weberbank eine Rückhaftung für ihre gesetzliche Haftung als persönlich haftende Gesellschafter der Weberbank zu gewähren. Diese Verpflichtung ist hinsichtlich zweier Komplementäre auf Ansprüche beschränkt, die bis zum 31. August 2005 entstanden sind und hinsichtlich eines weiteren Komplementärs auf Ansprüche, die bis zum 9. Dezember 2005 entstanden sind. Diese im Zusammenhang mit der Entscheidung der EU Kommission vom 18. Februar 2004 übernommenen Verpflichtungen enden fünf Jahre nach den vorgenannten Fristen. Sie stellen kein zusätzliches wirtschaftliches Risiko für die verpflichteten Unternehmen dar. Nach Auffassung der Landesbank Berlin AG und Landesbank Berlin Holding AG sind die genannten Verpflichtungen nicht als Kredite im Sinne des Kreditwesengesetzes zu behandeln.

Die Landesbank Berlin war neben anderen Landesbanken und dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Gewährträger der DekaBank Deutsche Girozentrale. Am 30. November 2002 hat die Landesbank Berlin ihre Anteile an der DekaBank verkauft. Die Verpflichtungen des Verkäufers aus der von ihm übernommenen Anstaltslast und Gewährträgerhaftung für die DekaBank endeten mit dem Stichtag mit Wirkung für die Zukunft. Für deren Verbindlichkeiten, die vor dem Stichtag bereits entstanden sind, bleibt es bei der Haftung des Verkäufers als Gewährträger.

Die Landesbank Berlin AG ist zu 90,4 % an der Berlin-Hannoverschen Hypothekenbank AG beteiligt. Diese ist gemäß Vertrag vom Dezember 2007 an die Sicherungsreserve der Landesbanken und Girozentralen angeschlossen. Die Landesbank Berlin AG ist gemäß Erklärung vom 12. Dezember 2007 verpflichtet, dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband e.V. als Träger der Sicherungsreserve der Landesbanken und Girozentralen alle Aufwendungen einschließlich Zinsen und Zinsentgang für Hilfsmaßnahmen zu ersetzen, die nicht aus Mitteln des für die Berlin-Hannoversche Hypothekenbank AG gebildeten Fonds bestritten werden können.

Gemäß § 5 Abs.10 des Statuts für den Einlagensicherungsfonds des Bundesverbands der deutschen Banken ist die Landesbank Berlin AG darüber hinaus direkt verpflichtet, den Bundesverband deutscher Banken e.V. von Verlusten freizustellen, die bei ihm durch Maßnahmen zugunsten der NetBank AG anfallen.

Die Landesbank Berlin AG selbst ist Mitglied in der Sicherungsreserve der Landesbanken und Girozentralen. Deren jährliche Beiträge wurden nach risikoorientierten Grundätzen bemessen. Daraus resultiert zum Jahresabschluss für die Landesbank Berlin AG eine Nachschussverpflichtung in Höhe von 119,2 Mio. EUR. Sofern ein Stützungsfall eintritt, können die Nachschüsse sofort eingefordert werden.

Die Patronatserklärungen der Landesbank Berlin AG stellen sich wie folgt dar:

Die Landesbank Berlin AG trägt in Höhe ihrer (durchgerechneten) Beteiligungsquote bei ihren Tochterunternehmen i.S.v. § 290 Abs. 1 und 2 HGB, die in der Liste über den Anteilsbesitz gemäß § 285 Nr. 11 HGB entsprechend als derzeit gedeckt gekennzeichnet sind, von politischen Risiken abgesehen, dafür Sorge, dass diese Gesellschaften ihre Verpflichtungen erfüllen können.

Weiterhin trägt die Landesbank Berlin AG alle Verbindlichkeiten und Verpflichtungen aus den dem Vorgenannten entsprechenden Patronatserklärungen, die die vormalige Bankgesellschaft Berlin AG (jetzt firmierend unter Landesbank Berlin Holding AG), Berlin, gegenüber jeweils einem bestimmten Gläubiger der IDLG Immobiliendienstleistungen GmbH, Berlin, und der vormaligen Mario Göhr Grundstücks GmbH, Berlin, (im Jahre 2007 verschmolzen auf die GfBI Gesellschaft für Beteiligungen und Immobilien mbH, Berlin) ausdrücklich abgab. Im Falle der IDLG Immobiliendienstleistungen GmbH gilt diese Patronatserklärung befristet bis zum 30.06.2015; im Falle der von der GfBI Gesellschaft für Beteiligungen und Immobilien GmbH aufgenommenen Verbindlichkeiten und Verpflichtungen der vormaligen Mario Göhr Grundstücks GmbH gilt diese befristet längstens bis zum 31.12.2010.

Aus Mietverträgen mit einzelnen Laufzeiten bis in das Jahr 2026 ergeben sich zukünftige Belastungen von insgesamt 1.153,2 (i.V.: 1.153,1) Mio. EUR, davon 0,3 (i.V.: 0,3) Mio. EUR gegenüber verbundenen Unternehmen.

Einzahlungsverpflichtungen bestanden zum Jahresende für die Beteiligungen der Bank in Höhe von 2,2 (i.V.: 2,2) Mio. EUR. Nachschusspflichten aus der Beteiligung an der Liquiditätskonsortialbank bestehen in Höhe von 12,6 (i.V.: 12,6) Mio. EUR.

Aus dem Vertrieb von Anteilen geschlossener Immobilienfonds bestehen Zahlungsverpflichtungen aufgrund von Andienungsrechten der Anteilszeichner in Höhe von insgesamt 184 (i.V.: 188) Mio. EUR. Zur Abschirmung der daraus eventuell entstehenden Risiken besteht eine Rückstellung in Höhe von 4 (i.V.: 4) Mio. EUR. Die Fälligkeit dieser Beträge liegt im Jahr 2019.

(31) Anzahl der Beschäftigten im Jahresdurchschnitt

	2008	2007
Vollzeitbeschäftigte	3.712	3.811
Teilzeitkräfte	982	1.044
Auszubildende	256	194
Insgesamt	4.950	5.049

(32) Bezüge des Vorstands und des Aufsichtsrats sowie diesem Personenkreis gewährte Kredite

An Vorstände und Aufsichtsorgane wurden folgende Bezüge gezahlt:

in TEUR	2008	2007
Gesamtbezüge des Vorstands	6.861	7.496
Gesamtbezüge des Aufsichtsrats ¹⁾	268	251
an frühere Vorstandsmitglieder oder deren Hinterbliebene gezahlt	8.046	6.160
für Pensionsverpflichtungen gegenüber diesem Personenkreis zurückgestellt	65.017	66.612

¹⁾ ohne Umsatzsteuer

In den vorgenannten Bezügen des Vorstands ist eine erfolgsabhängige Zahlung in Höhe von 2.015 (i.V.: 2.325) TEUR enthalten. Die Zahlungen für frühere Vorstandsmitglieder oder deren Hinterbliebene werden um Nachzahlungen für Vorjahre in Höhe von 1.668 (i.V.: 22) TEUR erhöht ausgewiesen.

Den im **Geschäftsjahr 2008** amtierenden Vorstandsmitgliedern wurden im Jahr 2008 die nachstehenden Vergütungen zuteil:

in TEUR	Jahresvergütung		Sonstige Vergütungen ²⁾	Gesamt
	Erfolgs-unabhängige Vergütung	Erfolgs-abhängige Vergütung ¹⁾		
Mitglieder des Vorstands				
Hans Jörg Vetter (LBB H, LBB)	1.074	650	26	1.750
<i>davon nicht ruhegehaltstfähig</i>	<i>(521)</i>			
Serge Demolière (LBB)	989	150	35	1.174
<i>davon nicht ruhegehaltstfähig</i>	<i>(489)</i>			
Dr. Johannes Evers (LBB)	632	275	45	952
<i>davon nicht ruhegehaltstfähig</i>	<i>(246)</i>			
Uwe Kruschinski ³⁾		30		30
<i>davon nicht ruhegehaltstfähig</i>				
Hans-Jürgen Kulartz (LBB)	632	210	44	886
<i>davon nicht ruhegehaltstfähig</i>	<i>(246)</i>			
Martin K. Müller (LBB)	604	300	37	941
<i>davon nicht ruhegehaltstfähig</i>	<i>(290)</i>			
Dr. Thomas Veit (LBB H, LBB)	695	400	33	1.128
<i>davon nicht ruhegehaltstfähig</i>	<i>(300)</i>			
Vergütungsaufwand	4.626	2.015	220	6.861

¹⁾ Dargestellt ist der erfolgsabhängige Teil der Jahressondervergütung für die vollständig erbrachte Tätigkeit im Geschäftsjahr 2007, über deren Höhe der Aufsichtsrat nach Aufstellung des Jahresabschlusses 2007 Beschluss gefasst hat. Die Auszahlung erfolgte im zweiten Quartal des Jahres 2008.

²⁾ Die Sonstigen Vergütungen betreffen Sachbezüge (Nutzung der Dienstwagen) von 108 TEUR sowie den sogenannten Arbeitgeber-Anteil Nettobezug (Übernahme der Versteuerung des geldwerten Vorteils durch den Arbeitgeber) in Höhe von 107 TEUR; daneben werden auch Fahrer zu üblichen Tarifbestimmungen beschäftigt. Ferner sind in den genannten Sonstigen Vergütungen Zahlungen enthalten, die Herr Müller im Berichtsjahr als Arbeitgeberzuschuss zur Kranken- und Pflegeversicherung erhalten hat.

³⁾ Herr Uwe Kruschinski ist zum 30.06.2007 als amtierendes Mitglied ausgeschieden.

Den am **31. Dezember 2007** amtierenden Vorstandsmitgliedern wurden im Jahr 2007 die nachstehenden Vergütungen zuteil.

in TEUR	Jahresvergütung		Sonstige Vergütungen ²⁾	Gesamt
	Erfolgs-unabhängige Vergütung	Erfolgs-abhängige Vergütung ¹⁾		
Mitglieder des Vorstands				
Hans Jörg Vetter (LBB H, LBB) <i>davon nicht ruhegehaltstfähig</i>	1.068 (521)	675	26	1.769
Serge Demolière (LBB) <i>davon nicht ruhegehaltstfähig</i>	986 (489)	270	34	1.290
Dr. Johannes Evers (LBB) <i>davon nicht ruhegehaltstfähig</i>	627 (246)	300	46	973
Uwe Kruschinski ³⁾ (LBB) <i>davon nicht ruhegehaltstfähig</i>	331 (150)	185	17	533
Hans-Jürgen Kulartz (LBB) <i>davon nicht ruhegehaltstfähig</i>	627 (246)	245	45	917
Martin K. Müller (LBB) <i>davon nicht ruhegehaltstfähig</i>	604 (290)	300	38	942
Dr. Thomas Veit (LBB H, LBB) <i>davon nicht ruhegehaltstfähig</i>	689 (300)	350	33	1.072
Vergütungsaufwand	4.932	2.325	239	7.496

¹⁾ Dargestellt ist der erfolgsabhängige Teil der Jahressondervergütung für die vollständig erbrachte Tätigkeit im Geschäftsjahr 2006, über deren Höhe der Aufsichtsrat nach Aufstellung des Jahresabschlusses 2006 Beschluss gefasst hat. Die Auszahlung erfolgte im zweiten Quartal des Jahres 2007.

²⁾ Die Sonstigen Vergütungen betreffen Sachbezüge (Nutzung der Dienstwagen) von 116 TEUR sowie den sogenannten Arbeitgeber-Anteil Nettobezug (Übernahme der Versteuerung des geldwerten Vorteils durch den Arbeitgeber) in Höhe von 119 TEUR, daneben wurden auch Fahrer zu üblichen Tarifbestimmungen beschäftigt. Ferner sind in den genannten Sonstigen Vergütungen Zahlungen enthalten, die Herr Müller im Berichtsjahr als Arbeitgeberzuschuss zur Kranken- und Pflegeversicherung erhalten hat.

³⁾ Herr Uwe Kruschinski ist zum 30.06.2007 als amtierendes Mitglied ausgeschieden.

Leistungen von Dritten wurden einzelnen Vorstandsmitgliedern im Hinblick auf ihre Tätigkeit als Vorstandsmitglied nicht zugesagt oder im Geschäftsjahr gewährt.

Vergütungskomponenten mit langfristiger Anreizwirkung (Bezugsrechte, sonstige aktienbasierte Vergütungselemente o.ä.) bestehen für die Vorstandsmitglieder nicht.

Die Angaben gemäß § 285 Satz 1 Nr. 9a Satz 6 bis 9 HGB sind im Lagebericht enthalten.

Die für das **Geschäftsjahr 2008** an die einzelnen Mitglieder des Aufsichtsrats zu zahlende Vergütung beträgt einschließlich der Ausschusstätigkeit (jeweils ohne Umsatzsteuer):

in TEUR	2008	2007	2008	2007
Mitglieder des Aufsichtsrats			Mitglieder des Aufsichtsrats	
Dr. h.c. Klaus G. Adam ¹⁾	-	24	Michael Jänichen	23
Heinrich Haasis ²⁾	36	11	Daniel Kasteel	11
Bärbel Wulff	29	29	Thomas Mang ²⁾	17
Dr. h.c. Axel Berger ¹⁾	-	7	Astrid Maurer	11
Dietmar P. Binkowska ^{2) 3)}	16	6	Andreas Rohde	11
Gregor Böhmer ²⁾	17	5	Senator Dr. Thilo Sarrazin ⁵⁾	-
Dr. Michael Endres ¹⁾	-	12	Peter Schneider ²⁾	11
Christina Förster	11	11	Dr. Heinz-Gerd Stein ¹⁾	-
Artur Grzesiek ⁴⁾	2	-	Dr. Harald Vogelsang ²⁾	17
Dr. Thomas Guth ¹⁾	-	7	Frank Wolf	17
Sascha Händler	11	11	Senator Harald Wolf ⁵⁾	-
Jürgen Hilse ²⁾	11	3	Bernd Wrede ¹⁾	-
Claus Friedrich Holtmann ²⁾	17	5		
Summe	150	131	268	251
zuzügl. USt			42	38
Gesamtaufwand			310	289

¹⁾ Mitglied bis 31. August 2007

²⁾ Mitglied seit 1. September 2007

³⁾ Mitglied bis 21. November 2008

⁴⁾ Mitglied seit 24. November 2008

⁵⁾ Mitglied bis 28. August 2007

Zum Bilanzstichtag stellte sich der Gesamtbetrag der gewährten Vorschüsse und Kredite sowie eingegangenen Haftungsverhältnisse wie folgt dar:

in TEUR	2008	2007
an Mitglieder des Vorstands	344	388
an Mitglieder des Aufsichtsrats	0	98

Die Salden beinhalten zu Marktkonditionen gewährte Annuitätendarlehen sowie zu Mitarbeiterkonditionen in Anspruch genommene Dispositionskredite und Abrechnungssalden auf Kreditkartenkonten. Die Veränderungen resultieren im Wesentlichen aus der Tilgung von Annuitätendarlehen.

(33) Mandate in Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien

Die Mandate von Mitgliedern des Vorstands der Landesbank Berlin AG in Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien (§§ 285 Nr. 10, 340a Abs.4 Nr. 1 HGB) und von Mitarbeitern der Landesbank Berlin AG in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsgremien von großen Kapitalgesellschaften (§ 340a Abs. 4 Nr. 1 HGB) sind in den Anlagen 3 und 4 zum Anhang dargestellt.

(34) Angaben über derivative Geschäfte

Produktbereiche des derivativen Geschäftes per 31.12.2008						
in Mio. EUR	Restlaufzeit			Nominal- betrag Summe	positive Markt- werte	negative Markt- werte
	<= 1 Jahr	bis 5 Jahre	> 5 Jahre			
Zinsbezogene Geschäfte	182.439	245.418	138.380	566.237	11.316	11.678
Börsengehandelte Produkte	14.308	4.747	0	19.055	0	0
Futures	10.034	4.747	0	14.781	0	0
Options	4.274	0	0	4.274	0	0
OTC-Produkte	168.131	240.671	138.380	547.182	11.316	11.678
Zinsswaps	124.621	218.058	110.067	452.746	10.501	10.701
Forward Rate Agreements	28.969	420	0	29.389	80	84
sonstige Zinskontrakte	0	0	0	0	0	0
Swaptions	10.194	9.498	15.608	35.300	485	712
Options Käufe	0	0	0	0	0	0
Options Verkäufe	0	0	0	0	0	0
Caps, Floors	4.347	12.695	12.705	29.747	250	181
Währungsbezogene Geschäfte	9.293	4.118	278	13.689	625	289
Börsengehandelte Produkte	0	0	0	0	0	0
Futures	0	0	0	0	0	0
Options	0	0	0	0	0	0
OTC	9.293	4.118	278	13.689	625	289
Devisentermingeschäfte	5.787	0	0	5.787	456	193
Cross-Currency-Swaps	3.494	4.057	278	7.829	167	94
Devisenoptionen, Käufe	6	31	0	37	2	0
Devisenoptionen, Verkäufe	6	30	0	36	0	2
sonstige Devisenkontrakte	0	0	0	0	0	0
Aktienderivate und sonstige	2.075	19.098	87	21.260	488	577
Börsengehandelt	438	25	0	463	14	9
Futures	287	0	0	287	0	0
Options	151	25	0	176	14	9
OTC	1.637	19.073	87	20.797	474	568
Aktien-Index-Swaps	349	211	64	624	66	100
Aktien-/Indexoptionen, Käufe	735	17.574	12	18.321	408	0
Aktien-/Indexoptionen, Verkäufe	553	1.288	11	1.852	0	468
Embeddeds	0	0	0	0	0	0
Kreditderivate	795	6.813	1.045	8.653	390	265
Insgesamt	194.602	275.447	139.790	609.839	12.819	12.809

Das Derivategeschäft der Landesbank Berlin AG entfällt auf Mikro- und Makroeinheiten zur Absicherung von Marktrisiken einzelner bilanzieller Grundgeschäfte und Derivate zur Steuerung der Zinsänderungsrisiken aus Positionsüberhängen im Bankbuch sowie auf Handelsgeschäfte.

Die Steuerung des Zinsrisikos im Bankbuch erfolgt im Wesentlichen über Zinsswaps. Methodisch unterliegt die Steuerung wie im Handel dem Capital-at-Risk Verfahren auf der Basis einer Haltedauer von 10 Tagen und einem Konfidenzniveau von 99 %.

Die angegebenen Marktwerte stellen den beizulegenden Zeitwert dar, welcher durch Verkauf oder Glattstellung erzielbar beziehungsweise aufzuwenden ist, wobei Transaktionskosten nicht einfließen. Die sich aus den oben dargestellten negativen Marktwerten ergebenden Risiken sind, soweit handelsrechtlich erforderlich, durch entsprechende Rückstellungen abgedeckt.

Kontrahentenstruktur im derivativen Geschäft nach Kreditrisikoäquivalenten		
in Mio. EUR	31.12.2008	31.12.2007
Forderungsklasse Institute	560	403
Sonstige Forderungsklassen (Sonstige Unternehmen, Privatpersonen)	317	195
Insgesamt	877	598

Die angegebenen Kreditrisikoäquivalente wurden nach der Marktbewertungsmethode ermittelt, wie sie für die Meldung entsprechend der Solvabilitätsverordnung vorgesehen ist. Die Kreditrisikoäquivalente werden nach dem Kontrahentenrisiko gewichtet aufgeführt wobei das Kontrahentennetting berücksichtigt ist.

(35) Deckungsrechnung

Angaben gemäß § 28 Abs. 1 Nr. 1 PfandBG:

Quartal IV / 2008	Hypothekenregister		Öffentliches Register	
	2008	2007	2008	2007
Nominal in TEUR				
Nennwert Deckungsmasse	2.182.680	1.665.415	5.783.996	8.944.317
Nennwert Pfandbriefumlauf	1.741.142	965.642	3.734.575	5.212.238
Nennwertüberdeckung	441.538	699.773	2.049.421	3.732.079
Barwert Deckungsmasse	2.317.479	1.695.281	6.065.972	9.108.855
Barwert Pfandbriefumlauf	1.786.508	967.681	3.777.335	5.342.166
Barwertüberdeckung	530.971	727.600	2.288.637	3.766.689
Risikobarwert Deckungsmasse	2.231.291	1.619.231	5.961.961	9.006.418
Risikobarwert Umlauf	1.746.203	941.968	3.831.221	5.299.375
Risikobarwertüberdeckung	485.088	677.263	2.130.740	3.707.043

Angaben gemäß § 28 Abs. 1 Nr. 2 PfandBG:

Laufzeitstruktur Hypothekenregister

Zinsbindungsfristen der Darlehen	2008		2007	
	Anteil %	Deckungsmasse TEUR	Anteil %	Deckungsmasse TEUR
Quartal IV / 2008				
Bis zu einem Jahr	35,64	724.426	24,92	400.702
> 1 Jahr und bis zu 5 Jahren	28,85	586.386	38,97	626.746
> 5 Jahre und bis zu 10 Jahren	30,15	612.698	34,29	551.549
> 10 Jahre	5,36	108.860	1,82	29.258
Insgesamt	100,00	2.032.370	100,00	1.608.255

Laufzeitstruktur der Pfandbriefe	2008		2007	
	Anteil %	Betrag TEUR	Anteil %	Betrag TEUR
Quartal IV / 2008				
Bis zu einem Jahr	31,88	555.000	36,50	352.500
> 1 Jahr und bis zu 5 Jahren	41,37	720.392	34,16	329.827
> 5 Jahre und bis zu 10 Jahren	26,75	465.750	29,34	283.315
> 10 Jahre	0,00	0	0,00	0
Insgesamt	100,00	1.741.142	100,00	965.642

Zinsbindungsfristen der Darlehen Quartal IV / 2008	Anteil	Deckungsmasse	Anteil	Deckungsmasse
	%	TEUR	%	TEUR
		2008		2007
bis zu einem Jahr	31,15	1.801.634	38,23	3.419.437
> 1 Jahr und bis zu 5 Jahren	32,99	1.908.135	32,41	2.899.069
> 5 Jahre und bis zu 10 Jahren	35,16	2.033.868	27,82	2.487.990
> 10 Jahre	0,70	40.359	1,54	137.821
Insgesamt	100,00	5.783.996	100,00	8.944.317

Laufzeitstruktur der Pfandbriefe Quartal IV / 2008	Anteil	Deckungsmasse	Anteil	Betrag
	%	TEUR	%	TEUR
		2008		2007
bis zu einem Jahr	30,22	1.128.438	55,32	2.883.591
> 1 Jahr und bis zu 5 Jahren	60,47	2.258.137	39,06	2.035.820
> 5 Jahre und bis zu 10 Jahren	9,31	348.000	5,62	292.827
> 10 Jahre	0,00	0	0,00	0
Insgesamt	100,00	3.734.575	100,00	5.212.238

Angaben gemäß § 28 Abs. 1 Nr. 3 PfandBG:

Es existieren keine Derivate, die einen Anteil an den Deckungsmassen gemäß § 19 Abs. 1 Nr. 4 Satz 3 darstellen würden

Angaben gemäß § 28 Abs. 2 Nr. 1a PfandBG:

Hypothekendeckungsregister

Größenklassen Quartal IV / 2008	TEUR	
	2008	2007
bis 300.000 EUR	277.014	234.797
mehr als 300.000 bis 5.000.000 EUR	1.054.054	821.642
mehr als 5.000.000 EUR	701.302	551.816
Insgesamt	2.032.370	1.608.255

Angaben gemäß § 28 Abs. 2 Nr. 1a PfandBG:

Objektsplitting (wohnwirtschaftliche Objekttypen)

Staaten	Wohnungen		Einfamilienhäuser		Mehrfamilienhäuser		Gesamt	
	Quartal IV / 2008							
	TEUR							
	2008	2007	2008	2007	2008	2007	2008	2007
Deutschland	33.069	32.831	81.292	62.780	488.552	394.241	602.913	489.852
Insgesamt	33.069	32.831	81.292	62.780	488.552	394.241	602.913	489.852

Bundesländer	Wohnungen		Einfamilienhäuser		Mehrfamilienhäuser		Gesamt	
	Quartal IV / 2008							
	TEUR							
	2008	2007	2008	2007	2008	2007	2008	2007
Sachsen-Anhalt	221	344	198	93	255	435	674	872
Bayern	0	0	0	0	6.430	0	6.430	0
Hamburg	156	0	0	0	884	887	1.040	887
Berlin	23.440	23.326	57.193	46.005	420.697	356.663	501.330	425.994
Sachsen	0	0	509	0	5.337	527	5.846	527
Schleswig-Holstein	72	73	880	603	0	0	952	676
Niedersachsen	121	124	159	0	7.403	4.829	7.683	4.953
Mecklenburg-Vorpommern	1.417	1.144	0	0	3.038	905	4.455	2.049
Brandenburg	4.951	5.093	21.646	15.364	31.622	22.284	58.219	42.741
Hessen	173	173	173	174	2.681	719	3.027	1.066
Thüringen	526	562	22	22	536	556	1.084	1.140
Nordrhein-Westfalen	1.992	1.992	512	519	9.669	6.436	12.173	8.947
Insgesamt	33.069	32.831	81.292	62.780	488.552	394.241	602.913	489.852

Angaben gemäß § 28 Abs. 2 Nr. 1a PfandBG:

Objektsplitting (gewerbliche Objekttypen)

Staaten Quartal IV / 2008 TEUR	Büro- gebäude		Handels- gebäude		Industrie- gebäude		Sonstige gewerbl. genutzte Gebäude		Unfertige und nicht ertragsf. Neubauten		Bauplätze			Gesamt
	2008	2007	2008	2007	2008	2007	2008	2007	2008	2007	2008	2007	2008	2007
Deutschland	808.807	670.141	382.141	272.751	101.127	66.727	136.803	108.118	0	0	578	667	1.429.456	1.118.404
Insgesamt	808.807	670.141	382.141	272.751	101.127	66.727	136.803	108.118	0	0	578	667	1.429.456	1.118.404

Bundesländer Quartal IV / 2008 TEUR	Büro- gebäude		Handels- gebäude		Industrie- gebäude		Sonstige gewerbl. genutzte Gebäude		Unfertige und nicht ertragsf. Neubauten		Bauplätze			Gesamt
	2008	2007	2008	2007	2008	2007	2008	2007	2008	2007	2008	2007	2008	2007
Sachsen-Anhalt	8.861	2.012	33.046	31.054	144	149	0	0	0	0	0	0	42.051	33.215
Bayern	30.299	22.602	6.783	5.799	1.074	4.800	19.418	17.368	0	0	183	0	57.757	50.569
Rheinland-Pfalz	399	423	6.134	2.042	0	0	4.493	0	0	0	0	0	11.026	2.465
Hamburg	5.747	7.214	0	0	0	0	11.408	0	0	0	0	0	17.155	7.214
Berlin	640.119	549.402	43.086	45.540	38.870	30.189	33.771	25.785	0	0	102	258	755.948	651.174
Sachsen	9.254	4.047	12.561	11.393	366	98	17.523	16.200	0	0	0	0	39.704	31.738
Schleswig-Holstein	0	0	17.026	13.048	612	0	0	0	0	0	0	0	17.638	13.048
Niedersachsen	4.164	3.128	38.851	20.281	5.485	1.124	14.050	13.122	0	0	0	0	62.550	37.655
Mecklenburg- Vorpommern	621	638	16.488	16.488	0	0	1.432	0	0	0	0	0	18.541	17.126
Brandenburg	29.376	23.793	55.899	41.306	25.507	6.704	6.750	7.536	0	0	293	409	117.825	79.748
Bremen	0	0	1.236	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1.236	0
Hessen	37.746	36.384	15.391	9.550	6.953	4.453	1.128	1.261	0	0	0	0	61.218	51.648
Thüringen	7.692	7.707	39.433	39.433	486	486	112	112	0	0	0	0	47.723	47.738
Baden-Württemberg	3.933	0	48.712	15.081	14.696	15.688	11.418	11.418	0	0	0	0	78.759	42.187
Saarland	0	0	2.064	0	0	0	0	0	0	0	0	0	2.064	0
Nordrhein-Westfalen	30.596	12.791	45.431	21.736	6.934	3.036	15.300	15.316	0	0	0	0	98.261	52.879
Insgesamt	808.807	670.141	382.141	272.751	101.127	66.727	136.803	108.118	0	0	578	667	1.429.456	1.118.404

Angabe gemäß § 28 Abs. 2 Nr. 2 PfandBG:

Lage des Grundpfandrechts Quartal IV / 2008 TEUR	Rückständige Tilgung		Rückständige Zinsen	
	2008	2007	2008	2007
Deutschland	10	7	15	1
Gesamt:	10	7	15	1
Berlin	8	7	13	1
Brandenburg	2	0	1	0
Sachsen-Anhalt	0	0	1	0
Deutschland gesamt:	10	7	15	1

Angaben gemäß § 28 Abs. 2 Nr. 3 a/b/c/d PfandBG:

Anzahl	Gewerblich		Wohnungsbau	
	2008	2007	2008	2007
Zum Abschlussstichtag anhängige Zwangsversteigerungs- und Zwangsverwaltungsverfahren	0	0	0	0
Im Geschäftsjahr durchgeführte Zwangsversteigerungen	0	0	0	0
Innerhalb des Geschäftsjahres zur Verhütung von Verlusten übernommene Grundstücke	0	0	0	0

Betrag in TEUR	Gewerblich		Wohnungsbau	
	2008	2007	2008	2007
Rückständige Zinsen, soweit diese nicht bereits in den vorhergehenden Jahren abgeschrieben worden sind	39	156	50	83
Rückzahlungen im abgelaufenen Jahr durch Amortisation	14.667	9.925	17.256	16.050
Rückzahlungen im abgelaufenen Jahr durch sonstige Art	17.998	60.424	31.495	52.197

Angaben gemäß § 28 Abs. 3 Nr. 1 PfandBG:

Öffentliche Kreditnehmer nach Typen und Staaten

Schuldner (direkt oder mit Garantie) Quartal IV / 2008	Staatsregierungen		Regionale Gebietskörperschaften		Örtliche Gebietskörperschaften		Sonstige öffentliche Schuldner		Gesamt	
	2008	2007	2008	2007	2008	2007	2008	2007	2008	2007
Griechenland	27.908	28.699	0	0	0	0	0	0	27.908	28.699
Zypern	9.575	9.322	0	0	0	0	0	0	9.575	9.322
Polen	47.584	33.404	0	0	0	0	0	0	47.584	33.404
Rumänien	45.602	0	0	0	0	0	0	0	45.602	0
Austria	0	0	0	0	0	0	42.016	40.836	42.016	40.836
Ungarn	114.274	56.272	0	0	0	0	0	0	114.274	56.272
Tschechische Republik	28.854	28.733	0	0	0	0	0	0	28.854	28.733
Deutschland	486.480	303.482	2.443.133	3.947.539	217.402	311.534	2.321.168	4.184.496	5.468.183	8.747.051
Insgesamt	760.277	459.912	2.443.133	3.947.539	217.402	311.534	2.363.184	4.225.332	5.783.996	8.944.317

100

Angabe gemäß § 28 Abs. 3 Nr. 2 PfandBG:

Öffentliches Register

Schuldner Quartal IV / 2008	Staatsregierungen		Regionale Gebietskörperschaften		Örtliche Gebietskörperschaften		Sonstige öffentliche Schuldner		Gesamt	
	2008	2007	2008	2007	2008	2007	2008	2007	2008	2007
Deutschland	0	0	0	17	0	0	21	0	21	17
Gesamt:	0	0	0	17	0	0	21	0	21	17

Organe der Landesbank Berlin AG

Vorstand

Hans-Jörg Vetter
Vorsitzender

Serge Demolière

Dr. Johannes Evers

Hans Jürgen Kulartz

Martin K. Müller

Dr. Thomas Veit

Aufsichtsrat

Heinrich Haasis
Vorsitzender

Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbands

Bärbel Wulff *)
stellv. Vorsitzende

Vorsitzende des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG

Dietmar P. Binkowska
bis 21.11.2008

Vorstandsvorsitzender der NRW.BANK

Gregor Böhmer

Geschäftsführender Präsident des Sparkassen- und Giroverbands Hessen-Thüringen

Christina Förster *)

Fachsekretärin für Finanzdienstleistungen der ver.di Landesbezirk Berlin-Brandenburg

Artur Grzesiek
ab 24.11.2008

Vorstandsvorsitzender der Sparkasse KölnBonn

Sascha Händler *)	Mitglied des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG Kundenbetreuer Exportfinanzierung der Landesbank Berlin AG
Jürgen Hilse	Vorstandsvorsitzender der Kreissparkasse Göppingen
Claus Friedrich Holtmann	Geschäftsführender Präsident des Ostdeutschen Sparkassenverbands
Michael Jänichen *)	Bereichsleiter Firmenkunden der Landesbank Berlin AG
Daniel Kasteel *)	Mitglied des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG Kundenbetreuer Vertriebsbereich Ost
Thomas Mang	Präsident des Sparkassenverbands Niedersachsen
Astrid Maurer *)	Mitglied des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG Frauenbeauftragte der Landesbank Berlin AG
Andreas Rohde *)	Mitglied des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG
Peter Schneider	Präsident des Sparkassenverbands Baden-Württemberg
Dr. Harald Vogelsang	Vorstandssprecher der HASPA Finanzholding und der Hamburger Sparkasse AG
Frank Wolf *)	Fachbereichsleiter Finanzdienstleistungen der ver.di Landesbezirk Berlin-Brandenburg

*) Arbeitnehmersvertreter

Berlin, 18. Februar 2009

Vorstand

Vetter

Demolière

Dr. Evers

Kulartz

Müller

Dr. Veit

Anlagen

- Anlage 1: Verzeichnis des Anteilsbesitzes
(§§ 285 Nr. 11 und 11a, 340a Abs. 4 Nr. 2 HGB)
- Anlage 2: Gesellschaften mit Ergebnisabführungsverträgen
- Anlage 3: Mandate von Mitgliedern des Vorstands in Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien (§§ 285 Nr. 10, 340a Abs. 4 Nr. 1 HGB)
- Anlage 4: Mandate von Mitarbeitern in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsgremien von großen Kapitalgesellschaften (§ 267 Abs. 3 HGB, § 340a Abs. 4 Nr. 1 HGB)

Liste des Anteilsbesitzes

(§§ 285 Nr. 11, 340a Abs. 4 Nr. 2 HGB, einschließlich der Angaben gem. § 285 Nr. 11a HGB)

Meldendes Unternehmen: Landesbank Berlin AG

Stand: 31.12.2008

Zielwahrung/Einheit: EUR / in Tsd.

Verbundene Unternehmen					
Lfd. Nr.	Name/Ort	Kapital-anteil	abw. Stimm-rechte WKZ	Eigenkapital	Ergebnis
1.	Aufbau- und Dienstleistungsgesellschaft mbH Objekt- und Baubetreuung Mecklenburg-Vorpommern, Berlin ^{1) 7)}	94,00	EUR	1.889	202
2.	Babefi-Holding GmbH i. L., Berlin ⁸⁾	100,00	EUR	72	6
3.	BankenService GmbH Unternehmensgruppe Landesbank Berlin, Berlin ⁹⁾	100,00	EUR	5.279	2.580
4.	Bavaria Immobilien Projektsteuerungs GmbH & Co. Objekt Berlin-Mitte Leipziger Straße KG, Berlin ^{1) 6)}	94,00	EUR	-2.494	2.030
5.	BB-Grundstücksgesellschaft mit beschrankter Haftung, Berlin ^{4) 9)}	94,90	EUR	51	0
6.	BB-Leasing GmbH, Berlin ⁹⁾	100,00	EUR	2.326	537
7.	Berlin Hyp Immobilien GmbH, Berlin ^{1) 4) 9)}	100,00	EUR	26	0
8.	Berlin-Hannoversche Hypothekenbank Aktiengesellschaft, Berlin ^{3) 9)}	90,38	EUR	742.598	55.102
9.	Crown Court I LLC, City of Wilmington/Delaware ^{14) 15)}	100,00	USD	-141.969	-135.246
10.	Crown Court Property London Ltd., London ^{1) 9) 16)}	100,00	GBP	18.082	572
11.	DirektBankService GmbH Unternehmensgruppe Bankgesellschaft Berlin, Berlin ⁹⁾	100,00	EUR	104	1
12.	egs Entwicklungsgesellschaft Sdhorn mbH, Berlin ^{1) 9)}	94,00	EUR	-1.996	-319
13.	Eurospeedway Lausitz Entwicklungs GmbH, Berlin ^{1) 9)}	100,00	EUR	426	1
14.	FAKT Immobilien Management-Verwaltungs GmbH, Berlin ^{1) 7)}	100,00	EUR	-418	-444
15.	Gaia Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. KG - Dritter IBV-Immobilienfonds International -, Berlin ^{1) 7)}	100,00	EUR	-1	-64
16.	GfBI Beteiligungsmanagement GmbH, Berlin ^{1) 9)}	100,00	EUR	100	0
17.	GfBI Gesellschaft für Beteiligungen und Immobilien mbH, Berlin ^{4) 9)}	100,00	EUR	9.436	0
18.	GfBI Group Services GmbH, Berlin ^{1) 9)}	100,00	EUR	272	17
19.	GfBI Immobilien Solutions GmbH, Berlin ^{1) 9)}	100,00	EUR	60	1
20.	Grundstücksgesellschaft "Berlin" mit beschrankter Haftung, Berlin ^{4) 9)}	94,90	EUR	5.624	0
21.	Grundstücksgesellschaft Bad Freienwalde/Gardelegen GbR, Berlin ^{2) 9)}	76,49	76,07 EUR	-21.013	-1.063
22.	Grundstücksgesellschaft Lehrter Straße GbR, Berlin ⁹⁾	99,93	EUR	-7.869	-1.692
23.	Grundstücksgesellschaft Weichselstrae GbR - STADT UND LAND-Fonds 1 -, Berlin ⁹⁾	60,22	EUR	3.833	179
24.	Harpalus Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. Vermietungs KG i. L., München ^{1) 7)}	78,10	EUR	61	-518
25.	HaWe Verwaltungsgesellschaft mbH, Berlin ^{1) 4) 9)}	100,00	EUR	26	0
26.	HILOG Beteiligungs GmbH & Co. Mobilienleasing KG, Pöcking ⁹⁾	92,49	92,47 EUR	1.668	1.580
27.	Hohenzollerndamm 134 GbR, Berlin ^{2) 9)}	95,00	EUR	16.510	0
28.	IDL Beteiligungsgesellschaft mbH, Berlin ^{1) 9)}	100,00	EUR	20	-1
29.	IDL Objektbeteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG, Berlin ⁹⁾	100,00	EUR	128	-8
30.	IDLG Immobiliendienstleistungen GmbH, Berlin ^{4) 9)}	100,00	EUR	2.275	0
31.	Landesbank Berlin International S. A., Luxembourg ^{3) 14)}	100,00	EUR	196.392	4.812
32.	Lausitzring Eurodrom Verwaltungs-GmbH, Klettwitz ^{1) 9)}	60,00	EUR	-9	0
33.	Lausitzring GmbH & Co. KG, Klettwitz ^{1) 9)}	70,00	EUR	-84.324	2
34.	LBB Finance (Ireland) plc, Dublin ^{5) 9)}	100,00	EUR	1.747	160
35.	LBB Grundstücks-Gesellschaft mbH der Landesbank Berlin AG, Berlin ^{4) 9)}	100,00	EUR	256	0
36.	LBB-Immobilien-Service GmbH, Berlin ^{4) 9)}	100,00	EUR	1.103	190
37.	LBB Reinsurance Ltd. i. L., Dublin ^{5) 14)}	100,00	EUR	0	569
38.	LBB Re Luxembourg S. A., Luxemburg ^{13), 14)}	100,00	EUR	3.000	0
39.	MIKOS Verwaltungs GmbH & Co. Vermietungs KG, München ⁹⁾	94,00	55,30 EUR	24	-1
40.	netbank Aktiengesellschaft, Hamburg ⁹⁾	74,99	EUR	31.050	317
41.	SDZ Ostbrandenburg GmbH, Berlin ^{1) 9)}	100,00	EUR	164	122
42.	Theseus Immobilien Management GmbH & Co. Objekt Leipziger Straße KG, Berlin ^{1) 9)}	100,00	EUR	5	863
43.	Versicherungsservice GmbH Unternehmensgruppe Landesbank Berlin , Berlin ^{4) 9)}	100,00	EUR	1.036	0
44.	Wilkendorf Bau- und Projektentwicklungsgesellschaft mbH, Berlin ^{1) 9)}	100,00	EUR	83	-809
45.	Wohnbau Tafelgelande Beteiligungs GmbH, Nürnberg ^{1) 7)}	75,00	EUR	33	2
46.	Wohnbau Tafelgelande GmbH & Co. KG, Nürnberg ^{1) 7)}	75,00	EUR	602	-597

Sonstige Unternehmen von mindestens 20 v. H.

Lfd. Nr.	Name/Ort	Kapital-anteil	abw. Stimm-rechte	WKZ	Eigenkapital	Ergebnis
47.	Apollon Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. KG - Vierter IBV-Immobilienfonds für Deutschland -, Berlin ^{1) 9)}	47,47		EUR	35.332	2.382
48.	Apollon Immobilien Verwaltungsgesellschaft mbH, Berlin ^{1) 9)}	30,00		EUR	67	4
49.	Atos Worldline Processing GmbH, Frankfurt am Main ⁹⁾	25,10		EUR	9.889	0
50.	B + S Card Service GmbH, Frankfurt am Main ¹¹⁾	25,10		EUR	13.173	3.461
51.	BBB Bürgschaftsbank zu Berlin-Brandenburg GmbH, Berlin ⁹⁾	21,79		EUR	8.194	408
52.	BerlinOnline Stadtportal GmbH & Co. KG, Berlin ⁷⁾	45,00		EUR	2.542	265
53.	BerlinOnline Stadtportalbeteiligungsgesellschaft mbH, Berlin ⁹⁾	45,00		EUR	28	1
54.	BHS Berliner Hannoversche Software GmbH, Hannover ⁹⁾	50,00		EUR	1.122	-30
55.	CidS! Computer in die Schulen gemeinnützige Gesellschaft mbH, Berlin ⁹⁾	50,00		EUR	81	-42
56.	Friedrichsfelder Viertel Bauprojekt GmbH, Berlin ^{1) 9)}	47,60		EUR	72	9
57.	FURIS Verwaltung GmbH & Co. Vermietungs-KG, Pöcking ^{1) 7)}	94,00	50,00	EUR	14	1
58.	Gaia Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. Objekt Bautzener Gesundbrunnen KG, Berlin ^{1) 7)}	49,00		EUR	-2.029	2.531
59.	Gartenstadt Stahnsdorf GmbH i. L., Berlin ^{1) 10)}	49,00		EUR	3	-1
60.	Gartenstadt Stahnsdorf GmbH & Co. Projektentwicklungs KG, Berlin ^{1) 9)}	48,48		EUR	-50.432	2.789
61.	GbR TOCOTAX ⁹⁾	0,00	33,33	EUR	0	-140
62.	Gesellschaft bürgerlichen Rechts Möllendorffstraße/Parkau, Berlin ^{1) 9)}	50,00		EUR	-2.485	-310
63.	Gumes Verwaltung GmbH & Co. Objekt Rostock KG, München ⁹⁾	39,60	20,00	EUR	26	0
64.	InvestitionsBank des Landes Brandenburg, Potsdam ^{9) 12)}	25,00	14,29	EUR	189.315	5.495
65.	KARUS Beteiligungs GmbH & Co. Grundbesitz KG, München ^{1) 9)}	33,00		EUR	25	0
66.	NORD EK Norddeutsche Einkaufskoordination der Landesbank Berlin AG und der Norddeutsche Landesbank Girozentrale GbR, Berlin/Hannover ⁹⁾	0,00	50,00	EUR	228	36
67.	PEB Capital B. V. in liquidation, Hilversum ⁹⁾	42,39		EUR	229	459
68.	Projektgesellschaft Forum Neukölln GbR mit auf das Gesellschaftsvermögen beschränkter Haftung, Berlin ^{1) 6)}	0,00	40,00	EUR	0	0
69.	Theseus Immobilien Management GmbH & Co. KG - Zweiter IBV-Immobilienfonds International -, Berlin ^{1) 7)}	26,80		EUR	37.866	-1.635
70.	WISUS Beteiligungs GmbH & Co. Zweite Vermietungs KG, München ⁹⁾	49,00	36,30	EUR	-3.346	140

- 1 Mittelbar gehalten.
- 2 Einschließlich mittelbar gehaltener Anteile.
- 3 Für die Gesellschaft gilt die Patronatserklärung der Landesbank Berlin AG gem. Abdruck unter Ziffer (...) des Anhangs.
- 4 Mit der Gesellschaft besteht ein Ergebnisabführungsvertrag.
- 5 IFRS-/bzw. ISA UK/IRL-Abschluss.
- 6 Es liegen Daten zum 31.12.2005 vor.
- 7 Es liegen Daten zum 31.12.2006 vor.
- 8 Liquidationsschlussbilanz v. 29.06.2007.
- 9 Es liegen Daten zum 31.12.2007 vor.
- 10 Es liegen Daten zum 01.01.2008 vor - Liquidationseröffnungsbilanz.
- 11 Es liegen Daten zum 30.09.2008 vor - abweichender Jahresabschlussstermin.
- 12 Die Beteiligung wurde zum 31.12.2005 gekündigt. Eine Feststellungsklage ist anhängig, die Entscheidung steht aus.
- 13 Neugründung am 14.05.2008.
- 14 IFRS-Konsolidierungszahlen per 31.12.2008.

EZB-Kurse vom 31.12.2008

15 1 EUR = 1,39170 USD

16 1 EUR = 0,95250 GBP

Stand: 31.12.2008

**Verzeichnis der Gesellschaften mit Beherrschungs- und/oder
Ergebnisabführungsverträgen
mit der Landesbank Berlin AG**

Gesellschaft

1. BB-Grundstücksgesellschaft mit beschränkter Haftung, Berlin

2. GfBI Gesellschaft für Beteiligungen und Immobilien mbH, Berlin

3. Grundstücksgesellschaft "Berlin" mit beschränkter Haftung, Berlin

4. IDLG Immobiliendienstleistungen GmbH, Berlin

5. Landesbank Berlin Investment GmbH, Berlin ⁽¹⁾

6. LBB Grundstücks-Gesellschaft mbH der Landesbank Berlin AG, Berlin

7. LBB-Immobilien-Service GmbH, Berlin

8. Versicherungsservice GmbH Unternehmensgruppe Landesbank Berlin, Berlin

⁽¹⁾ EAV mit Ablauf des 31.12.2008 w/ Verkaufs der Gesellschaft an LBBH beendet.

Mandate des Vorstands nach § 285 Nr. 10 HGB und § 340a Abs. 4 Nr. 1 HGB zum Stichtag 31.12.2008

- a) Mitgliedschaft in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten gemäß § 100 AktG
- a)* Mitgliedschaft in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten von Konzerngesellschaften gemäß § 100 AktG
 - ◊ auch nach § 340a Abs. 4 Nr.1 HGB anzugebende Mandate in großen Kapitalgesellschaften
- b) Mitgliedschaft in vergleichbaren in- und ausländischen Kontrollgremien von Wirtschaftsunternehmen

Vorstand

Hans-Jörg Vetter

Vorsitzender des Vorstands

Vorsitzender des Vorstands der Landesbank Berlin Holding AG, Berlin

- a) stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats der
 - Interseroh AG, Köln ◊ (bis 15.05.2008)
- Mitglied des Aufsichtsrats der
 - Hypo Real Estate Bank AG, München ◊ (seit 06.12.2008)
 - Hypo Real Estate Holding AG, München ◊ (seit 19.11.2008)
- a)* Vorsitzender des Aufsichtsrats der
 - Berlin-Hannoversche Hypothekenbank AG, Berlin ◊
- b) Vorsitzender des Aufsichtsrats der
 - GfBI Gesellschaft für Beteiligungen und Immobilien mbH, Berlin
- Mitglied des Verwaltungsrats der
 - DekaBank Deutsche Girozentrale, Frankfurt am Main

Serge Demolière

- a) Vorsitzender des Aufsichtsrats der
 - Börse Berlin AG, Berlin ◊
- Mitglied des Aufsichtsrats der
 - RTS Realtime Systems AG, Frankfurt am Main
- a)* Vorsitzender des Aufsichtsrats der
 - Landesbank Berlin Investment GmbH, Berlin ◊
- b) Vorsitzender des Verwaltungsrats der
 - Landesbank Berlin International S.A., Luxemburg
 - LBB Re Luxembourg S.A., Luxemburg (seit 19.05.2008)
- Mitglied des Board of Directors (non-executive) der
 - LBB Finance (Ireland) plc, Dublin
 - LBB Reinsurance Ltd., Dublin (bis 08.10.2008)

Dr. Johannes Evers

- a) stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats der
- Atos Worldline Processing GmbH, Frankfurt am Main ◊

Mitglied des Aufsichtsrats der

- Deutscher Sparkassen Verlag GmbH, Stuttgart ◊

- a)* Stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats der
- Landesbank Berlin Investment GmbH, Berlin ◊
 - netbank Aktiengesellschaft, Hamburg ◊

- b) Mitglied des Aufsichtsrats der
- B+S Card Service GmbH, Frankfurt am Main
 - LBS Norddeutsche Landesbausparkasse Berlin-Hannover, Berlin/Hannover

Mitglied des Beirats der

- BerlinOnline Stadtportal GmbH & Co. KG, Berlin

Mitglied des Board of Directors (non-executive) der

- Visa Europe Limited, London

Mitglied des Verwaltungsrats der

- Landesbank Berlin International S.A., Luxemburg

Hans-Jürgen Kulartz

- a)* Mitglied des Aufsichtsrats der
- Landesbank Berlin Investment GmbH, Berlin ◊
 - netbank Aktiengesellschaft, Hamburg ◊

- b) stellv. Vorsitzender (seit 05.03.2008, zuvor Mitglied) des Verwaltungsrats der
- DKLB Deutsche Klassenlotterie Berlin Anstalt des öffentlichen Rechts, Berlin

Mitglied des Aufsichtsrats der

- Deutsche Factoring Bank Deutsche Factoring GmbH & Co., Bremen
- Deutsche Sparkassen Leasing AG & Co. KG, Bad Homburg v.d.H.
- LBS Norddeutsche Landesbausparkasse Berlin-Hannover, Berlin/Hannover
- LWS Lotterie- und Wett-Service GmbH, Berlin

Martin K. Müller

- a)* Vorsitzender des Aufsichtsrats der
- BankenService GmbH Unternehmensgruppe Landesbank Berlin, Berlin ◊

Mitglied des Aufsichtsrats der

- Berlin-Hannoversche Hypothekenbank AG, Berlin ◊

- b) Mitglied des Aufsichtsrats der
- GfBI Gesellschaft für Beteiligungen und Immobilien mbH, Berlin

Dr. Thomas Veit

Mitglied des Vorstands der Landesbank Berlin Holding AG, Berlin

- a) Mitglied des Aufsichtsrats der
 - Atos Worldline Processing GmbH, Frankfurt am Main ◊
 - FinanzIT GmbH, Hannover ◊ (bis 15.08.2008)

- a)* stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats der
 - Berlin-Hannoversche Hypothekenbank AG, Berlin ◊

Mitglied des Aufsichtsrats der

 - Landesbank Berlin Investment GmbH, Berlin ◊

- b) stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats der
 - GfBI Gesellschaft für Beteiligungen und Immobilien mbH, Berlin

Mitglied des Aufsichtsrats der

 - Finanz Informatik GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main (seit 19.08.2008)

Mandate von Mitarbeitern in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsgremien von großen Kapitalgesellschaften

Bartho Schröder

Mitglied des Aufsichtsrats der
- Bankenservice GmbH, Berlin

Hans-Jürgen Torkler

Mitglied des Aufsichtsrats der
- B+S Card Service GmbH, Frankfurt

Manfred Wiesinger

Mitglied des Aufsichtsrats der
- Bankenservice GmbH, Berlin

Entsprechenserklärung / Versicherung der gesetzlichen Vertreter

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens vermittelt und im Lagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Unternehmens so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Unternehmens beschrieben sind.

Berlin, 20. Februar 2009

Der Vorstand

Hans-Jörg Vetter

Serge Demolière

Dr. Johannes Evers

Hans Jürgen Kulartz

Martin K. Müller

Dr. Thomas Veit

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Landesbank Berlin AG, Berlin, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2008 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Berlin, den 5. März 2009

PricewaterhouseCoopers
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Günter Borgel
Wirtschaftsprüfer

Mark Maternus
Wirtschaftsprüfer